

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis dreimonatlich: 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsheftige Monats-Beilage oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das sechsheftige Blatt 20 Pf. (zulässig 2 sechsheftige Blätter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ercheint täglich außer Montags.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 7. Mai 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin.

I.

Man mag von den gesetzgebenden Körperschaften Preußens noch so gering denken, in einem Punkte haben sie eine Uebung erlangt, in der sie von niemandem übertroffen werden, nämlich in der Kunst, an sich vernünftige Ideen so zu verpacken, daß schließlich die wärmsten Befürworter derselben einen Ekel daran empfinden und ihr eigenes Kind zu verleiern gezwungen sind. Das tritt ganz besonders deutlich zutage bei zwei Vorlagen, die augenblicklich der Beschlussfassung des Landtages unterliegen, bei der Vorlage über die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts, und bei der über den Zweckverband für Groß-Berlin.

Ueber das Fortbildungsschulgesetz ein andermal. Heute wollen wir uns lediglich mit dem Zweckverband Groß-Berlin beschäftigen. Die Notwendigkeit der Bildung von Zweckverbänden ist von keiner Partei so scharf betont worden wie von der sozialdemokratischen. Speziell einem Zweckverband für Groß-Berlin hat unser verstorbenen Genosse Singer in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zu wiederholten Malen das Wort geredet. Grundsätzlich vertrat Singer und mit ihm die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion von Groß-Berlin den Gedanken einer Eingemeindung großer Stills, die Bildung eines kommunalen Groß-Berlin, aber so lange das nicht zu erreichen ist, erklärte er sich, um wenigstens in etwas die unhaltbaren Zustände zu beseitigen, auch mit der Schaffung von Zweckverbänden einverstanden. Leider hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung am 21. April 1904 einem sozialdemokratischen Antrage auf Einleitung von Verhandlungen mit Vertretern der Vorortgemeinden darüber, ob und auf welche Weise eine gemeindliche Gesamtorganisation Berlins und der Vororte zu fördern und ein Ausgleich kommunaler Interessen zu schaffen sei, ihre Zustimmung verweigert und damit der Gesamtheit einen schlechten Dienst erwiesen. Auch aus dem freiwilligen Verkehrsverbände, der schon vor einem Jahrzehnt von Singer angeregt war, ist dank der kleinlichen Kirchturnspolitiker der Vertretungen einzelner Vorortgemeinden nichts geworden, das Projekt dürfte heute endgültig als gescheitert anzusehen sein.

Mit unermüdlichem Eifer verfolgte die Sozialdemokratie von Groß-Berlin weiter den Zweckverbandsgedanken. Auf einer ihrer letzten Gemeindevertreterkonferenzen für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg gelangte eine Resolution zur Annahme, in der es unter anderem heißt: „Solange die Zusammenlegung der Vororte mit Berlin durch die Landesgesetzgebung nicht zu erreichen ist, haben die sozialdemokratischen Gemeindevertreter von Groß-Berlin durch die Gesetzgebung die Bildung von leistungsfähigen Zweckverbänden anzustreben, denen die finanzielle Erfüllung der den Gemeinden gemeinsamen Aufgaben obliegt.“ Auch als in der vorigen Session des Landtags Anträge auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Bildung von Zweckverbänden zur Beratung standen, stimmte unsere Fraktion trotz mancher Bedenken im einzelnen der Grundtendenz der Anträge zu, ohne sich indes dadurch auf ihre Stellung gegenüber den zu erwartenden Vorlagen irgendwie festzulegen.

Inzwischen sind nun die beiden Zweckverbandsgesetzentwürfe, das allgemeine Gesetz und das Spezialgesetz für Groß-Berlin, dem Landtage zugegangen und in der Kommission durchgesehen worden; man kann wohl annehmen, daß sie im Plenum im wesentlichen die Gestalt erhalten. Die sie nach den Kommissionsbeschlüssen bekommen haben, eine Gestalt, die den Sozialdemokraten die Zustimmung unmöglich macht. Schon der allgemeine Zweckverbandsgesetzentwurf enthält eine Reihe so reaktionärer Bestimmungen — es sei nur erinnert an die Gestaltung des Wahlrechts, an die Einführung des Bestätigungsrechts für die Verbandsvorsteher —, daß ein Sozialdemokrat, und mag er der begeistertste Anhänger von Zweckverbänden sein, ihn ablehnen muß.

Nach weit schwerer aber sind die Bedenken, die dem Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin entgegenstehen. Zunächst ist der Kreis der Aufgaben ein außerordentlich beschränkter; er genügt in keiner Weise den Anforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung. Nach der Regierungsvorlage sollten dem Zweckverband lediglich folgende drei Aufgaben zufallen: 1. Regelung des Verhältnisses zu öffentlichen, auf Sähen betriebenen Transportanstalten. 2. Beteiligung an der Feststellung der Bauflächenpläne für das Verbandsgebiet und tatsächliche Mitwirkung an dem Erlaß von Bauordnungen. 3. Erwerbung und Erhaltung größerer, von der Bebauung freizuhaltender Flächen (Wälder, Parks, Wiesen, Schmund-, Spiel- und Sportplätze). Die Kommission hat ihm eine vierte Aufgabe überwiesen: die Erwerbung von Flächen für den Bau von Kleinwohnungen, eine Aufgabe, die auf den ersten Blick etwas Bestechendes hat, der aber in Wirklichkeit nur ein dekorativer Charakter beizumessen ist. Die Verbandversammlung und der Verbandsauschuss sind, wie wir später sehen werden, so zusammengesetzt, daß in ihnen das Haus- und Grundbesitzerelement überwiegt, und diese Herren, die erfahrungsgemäß in den Vertretungen der einzelnen Gemeinden die nächste Klassenpolitik betreiben, die sich insbesondere jeder Maßnahme zur Linderung der Wohnungsnot auf das heftigste widersetzen, werden in der Ver-

bandsversammlung zweifellos etwaige auf den Bau von Kleinwohnungen gerichtete Pläne zu vereiteln versuchen. Für die Linderung des Wohnungsleids, unter dem die minderbemittelten Bevölkerungsteile von Groß-Berlin leiden, ist von diesem Zweckverband auch nicht das geringste zu erwarten.

Andererseits hat die Kommission es abgelehnt, dem Zweckverband andere Fragen zu überweisen, die dringend einer Lösung bedürfen. Hierhin gehört vor allem die Frage des Volksschulwesens. Die östlichen und südlichen Berliner Vorortgemeinden klagen über die hohen Lasten, die ihnen durch die Volksschule erwachsen. Die Entwicklung hat dahin geführt, daß im allgemeinen in den westlichen Vororten eine wohlhabendere Bevölkerung sich angesiedelt hat, während die ärmere Bevölkerung in den östlichen Vororten sitzt. Naturgemäß erwachsen diesem im Verhältnis weit höhere Volksschul-lasten als den wohlhabenderen westlichen Gemeinden. Zwar können sie auf Grund des § 53 des Kommunalabgabengesetzes die sogenannten Betriebsgemeinden, in denen ihre Steuerzahler ihren Broterwerb nachgehen, zu Zuschüssen heranziehen, aber die Bestimmungen des § 53 reichen in keiner Weise aus und führen nur zu unliebsamen Klagen zwischen den einzelnen Gemeinden. Eine wirkliche Besserung wird nur herbeigeführt werden durch die Übernahme des ganzen Volksschulwesens auf den Zweckverband, eine Forderung, die bei der augenblicklichen Zusammensetzung des Landtags keine Aussicht auf Verwirklichung hat. Die Kommission hat ja auch einen dahingehenden Antrag des sozialdemokratischen Vertreters abgelehnt. Genau so wie mit den Volksschul-lasten verhält es sich mit den Armen- und Krankenlasten. Ist es nicht ein unhaltbarer Zustand, daß Berliner Einwohner, die das Krankenhaus einer Nachbargemeinde aufzusuchen gezwungen sind, höhere Verpflegungslöhne zahlen müssen als die Einwohner der betreffenden Gemeinde selbst, und umgekehrt? Gemeinden, die so sehr eine wirtschaftliche Einheit bilden, wie Berlin mit seinen Vororten, wo ein fortwährendes Gerüben und Hinüber von einer Gemeinde in die andere stattfindet, wo jemand heute vielleicht in Rixdorf, ein paar Monate später in Berlin und wieder einige Monate später in Charlottenburg wohnt, bedürfen einer kommunalen Organisation, die der wirtschaftlichen Einheit gerecht wird. Daß das auch von anderer Seite anerkannt wird, zeigt ja das Streben des Regierungspräsidenten zu Potsdam auf einheitliche Gestaltung der kommunalen Steuerzuschläge. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß eine Reihe ärmerer Gemeinden, ja, sogar Berlin selbst, mit einem Zuschlage von 100 Proz. ihre Aufgaben auch nicht entfernt erfüllen können; aber aus Konkurrenzrücksichten, aus Furcht vor dem Abzug Wohlhabender, fürchten sie die Grenze von 100 Proz. zu überschreiten. Hier gemeinsam vorzugehen ist eine unbedingte Notwendigkeit. Alles das sind Aufgaben, deren Lösung dem Zweckverband Groß-Berlin zu überweisen wären. Aber davon will weder die Regierung noch die Mehrheit des Landtages etwas wissen, die Kommission begnügte sich damit, dem Zweckverband die oben erwähnten Aufgaben zu überweisen, und es ist ja ein offenes Geheimnis, daß es der Regierung in der Hauptsache auf die Erfüllung des dritten Zweckes, auf die Erwerbung ihrer Wälder durch die Gemeinden ankommt, sie erblickt in dem Zweckverband im Grunde genommen weiter nichts als einen kapitalkräftigen Käufer, der ihr ihre Wälder für einen möglichst hohen Preis abnimmt.

Ebenso wie der dem Zweckverband überwiesene Kreis von Aufgaben fordert die Ausdehnung, die der Verband erhalten soll, zur Kritik heraus. Wegen der Einbeziehung der Kreise Teltow und Niederbarnim in ihrem vollen Umfange wollen wir nichts sagen, obwohl nicht einzusehen ist, welche wirtschaftliche Interessengemeinschaft zwischen Berlin und seinen eigentlichen Vororten einerseits und den rein ländlichen Teilen dieser beiden Kreise andererseits besteht. Viel wichtiger aber als die Einbeziehung des Hinterlandes von Teltow und Niederbarnim erscheint uns die Einbeziehung desjenigen Teiles des Kreises Osthavelland, der durch die Döberitzer Heerstraße in direkte Verbindung mit Berlin gerückt ist. Die Entwicklung wird sich zweifellos nach den Ufern der Havel hin vollziehen, und es zeugt von einer mehr als kurzfristigen Politik, wenn man den Kreis Osthavelland aus dem Zweckverbände herausläßt und sich damit begnügt, daß der Kreis oder Teile von ihm mit Zustimmung des Kreises durch Beschluß der Verbandsversammlung mit dem Zweckverband vereinigt werden können.

Nach der Regierungsvorlage sollte der Zweckverband die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg und Spandau sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim umfassen. Gemeinden dieser Landkreise sollten als selbständige Glieder zugelassen werden, wenn sie mehr als 60 000 Einwohner haben. Die Voraussetzung erfüllt zurzeit nur die Gemeinde Steglitz. Durch die weitere Bestimmung, daß kein Verbandsmitglied mehr als ein Drittel der Gesamtvertreterzahl in der Verbandsversammlung haben darf, sollte den Landräten der Vorortkreise ein weitgehender Einfluß eingeräumt werden. Wäre diese Bestimmung Gesetz geworden, dann würde Berlin zwar zwei Drittel zu den Kosten beizutragen, aber nur ein Drittel der Vertreter bekommen haben, und umgekehrt hätten die Landkreise, die noch nicht den siebenten Teil der Kosten aufbringen, zusammen etwa auch ein Drittel Vertreter erhalten. Diese Bestimmung ist ja nun von der Kommission, wenn auch nicht

ausgemerzt, so doch etwas gemildert worden. Die Kommission hat beschlossen, daß die diejenigen Gemeinden, die einem der Landkreise angehören und noch der letzten Personenstandsaufnahme mehr als den fünfzehnten Teil der Kreisbevölkerung haben, dauernd selbständige Mitglieder des Verbandes sind. Hiernach werden außer Steglitz noch 7 weitere kreisangehörige Gemeinden selbständige Glieder des Verbandes werden, die Landkreise werden also entsprechend weniger Vertreter bekommen, und weiter wird die Zahl ihrer Vertreter noch dadurch verringert werden, daß die Kommission der Stadt Berlin außer dem Oberbürgermeister, der den Vorsitz führt, nur 40 Vertreter eingeräumt hat. Da ihr von Rechts wegen 52 Vertreter zustehen, so bedeutet also diese Minderung immer noch eine Schwächung des Einflusses der Reichshauptstadt, die in wichtigen Fragen leicht von den Vorortgemeinden überstimmt und dauernd mit erheblichen Ausgaben belastet werden kann.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag und die Presse.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag hat bisher in der deutschen Presse wenig Beachtung gefunden. Selbst mehrere der großen Blätter haben sich darauf beschränkt, den erläuternden Artikel der „Nordd. Allgem. Ztg.“ abzu drucken, ohne ein Wort der Kritik hinzuzufügen. Soweit aber die bürgerlichen Blätter näher auf den Inhalt des Vertrages eingegangen, wird allgemein anerkannt, daß das bisherige Handelsverhältnis zwischen Deutschland und Schweden nicht verbessert, sondern verschlechtert wird; da durch die neuen Tariffsätze der Absatz deutscher Industriewaren nach Schweden sehr erschwert wird. Dennoch wird allgemein hervorgehoben, daß, wie nun einmal die beiderseitigen Handelsbeziehungen liegen, die deutschen Unterhändler nichts anderes zu tun vermochten, als von dem schwedischen autonomen Zolltarif hier und dort etwas abzuhandeln, zumal sie der schwedischen Landwirtschaft irgendwelche nennenswerten Erleichterungen der Einfuhr schwedischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Deutschland nicht zu bieten vermochten.

Selbst die freihändlerische Presse nimmt diesen Standpunkt ein. So schreibt die „Voss. Ztg.“:

„Deutschland war bei den Verhandlungen in einer üblen Lage. Sie war übel noch aus einem zweiten Grunde. Was hatten die deutschen Unterhändler Schweden zu bieten. In der Hauptsache höchstens die Bösse des deutschen Tarifs mit der Meistbegünstigung und der Bindung einzelner Sätze. Andere Forderungen, deren Erfüllung in Schweden willkommen gewesen wäre, mußten verschiedenlich schon aus Rücksichten auf die deutschen Agrarier außer Betracht bleiben. Und selbst trotz dieser Ent-sagung, die die deutschen Unterhändler gelbt haben, werden sie von den Agrariern angegriffen werden. Erklärt doch schon die „Deutsche Tagesztg.“, ihr sei es am meisten darauf angekommen, daß unsere Pflastersteinindustrie geschützt werde, und daß keine Bindung der Zollfreiheit für Milch und Rahm erfolge.“ Beide Wünsche seien nicht erfüllt worden. „Es ist deshalb“, sagt das leitende Blatt des Bundes der Landwirte, „selbstverständlich, daß wir dem Vertrage mit lebhaften und tiefgehenden Bedenken gegenüberstehen.“

Steht also die Frage nur „annehmen oder ablehnen“, so ist es eine schwere Verantwortung, die der Reichstag tragen soll, die Verantwortung für die Ablehnung und für den Zollkrieg. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist der Meinung, ein schlechter Handelsvertrag auf fünf oder zehn Jahre könnte ein schlimmeres Übel als ein vorübergehender Zollkrieg. Indessen so wenig ein Zollkrieg unter allen Umständen unzulässig erscheint, so kann er doch nur gerechtfertigt werden durch ganz unbillige Zumutungen, die an Deutschland gestellt werden, und durch die Aussicht, mehr Zugeständnisse als bisher zu erlangen. Für beide Voraussetzungen fehlt es zunächst an Beweis wie Wahrscheinlichkeit. Die schwedische Schutz-zöllerei ist die Frucht der Wirtschaftspolitik. Die seit 1879 in Deutschland herrscht. Deutschland hat wieder einen Staat befehrt. Fehlte nur noch, daß es auch England befehrt und daß das Inland einen autonomen Tarif nach deutschem und schwedischem Muster aufstelle!“

Ähnlich spricht sich das „Berliner Tageblatt“ aus:

„Wir vergießen keine Tränen darüber, daß es den deutschen Unterhändlern nicht geglückt ist, den Ausgleich für die erheblichen Opfer, die unserer Ausfuhrindustrie zugemutet werden, durch Hinaussetzung deutscher Zollsätze zu erzielen. Wir können den Zweck von Handelsverträgen nun einmal nicht darin erblicken, daß man sich aneinander mit möglichst großen Verkehrsbeschränkungen rebandiere. Darum bellagen wir auch, so sehr es einzelne nach Preisserhöhung listernte Interessentengruppen bestimmen mag, die Beibehaltung der Zollfreiheit für Pflastersteine und des bisherigen Viermarkzolls für die schwedischen Läden- und Fensterrohnen nicht, ebensowenig wie eine Reihe anderer an Schweden gemachter Zugeständnisse, bei denen, da es nicht anders ging, unsere Regierung sogar ihr Netz für die „Wünsche der deutschen Verbraucher“ entdeckt hat. Wenn sie diese Entbedung in größerem Umfange und ein Duzend Jahre früher gemacht hätte, würde dieser ganze Vertrag nicht notwendig geworden sein. Denn

Schweden ist heute, wir wiederholen es, nur auf dem Wege gefolgt, den wir schon lange gewiesen haben. Was wir beklagen, ist, daß alle diese Zugeständnisse und auch die Einräumung der vollen Weisbegünstigung an Schweden keine vorteilhafteren Bedingungen für unsere Ausfuhr zu erwirken vermochten.

Man wird trotz dem dem Reichstag nicht raten können, den Vertrag abzulehnen. Wenn nicht mehr zu erreichen war, so ist dies schlimm, aber ein Zollkrieg wäre noch schlimmer. Ein solcher ist, wie heute jeder Krieg, immer vom Uebel für beide Parteien. Er wäre ein schwer zu beklagendes Uebel auch in politischer Beziehung. Unter politischen Verhältnis zu dem uns so sympathischen Bruder- und Nachbarvolke auf der anderen Seite der Sächsischen Gährungsbrücke ist heute ausgezeichnet. Wir freuen uns dessen und bleiben auch dessen eingedenk, daß ein Handelsvertrag nicht für die Ewigkeit geschlossen ist. Der Schutzzollkrieg wird drüber vorübergehen, wie bei uns der Schutzzollkrisenjammer schon im Anfang ist.

Die bündlerische „Deutsche Tageszeitung“ verlangte zunächst nach dem Erscheinen der Tarifauszüge in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ einen kleinen Zollkrieg. Sie schrieb am Donnerstagsabend:

„Soweit die Presse schon jetzt dazu Stellung genommen hat, äußert sie sich dahin, daß die Zugeständnisse des Deutschen Reiches an Schweden weit bedeutender und weit erheblicher sind als die Schwedens an das Deutsche Reich. Trotzdem glauben einige Zeitungen schon jetzt dem Reichstage raten zu sollen, den Vertrag nicht abzulehnen; es sei zwar schlimm, daß nicht mehr erreicht worden sei, aber ein Zollkrieg wäre noch schlimmer. Auch diese Frage läßt sich erst nach sorgfältiger Prüfung der Bestimmungen des Handelsvertrages und nach ebenso sorgfältiger Abwägung unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse entscheiden. Es läßt sich wohl denken, daß ein schlechter Handelsvertrag, der 5 oder 10 Jahre dauern soll, ein größeres Uebel ist als ein etwaiger Zollkrieg, der nur von vorübergehender Dauer sein kann und sein wird.“

Inzwischen hat jedoch auch das Intelligenzblatt der Landbündler entdeckt, daß sich mit dem neuen Vertrag leben läßt wenn auch der deutsche Miszoll darin fehlt.

Parlamentarische Zersetzung in der Türkei.

Aus Konstantinopel schreibt uns Varbus: Das Kriegsgericht hat an alle Zeitungen in Konstantinopel ein Rundschreiben versandt, folgenden Inhalts: „Aus Anlaß des Streites innerhalb der Partei „Union und Fortschritt“ hätten einige Zeitungen für und wider Artikel gebracht, welche die öffentliche Meinung aufreizen; wenn weiterhin solche Artikel gebracht werden sollten, welche die öffentliche Meinung aufreizen, so werden die resp. Zeitungen zur Verantwortung gezogen werden.“ Trotzdem setzen die Zeitungen ihre Kampagne fort. Das Rundschreiben des Kriegsgerichts verblieb ohne jede Wirkung.

Das kennzeichnet die Situation. Denn Konstantinopel befindet sich im Belagerungszustand, und das Wort des Kriegsgerichts war bis jetzt Gesetz. Das Kriegsgericht diffidierte harte Strafen, suspendierte Zeitungen, verbannte deren Redakteure und war in seiner Rechtsprechung durch nichts gebunden. Sich dem Kriegsgericht nicht zu fügen, galt bis jetzt als Tölpelheit. Man spielte vielmehr das Präventive und vermied alles, was zu einem Konflikt mit dem Kriegsgericht führen könnte. Und nun setzt man sich über seine deutliche Drohung hinweg — und das Kriegsgericht schweigt dazu, es läßt das Unglaubliche geschehen.

Das Kriegsgericht müßte so ziemlich alle Zeitungen suspendieren, wenn es seine Drohung erfüllen wollte. Die politische Diskussion hat sich endlich in der Presse Bahn gebrochen, und die Erregung ist groß.

Wohin führt diese Bewegung? Bedeutet sie eine Stärkung der Reaktion? Vielleicht — vielleicht auch nicht.

Es ist durchaus falsch, die gegenwärtige Krise vom Standpunkte des Gegensatzes zwischen Reaktion und Liberalismus beurteilen zu wollen. Die Regierung und das Komitee betrachten als Reaktion alles, was nicht mit ihnen stimmt. Jede Opposition ist in ihren Augen Reaktion — darum sind auch die jetzigen Dissidenten Reaktionäre. Aber wie sieht ihr eigener Liberalismus aus? Er ist unbestimmt, kaum definierbar. Und ebenso unbestimmt ist die Reaktion der anderen. Von einem politischen Programm von großen Gesichtspunkten aus ist weder auf der einen, noch auf der anderen Seite die Rede, und reaktionäre Tendenzen gibt es hüben wie drüben. Die Forderungen der Dissidenten lassen sich ebenso gegen den Parlamentarismus wie gegen den Gouvernamentalismus deuten. Wenn z. B. verlangt wird, daß Deputierte keine Ministerposten annehmen sollen, so wird damit keineswegs eine Einschränkung des Parlamentarismus beabsichtigt. Die Forderung ist vielmehr der Tatsache entsprungen, daß einzelne Minister sich hier geradezu zu unabhängigen Potentaten emporentwickeln. Und um die Minister herum bilden sich mächtige Claqueurs, die bei Konzeptionsvergebungen, Beamtenernennungen ihren Einfluß ausüben. Aber allerdings würde diese Forderung der Dissidenten nur zur Bildung von Beamtenministerien führen, wodurch dem Uebel nicht abgeholfen und die Korruption erst recht gefördert wird. Woraus zu ersehen, daß die Revolte im Schoße der Unionspartei ebenso große Unzufriedenheit wie Ratlosigkeit ausbeutet.

Im Lande selbst herrscht große Unzufriedenheit. Die Massen sind enttäuscht: sie haben von der Aenderung des Regimes mehr erwartet und weniger erhalten, als hätte gehoben können. Die Lage der Bauern hat sich verschlimmert. Die Arbeiter leiden unter der steigenden Teuerung. Der Liberalismus sieht sich verraten. Die Reaktionäre, die mehr eingeschüchtern als niedergedrungen wurden, bekommen in dem Maße, wie die Regierung ihnen Konzessionen macht, immer mehr Macht und sind erst recht unzufrieden, denn ihnen paßt das ganze neue System nicht. Der eindringende Kapitalismus schafft steigende Interessengegensätze.

Das Komitee und die Regierung haben nur, abgesehen von dem Mangel eines Programms wirtschaftlicher Reformen und der sonstigen Unzulänglichkeit, Beschränktheit und Verkehrtheit ihrer Politik, vor allem den Fehler begangen, daß sie diese Unzufriedenheit und die daraus entspringenden Gegensätze nicht zum Ausdruck kommen lassen wollten. Sie wollten mit Gewalt die „Einigkeit“ aufrechterhalten und haben dadurch schließlich alle gegen sich vereinigt. Sie wollten das Gewitter beschwören und werden zum Blitzableiter, an dem sich das Gewitter entladen kann.

Die jetzt eingetretene politische Bersekung begann mit dem Moment, da Talaat-Bey den Posten des Ministers

des Innern berließ, um die Stellung des Führers seiner Partei zu übernehmen. Ohne politischen Blick, aber ein routinierter Verschwörer, d. h. ein Organisator im Kleinen, der durch die Autorität seiner Persönlichkeit wirkt, von einer Festigkeit des Willens, die in der Beschränktheit der Ansichten ihre selbstverständliche Grundlage findet, unermüdetlich in den Kleingkeiten, hat Talaat-Bey, ausgerüstet mit dem Beschlusse der Partei, daß sich jeder dem Votum einer Zweidrittelmehrheit fügen muß, tatsächlich Tag für Tag eine geschlossene Mehrheit von 118 Stimmen zustande gebracht. Bei jeder Abstimmung stand er oben auf der Präsidentenbühne, kommandierte mit emporgehobenen Armen und kontrollierte jeden Zettel an der Urne. Und so hat er folgerichtig die Partei vor die Wahl gestellt: entweder Geschlossenheit oder Spaltung! Die politische Bersekung war das Produkt der Verhältnisse, aber die Massenrevolte, wie sie jetzt innerhalb der Unionspartei ausbrach, ist vor allem das Werk von Talaat-Bey.

Die Bewegung wurde unterstützt durch die steigende Unzufriedenheit im Offizierskorps. Es sind die niederen Offizierschergen — jene, die keine Aspirationen auf hohe administrative Posten, dagegen die immer näher heranrückende Aussicht haben, im Jemen oder in Albanien oder an einem anderen Orte ihr Leben dranzusetzen —, diese sind es, die auf der Seite der Dissidenten stehen.

Der Miß innerhalb der Unionspartei ist allerdings jetzt für den Augenblick verflüchtigt worden. Die Dissidenten werden auch sicher auf die Dauer noch weniger zusammenhalten können, als die Partei selbst. Ihr Widerstand wird geringer werden, aber die Bersekung selbst schreitet fort.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Mai 1911.

Fortgesetzte Niedersimmung der Arbeiterforderungen.

Aus dem Reichstag, 6. Mai. Etwas häufiger als gestern saßen sich in der heutigen Beratung der Versicherungsgesetzgebung die Mehrheitsparteien genötigt, in die Debatte einzugreifen. Dafür hatte die Mehrheit aber durch die gestrige schlechte Behandlung der Berichterstatter Dr. Dröschler in eine beharrliche Schweißsamkeit hineingekündigt, aus der er nur selten und zögernd sich zu einigen gelinden Redefeuern herbervorgabte. Herr Vahrenhorst hatte es nicht mehr nötig, seine symbolische Maultrommel zur Einschüchterung des Dr. Dröschler in Bewegung zu setzen.

Bei Fortsetzung der Beratung über die gemeinsamen Vorschriften kam es zunächst zu einer Auseinandersetzung über die Kosten, von denen nach § 69 der Vorlage ein Teil durch die Gemeinden aufgebracht werden soll. Dagegen wollte ein sozialdemokratischer Antrag sie ausschließlich den Bundesstaaten aufbürden, da jetzt schon, wie Genosse Hildenbrand eingehend darlegte, die Gemeinden auf solche Weise ganz willkürlich herangezogen werden und dadurch ungleichmäßig belastet würden. Trotzdem ursprünglich Regierung und Kommission selbst auf diesem Standpunkt gestanden hatten, wurde der Antrag ebenso wie ein gleichartiger der Freisinnigen von der Mehrheit abgelehnt.

Eine lange Reihe von Paragraphen wurde dann debattiert, da keinerlei Anträge vorlagen. Andere Anträge wurden schnell durchberaten. Einen energischen Vorstoß unternahm die Sozialdemokratie wieder bei den §§ 161 und 162, in denen Bestimmungen über den Ortslohn gewöhnlicher Tagesarbeiter enthalten sind. Unsere Partei verlangt, daß als Ortslohn für männliche Personen über 21 Jahre nicht weniger als 3 M., für weibliche nicht weniger als 2 M. täglich festgesetzt werden darf. Genosse Brey wies nach, daß eine solche Festschließung notwendig sei, damit nicht durch Unternehmereinfluß in einzelnen Gegenden die Krankenunterstützung sonst zu einem Jerrbild werden würde. Sein Wunsch, daß die „epidemische Mundsperr“ auf der Rechten erlöschen möge, wurde indes nicht erfüllt. Ebensovwenig gelang es bei dieser Gelegenheit dem Genossen Mollenhuth, den Agrariern das Gehege der Zähne durch die Bemerkung zu lockern, daß die Agrarier ja sonst über die hohen Löhne jammern, die sie angeblich ihren Landarbeitern zahlen müssen. Auch dieser sozialdemokratische Antrag, der besonders zugunsten der Landarbeiter und Hausarbeiter wirken würde, wurde schweigend begraben.

Dann kam ein sozialdemokratischer Antrag zur Erörterung, den ausländischen Arbeitern gleiche Rechte bei der Versicherung zu gewähren wie den inländischen, sofern sie aus solchen Staaten stammen, die in der Arbeiterversicherung deutsche Reichsangehörige nicht ungünstiger behandeln als die eigenen Staatsangehörigen. Die Kommission wollte das in das Versehen der Regierung gestellt haben. Genosse Hue wies an reichem statistischen Material nach, wie ausgiebig die deutschen Unternehmer von fremden Arbeitskräften Gebrauch machen, und Mollenhuth ergänzte die Ausführungen durch den Hinweis darauf, daß die Polizei sowie gegenüber Ausländern die bedenkliche Vollmacht der Ausweisung habe, wenn sie „lästig“ geworden seien. Es bestie die Gefahr, daß gerade unterstützungsberechtigte Ausländer leicht „lästig“ würden. Die Mehrheit ließ sich aus ihrer Gleichgültigkeit auch nicht durch die Erwägung herausreißen, daß den deutschen Arbeitern ein Vorteil erwachsen müßte aus der Annahme des Antrags. Die Patrioten lehnten auch diesen Antrag ab.

Für die Hausarbeiter legte sich dann Genosse Albrecht ins Zeug, um es durchzusetzen, daß als Hausarbeiter im Sinne des Gesetzes auch solche Gewerbetreibende zu gelten haben, die neben der Hausarbeit gelegentlich selbständige Arbeit verrichten. Eine Verbesserung der Kommissionsfassung sei um so notwendiger, da sie die Möglichkeit enthalte, daß jene sogenannten Platzgesellen von den Wohltäten des Gesetzes ausgeschlossen würden. Der Ministerialdirektor Caspar appellierte an die Mehrheit, sie solle die Entscheidung im Einzelfall nur den Behörden überlassen, und dann wurde auch dieser Antrag abgelehnt.

Damit waren die allgemeinen Bestimmungen erledigt. Trotz vielfachen Widerspruchs eröffnete der Vizepräsident Schulz indes noch die Debatte über das zweite Buch: „Krankenversicherung“. Weit kam er allerdings nicht. Höchst unangenehm wurde der Mehrheit die Auseinandersetzung über einen sozialdemokratischen Antrag zu § 177, in dem die Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle angestellten Personen und selbständigen Gewerbetreibenden mit einem Einkommen von weniger als 5000 Mark verlangt wird. Genosse Büchner, der seine Jungferrede hielt, betonte,

daß es hauptsächlich darauf ankomme, dem Mittelstande zu helfen, für den die Rechte und das Zentrum sonst nur wohlfeile Redensarten auf Lager haben. Hier könnte sie einmal durch Taten ihre Mittelstandsfreundlichkeit beweisen. Der „schlichte Mann aus der Werkstatt“, Herr Pauli-Potsdam, erkletterte die Tribüne, um einige Schemenamente gegen diesen mittelstandsfreundlichen Antrag zu stellen. Er istottern, aber der sonst so laute Stabstrompeter der Mittelstandsretterei, Herr Rab, traute sich nicht den Mund aufzumachen. Genosse Drühne heizte während Genosse Hoch einen Eventualantrag begründete, durch den die völlig unsinnige Ausschließung der Privatangestellten mit „wissenschaftlicher Tätigkeit“ aus der Krankenversicherung beseitigt werden sollte. Als ob ein solcher Mann von einem geringfügigen Gehalt mehr für Krankheitsfälle erübrigen könnte als ein „unwissenschaftlicher“, ganz abgesehen davon, daß die Unterscheidungsmerkmale völlig flüchtig sind. Aber alle noch so überzeugenden Gründe halfen nichts; die Mittelstandsfeinde, das heißt sämtliche bürgerlichen Parteien, lehnten die mittelstandsfreundlichen Anträge der Sozialdemokratie ab.

Nunmehr benutzte Genosse Bebel die nächste Abstimmung, um die Beschlußfähigkeit des Hauses anzuzweifeln. Trotz beharrlichen Läutens der Schriftführer kam die erforderliche Anzahl von Abgeordneten nicht mehr zusammen und so mußte um 5 Uhr Vertagung eintreten.

Am Montag Fortsetzung um 12 Uhr.

Stumpfsinn!

Ein preußischer Eisenbahnminister ist für wahr ein gequälter Mensch. Fast eine Woche hindurch Tag für Tag fünf Stunden lang im leeren Saale des Abgeordnetenhauses zu sitzen und lokale Wünsche über Bahnverbindungen anzuhören, ist gewiß eine „Tätigkeit“, die an die Herren der größten Anstrengungen stellt. Da haben die „Volkvertreter“ es besser: entweder sie kommen überhaupt nicht, oder aber, sie halten sich in den Nebenräumen auf, betreten den Sitzungssaal nur, um ihre Rede loszuwerden und ergehen dann schleunigst die Flucht. So kommt es denn, daß im Saale bei der Beratung der Sekundärbahnvorlage gewöhnlich nur 5 bis 6 Abgeordnete zugegen sind. Am Sonnabend haben sogar die Schriftführer es nicht mehr ausgehalten, sondern ihre Posten verlassen. Wenn es so weiter geht, wird am Montag, der auch noch der Beratung der Sekundärbahnvorlage gewidmet ist, vielleicht sogar der Präsident das bessere Teil erwählen und nicht erscheinen.

Zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.

Unser Stuttgarter Parteiorgan, die „Schwäbische Tagwacht“, bringt über die Stuttgarter Parteiverammlung, in der Genosse Lindemann als Kandidat aufgestellt worden ist, einen kurzen Bericht, der im wesentlichen mit dem von uns gestern mitgeteilten gleichlautend ist. Dann folgt dieser Ausruf:

Genossen! Die Parteiverammlung hat entschieden! Die Partei tritt mit einem eigenen Kandidaten in den Wahlkampf ein. Der Kampf wird — daran ist nicht zu zweifeln — hart und schwer werden. Die bürgerlichen Parteien werden alles daran setzen, die Kandidatur Lindemann zu Fall zu bringen. In dieser Situation ist Einigkeit und Geschlossenheit, unablässige Agitation unser aller Pflicht. In der Werkstatt und auf dem Bau, überall muß für die Kandidatur Dr. Lindemann gearbeitet werden, damit am 12. Mai, dem Wahltag, der Sieg unserem Kandidaten zufällt.

Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß der Beschluß der Stuttgarter Parteiverammlung vom Standpunkt der Organisation bedenklich ist. Zunächst bleibt es im unklaren, welche Organisationsbeschlüsse Genosse Lindemann gemeint hat, die ihm angeblich die Ausübung des Amtes unmöglich machen. Falls solche beständen, hätten sie entweder aufgehoben oder bestätigt werden müssen. Auf keinen Fall geht es aber an, einen einzelnen Genossen von den Beschlüssen der Gesamtheit zu entbinden und für ihn Ausnahmen in der Gegenwart oder Zukunft zu machen.

Handelte es sich gar um Beschlüsse der Landesorganisation in Württemberg, so wäre die Parteiverammlung eines Wahlkreises sicher nicht berechtigt, diese aufzuheben oder von ihrer Befolgung zu dispensieren. Die Situation, wie sie sich infolge der Ablehnung des Antrags der Parteileitung und der Annahme einer allgemein gehaltenen Vertrauensresolution für den Genossen Lindemann gestaltet hat, ist somit durchaus unklar. Jedenfalls wird die Stuttgarter Parteileitung noch weitere Aufklärungen der Parteioffentlichkeit wohl nicht borenthalten.

Wir würden uns damit auf jene schiefe Ebene begeben, die die französische Partei eingeschlagen hatte, als es sich um den Eintritt Millerands in die Regierung handelte. Solche „Genossen auf Urlaub“ hat die Partei bisher nicht gekannt und wird sie wohl auch in Zukunft nicht kennen lernen wollen.

Aus der preussischen Verwaltungspraxis.

In Hirschberg (Schlesien) fand Anfang dieser Woche eine Versammlung der Saal- und Konzertlokalinhaber statt. Dabei kam auch zur Sprache, daß der Amtsvorsteher Kunze aus Arnsdorf i. N. einem dortigen Gastwirt die Genehmigung zur Abhaltung eines Radfahrervergnügens verbot, weil der Radfahrerverein angeblich politische Ziele verfolgt. Darauf wandte sich der Vorsitzende des Saalinhaververeins an den Amtsvorsteher und teilte diesem mit, daß der Verein kürzlich einstimmig den Beschluß gefaßt hätte, allen Parteien ihre Säle für ihre Veranstaltungen zu überlassen; denn als Geschäftsleute seien die Wirte verpflichtet, mit allen Leuten in geschäftliche Verbindung zu treten. Mit Rücksicht auf diesen Beschluß bat der Vorsitzende um Rücksichtnahme der Behörde. Auf diesen bescheidenen, aber ganz selbstverständlichen Wunsch erhielt der Absender folgenden Bescheid:

Der Amtsvorsteher des Amtsbezirks Arnsdorf, Kreis Hirschberg i. Schl.

J. Nr. 500.

Herrn Heinrich Schreiß, Vorsitzender des Saalinhaver-Vereins von Hirschberg u. Umgegend Hirschberg i. Schl.

Auf Ihr geehrtes Schreiben vom 29. d. Mis. teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß ich Ihre Ansicht betr. Hergabe der Tanzsäle zur Abhaltung von sozialdemokratischen Vergnügungen und Versammlungen nicht mit Ihnen teilen kann.

Die sozialdemokratische Partei ist mir bekannt als eine Partei, welche mit der heutigen Staatsordnung und -Einrichtung vollständig unzufrieden (!) ist, und falls sie eingermahen zur Regierung (!) gelangen würde, die heutige Staatsordnung sofort umstößt. ...

Wenn aber ein Gastwirt seinen Saal dazu hergibt, daß darin Versammlungen und Vergnüngen abgehalten werden, in welchen sozialdemokratische Tendenzen gepflegt und getrieben werden, so lehnt sich der betreffende Gastwirt bzw. Saalhaber gegen die heutige Staatsordnung auf und er ist in meinen Augen der größte Förderer der Sozialdemokratie, indem er die Mittel zur Erreichung des Zweckes durch Herabgabe seines Saales bereitstellt; damit die revolutionären Bestrebungen dieser Partei gekräftigt und ihrem Ziele immer nähergeführt werden. Ein solcher mit der Sozialdemokratie paktierender Gastwirt ist selbstverständlich Sozialdemokrat, denn ihm geht seine Existenz der Erhaltung der Staatsordnung vor.

Wenn der Verein der Saalhaber einen (1) steifen Rückgrat hat und unter sich einig ist, daß der sozialdemokratischen Partei nicht ein einziger Saal zu Versammlungszwecken und Vergnügungen hergegeben wird, dann wird auch kein Gastwirt unter Boykottierung zu leiden haben, denn diese Boykottierungen gehen in der Regel nur von einzelnen, ganz ordinären Elementen aus, und wenn die große Masse der Sozialdemokraten sehen wird, daß ihre Boykottierungen erfolglos bleiben, so wird sie den Anfeindungen und Rufen der Parteiführer nicht mehr so leicht ein williges Ohr schenken. . . .

Durch das vorstehende Schreiben werden Sie meine Ansicht kennen gelernt haben und werden daraus einen Schluß ziehen, wie ich einen Saalwirt in meinem Amtsbezirk behandeln werde, der ein Förderer der Sozialdemokratie sein sollte. So lange mir höheren Orts nicht das Gegenteil befohlen wird, würde ich mir jederzeit zum Vorwurf machen, mit der Sozialdemokratie paktiert zu haben, wenn ich gegen derartige Saalwirte nicht Stellung nehmen würde. Der Amtsvorsteher.

Herr Amtsvorsteher Runge mag als Privatperson über die Sozialdemokratie denken, wie er will, das ist seine Sache; aber als Amtsvorsteher hat er die Pflicht, die bestehenden Gesetze zu respektieren, ganz gleich, um wen es sich handelt. Hier liegt jedoch nach den Erklärungen des jetzigen Reichskanzlers bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes ein offener Amtsmissbrauch vor. Hoffentlich nimmt sich der Staatsanwalt den Amtsvorsteher Runge recht bald gründlich vor.

Abgefallen.

Die sächsische Regierung fühlt sich gedrungen — weshalb, verstehen wir freilich nicht —, sich vor der „Deutschen Tageszeitung“ und einigen anderen Blättern gleicher Dualität zu entschuldigen, die sie der Begünstigung und Förderung der Sozialdemokratie beschuldigen, weil sie in Dresden einen Manifestzug mit Musik gestattet hat. Das amtliche „Dresdener Journal“ antwortet nämlich auf diese Angriffe in seinem nicht-amtlichen Teil mit folgender Entschuldigung:

„Die Umzüge zur Kaiserfeier sind in Sachsen ebenso wenig verboten worden wie in Hamburg, München, Stuttgart, Mannheim usw. Nach § 7 des Reichsvereinsgesetzes ist die Genehmigung öffentlicher Umzüge keine behördliche Gunstbezeugung mehr, sondern kann nur dann verweigert werden, wenn eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit droht. Das war nach den sächsischen Verhältnissen und nach den Erfahrungen mit der Kaiserfeier in den letzten Jahren nicht der Fall. Anderwärts mag es anders gelegen haben; in Preußen insbesondere hält die noch nicht zum Abschluß gelangene Wahlrechtsreform die Gemüter in Spannung, zittert die Erregung von den Roabiter Tumulten immer noch nach. Daß in Sachsen keine Gefahr bestand, hat der Erfolg gelehrt; nirgends ist eine Störung der öffentlichen Ordnung vorgekommen. Die Verteilung der Genehmigungen wäre daher ungeschicklich gewesen. Auch die Genehmigung von Musik, bei welcher revolutionäre Rieder ausgeschlossen worden sind, ist keine Kenerung. Sie ist schon in anderen Jahren erteilt worden, die Veranlasser hatten nur in früheren Jahren von der Erlaubnis keinen Gebrauch gemacht. Von dem gesetzlichen Wege kann und wird sich die Regierung unter keinen Umständen abdrängen lassen, auch nicht, wenn dies unter der Sorge um eine Gefährdung staatsverhaltender Interessen versucht würde. Denn die Achtung vor dem Gesetz ist und bleibt das vornehmste Gebot aller staatsverhaltenden Politik.“

Die „Deutsche Tagesztg.“ ist von dieser Antwort natürlich wenig befriedigt. Besonders ärgert sie, daß das amtliche Organ auf den § 7 des Reichsvereinsgesetzes und den „gesetzlichen Weg“ verweist. Was Reichsvereinsgesetz! Nach Oertelcher Logik steht die Regierung über dem Gesetz. Und wenn preussische Verwaltungsbehörden sich mit den seltsamsten Auslegungen über die klarsten Gesetzesbestimmungen hinwegsetzen, weshalb können das sächsische Behörden nicht auch? So fragt denn entrüstet die „Deutsche Tageszeitung“: „War es nötig, den antimonarchischen Genossen zu gestatten, daß sie durch Umzüge mit Musik ihre revolutionäre Geminnung bekundeten? Welches Gesetz zwingt die Regierung zu einer derartigen Erlaubnis? Was soll die hochtönende Redensart, daß die Regierung sich nicht von dem gesetzlichen Wege abdrängen lassen werde? Wer hat das von ihr verlangt? Hat sich etwa die preussische Regierung von diesem Wege abdrängen lassen, wenn sie ähnliche Umzüge verbot?“

Keine Enteignung.

Die Beratung der Denkschrift über die Ansiedelungspolitik in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses brachte interessante Erklärungen der Regierung. Der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer sprach offen aus, was ja längst kein politisches Geheimnis mehr war: daß die Regierung gar nicht an die Anwendung des Enteignungsgesetzes denkt, überhaupt die Siedelungspolitik in langsamem Tempo fortsetzen will.

Das Besondere an den Erklärungen des Minister war lediglich der Ton, in dem er sich gegen die Sozialisten wendete. Herr v. Schorlemer schenkte sich gar nicht, dem Dismarktenverein eine sehr energische Absage zuteil werden zu lassen. Die Regierung betrachte das Enteignungsgesetz als eine ultima ratio, die es anwenden werde, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben seien; andrängen lasse sie sich nicht die Enteignung! Wenn der Dismarktenverein der Regierung unterstelle, daß sie die Denkschrift freier habe, so verzichte die Regierung gern auf den Rat und die Unterstützung einer solchen Vereinstleitung!

Wenn eine Korrespondenz diese brüske Zurückweisung des Dismarktenvereins auf eine gewisse Verbosheit der Staatsregierung zurückführt, die nicht nur von den Nationalliberalen, sondern auch der Rechten „lebhaft bedauert“ werde, so ist das doch wohl ein Irrtum. Herr v. Schorlemer ist viel zu genau von den Stimmungen

des Junkertums unterrichtet und nimmt viel zu sorgfältig auf diese Stimmungen Rücksicht, als daß er sich in der Hitze des Gefechtes zu Äußerungen hinreißen ließe, die wirklich das Mißfallen der Junker erregen! Es ist vielmehr umgekehrt anzunehmen, daß die derbe Abschüttelung des Dismarktenvereins ganz im Sinne unserer Junker gewesen ist!

Unsere Edelsten und Besten wollen ja längst nichts mehr von einer energischen Siedelungspolitik wissen. Solange sie sich durch den Verlauf der Güter zu Wucherpreisen auf Staatskosten bereichern konnten, waren sie für die Germanisierungspolitik; als aber die Ansiedler rebellisch wurden, den Bauernbund gründeten und national-liberal wählten, war es vorbei mit der Begeisterung für die Ostmarkenpolitik. Schon vor zwei Jahren warnte in der Budgetkommission ein Konservativer vor einem allzu raschen Tempo der Ansiedelung! Die Haltung der Regierung deckt sich also vollständig mit den Wünschen der Junker, und die Leidtragenden sind lediglich die Nationalliberalen.

An dieser Tatsache ändern auch die Redensarten mehrerer konservativer Kommissionsmitglieder, daß die Konservativen nicht gewillt seien, hinter die durch das Enteignungsgesetz gezogene Linie zurückzutreten, nicht das geringste. Als „Patrioten“ und um es mit den Ansiedlern nicht bößig zu verderben, müssen die Konservativen natürlich einen Germanisierungseifer heucheln, von dem sie keine Spur besitzen. Aber die Regierung kennt ihre Wappenstein!

Es wird also nicht enteignet! Auch wird das Tempo der Ansiedelung verlangsamt werden! Und statt selbständiger Bauern wird man möglichst ländliche Arbeiter anzusiedeln suchen, die den Junkern billige Arbeitskräfte liefern.

Von der polizeilichen Duellkomödie in Elsfah-Pothringen.

Nachdem am Mittwoch der Abgeordnete Blumenthal im elsah-pothringischen Landesausschuß die postenhafte Affäre der Duellforderung des Reichs Polizeipräsidenten Baumhach von Raimberg — Pistolen, 15 Schritt Distanz, dreimaliger Kugelhüchse! — in ihrer ganzen tragikomischen Herrlichkeit „enthüllt“ hatte, erschien prompt am anderen Morgen in der „Straßburger Post“ die Erklärung des Kartellträgers Kreisdirektor Freiherr von Gemmingen, daß er (Freiherr v. Gemmingen) gegen sich wegen Antetragens und gegen den Polizeipräsidenten von Reich wegen Herausforderung zum Zweikampf bereits Strafanzeige erstattet habe — und zwar schon, bevor Herr Blumenthal die Angelegenheit im Landesausschuß zur Sprache brachte. Die Presse des Colmarer Dreigestirns Blumenthal-Freih. Wetters machte sich mit offenbarem Recht über diese Erklärung lustig. Sie sagt, daß sei zum mindesten überraschend. Denn vor der Verührung der Sache im Landesausschuß wählte Herr v. Gemmingen gar noch nicht, ob Herr Blumenthal die Herausforderung annehmen werde. Hätte der Rechtsanwält, Bürgermeister und Abgeordnete Blumenthal sich nun auf das Duell eingelassen, so wäre es doch recht bedenklich gewesen, die kaiserliche Staatsanwaltschaft vorher davon zu benachrichtigen; denn sobald der Staatsanwalt von der Sache Kenntnis hatte, war es zweifellos seine Pflicht, die Absichten der Duellanten und die Gesetzesverletzung zu verhindern. Die ganze hübsche Geschichte wird durch diese Erklärung des Kreisdirektors Kartellträgers nur noch postenhafter. Blumenthal läßt übrigens bekanntgeben, daß er die zuständige Behörde in Colmar um die Erlaubnis ersucht habe, stets mit zwei Brownings in der Tasche und mit einem Gegenstand bewaffnet, auszugehen zu dürfen. Er begründete das Gesuch mit den gemeingefährlichen Tendenzen gewisser höherer Beamten in Reich und Straßburg-Land. . . . Man sieht, wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

Hungernot und Annektionsgelüste.

Im Dvambo-Lande ist wieder einmal der Regen ausgeblieben, so daß eine schwere Hungernot droht. Das Kolonialblatt „Südwest“ rät zu einer energischen Hilfsaktion. Durch kräftige Unterstützung könne die Regierung das Vertrauen der Dvambosstämme gewinnen. Außerdem sei die Hilfsaktion auch schon im eigensten Interesse der südwestafrikanischen Farmer notwendig, gelte es doch die Erhaltung der unentbehrlichen Arbeiter.

Dann aber rät das Blatt, die Hungersnotunterstützung gleichzeitig mit einer Annektion des Landes zu verbinden:

„Zu überlegen ist aber hierbei etwas anderes! Wäre dies nicht der geeignete Augenblick, im Dvambolande festen Fuß zu fassen? Wir kommen als die Retter in der Not, wir kommen, um Hungernde zu speisen und sind sicherlich willkommen, werden mit offenen Armen aufgenommen. Eine Gelegenheit, wie sie so bald nicht wiederkehren wird! Wird man diesmal die Bedenken so überwinden vermögen? Es gilt, die verpakteten Gelegenheiten nicht noch um eine weitere zu vermehren.“

Wie denkt sich eigentlich das Kolonialblatt diese Annektion? Soll man den Eingeborenen nur Lebensmittel liefern, wenn sie dafür ihr Land und ihre Gewehre hergeben?

Daß es unsere Farmer nach dem Land, dem Vieh und der — natürlich möglichst billig zu erlangenden — Arbeitskraft der Dvambo gelüftet, ist ja bekannt. Selbst ein neuer langwieriger Krieg hätte für diese Kreise keinen Schaden, böte sich dann doch wieder herrliche Gelegenheit zum Geldverdienen auf Kosten der deutschen Steuerzahler!

Verurteilung eines geisteschwachen Soldaten.

Ein Pflücker vom Grenadieregiment Nr. 3 hatte sich vor dem Königsberger Kriegsgericht wegen Fahnenflucht und einiger damit zusammenhängender Vergehen zu verantworten. Bei dem Angeklagten machten sich Anzeichen hochgradiger geistiger Minderwertigkeit bemerkbar, deshalb wurde das Gutachten eines medizinischen Sachverständigen eingefordert. Dieser bekundete, der Angeklagte leide an angeborenem Schwachsin und stehe intellektuell auf der Stufe eines etwa 14 Jahre alten Dorstungen. Trotzdem erklärte der Herr Sachverständige, die geistige Verfassung bedinge nicht eine Straflosigkeit des Angeklagten auf Grund des § 51 des Reichsstrafgesetzbuches, wohl aber sei „Milde“ am Plage.

Das Kriegsgericht ließ denn auch die bekannte „Milde“ walten und erkannte auf — acht Monate Gefängnis!

Frankreich.

Für Arbeiterpensionen.

Paris, 6. Mai. Versuchs-Erleichterung der Durchführung des Arbeiterpensionsgesetzes hat der Generalrat des Departements Haute-Vienne beschlossen, den Arbeitern des Departements die von ihnen für das Jahr 1911 gezahlten Beiträge zurückzuerstatten und die von ihnen zu zahlenden Beiträge in das Budget des Departements für 1912 einzufleßen.

Belgien.

Anderes als in Preußen.

Brüssel, 6. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die russische Regierung, die bei der belgischen und die Auslieferung des ehemaligen Studenten Szimandry, den sie eines angeblich gemeinen Verbrechens beschuldigt, ansuchte, hat sich wieder einen Korb geholt. Nachdem sich das Appellations-

gericht bereits vorige Woche gegen die Auslieferung ausgesprochen, hat nunmehr der Justizminister das Gutachten des Gerichts bestätigt und die Freilassung des inhaftierten russischen Revolutionärs verfügt. Bestern hat Szimandry das Gefängnis von St. Gilles (Brüssel) verlassen. Belgien hat mit diesem Rechtspruch eine Ehrenpflicht erfüllt, indem es das Asylrecht wahrte und es wieder einmal ablehnte, der russischen Regierung, die im Handumdrehen aus revolutionären Kämpfern „gemeine Verbrecher“ zu machen beliebt, Schergen Dienste zu leisten.

Spanien.

Sozialistische Kundgebungen.

Madrid, 6. Mai. Morgen werden hier und in den meisten größeren Städten von den Sozialisten und Republikanern organisierte Kundgebungen stattfinden zugunsten der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Abschaffung des Gesetzes über Ausnahme-gerichte sowie Aufgabe jedes afrikanischen Abenteuers.

Portugal.

Die Verfassungsfrage.

Lissabon, 6. Mai. Die „Diario Popular“ meldet, wird die Sonderkommission zur Beratung des von dem Präsidenten der vorläufigen Regierung Braga vorbereiteten Verfassungs-entwurfs diesen wegen der bestehenden Meinungsverschiedenheiten noch einmal durchberaten. Einige Minister wünschten die parlamentarische Republik wie in Frankreich, andere ein Regime wie in den Vereinigten Staaten. Braga sei für einen auf fünf Jahre von der Kammer gewählten und nicht wieder wählbaren Präsidenten.

England.

Das Frauenwahlrecht.

London, 5. Mai. Unterhaus. Kemp (Liberal) und Goulding (Konservativ) brachten den Antrag ein, das Haus wolle in die zweite Lesung der Bill betreffend die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Frauen; die einen selbständigen Haushalt führen, eintreten. Die Bill würde etwa einer Million Frauen das Wahlrecht geben. Die zweite Lesung wurde mit 255 gegen 88 Stimmen beschlossen, aber man glaubt allgemein, daß der Entwurf keine Aussicht hat, Gesetzeskraft zu erlangen.

Marokko.

Spanische Befürchtungen.

Paris, 6. Mai. Die dem „Matin“ aus Madrid gemeldet wird, habe Spanien im Begriff gestanden, bei den Mächten gegen die französischen Truppenbewegungen in Marokko Einspruch zu erheben, habe aber darauf verzichtet, um Reibungen mit Frankreich zu vermeiden, dessen Freundschaft es sich erhalten wolle. Es bestätigt sich aber, daß Spanien in Paris freundschaftliche Vorstellungen bezüglich des französischen Einschreitens in Marokko erhoben hat. Die Madrider Regierung befürchtet, daß die französische Kolonne gewisse strategische Punkte in Marokko endgültig besetzen werde, was Spanien zwingen würde, daselbe zu tun. Wenn die französischen Truppen den Vormarsch fortsetzen würden, dürften die spanischen Truppen ebenfalls Befehl erhalten, vorzurücken und zwar nicht nur von Ceuta, sondern auch von Melilla und Larrausch aus.

Schwarzmeerereien.

Paris, 6. Mai. Hier werden wieder ungünstige Nachrichten über die Situation in Jes verbreitet. Danach ist die Lage noch immer kritisch. Die Hartnäckigkeit, mit der die rebellischen Stämme mit ihren Angriffen auf die Stadt fortfahren, beweist, daß es sich keineswegs um einen Teilaufstand, sondern um eine allgemeine Erhebung handelt. Die Truppen der Kolonne Bremond sind sehr ermüdet und die übrigen Truppen nicht zuverlässig. Außerdem mangelt es an Geld, Lebensmitteln und Munition. Die steigenden Lebensmittelpreise lassen einen Aufstand in der Stadt befürchten. Der Sultan hat den französischen Konsul aufgefordert, möglichst rasch für Truppenverpflichtungen zu sorgen sowie für Entsay der Hauptstadt.

Im heutigen Ministerrat erklärte der Kriegsminister Ber-teaux daß die Hilfskolonne des Generals Minier ihren Marsch unter den vorher angegebenen Verhältnissen fortsetzen werde.

Mexiko.

Rücktritt des Präsidenten.

Mexiko, 6. Mai. Es erscheint wenig zweifelhaft, daß Präsident Diaz, mit Rücksicht auf den Ernst der Lage und dem Verlangen des Volkes entsprechend, sich zurückziehen wird, wenn die Ordnung wieder hergestellt ist.

Das Verhalten der Vereinigten Staaten.

Washington, 6. Mai. Das Kabinett hat eingehend die Lage in Mexiko beraten und beschlossen, daß die Vereinigten Staaten den Status quo aufrecht erhalten sollen. Vorläufig sollen keine weiteren Truppen nach Texas und keine Kriegsschiffe den mexikanischen Gewässern gesandt werden, bis Präsident Taft sich davon überzeugt hat, daß keine Möglichkeit zur Wiederherstellung des Friedens in Mexiko vorhanden sei.

Aus der Partei.

Volkzeitliches, Gerichtliches usw.

Klassenjustiz in Bayern.

Wegen der einem Prozeßbericht gegebenen Ueberschrift: „Der Prozeß eines Duellanten“ wurde der verantwortliche Redakteur der „Münchener Post“ unter Abkneidung jeglichen Verantwortens, obwohl dieser wenigstens für das Strafmah von Bedeutung gewesen wäre, zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt. Der nämliche Richter hat den Redakteur eines Zentrumsblattes, das die „Münchener Post“ als „Lügen- und Heuchlerorgan“ bezeichnet und ihr Schuftenspolitik vorgeworfen hat ohne auch nur den Schatten eines Beweises anzubieten, geschweige denn zu erörtern, wegen Verleumdung der gesamten Redaktion der „Münchener Post“ zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt.

Die von verschiedenen Seiten so gerühmte „Süddeutsche Eigenart“ wird durch folgende Bemerkung, die die „Münchener Post“ an diese Meldung knüpft, in das rechte Licht gesetzt:

„In unseren Archib schummert noch eine große Anzahl von lehrreichen Beispielen, die zeigen, mit welchen Mäßen vor deutschen, insbesondere auch bayerischen Gerichten Sozialdemokraten und Radikaldemokraten gemessen werden. Beispiels, die das Kammergericht Berlin ohne Zweifel veranlassen würden, das, was es unvergeßenermaßen einmal über sächsische Gerichte festgestellt hat, auch auf die unfrigen auszu dehnen. Wir behalten uns vor, zu gelegener Zeit die Tatsachen einander gegenüberzustellen.“

Gewerkchaftliches.

Der Buchbinderverband im Jahre 1910.

Bei der starken Vertretung der weiblichen Arbeitskraft in der Buchbinderei und den verwandten Gewerben ist die starke Zunahme der weiblichen Verbandsmitglieder besonders erfreulich. Im Berichtsjahre hat der Verband 1519 männliche und 3271 weibliche Mitglieder gewonnen, und er hat mit insgesamt 28 704 Mitgliedern eine Höhe erreicht wie nie zuvor.

Der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit wurde in besonders wirksamer Weise geführt. Für 4719 Arbeiter und Arbeiterinnen wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 7943 Stunden pro Woche erreicht, Lohn erhöhungen wurden für 7648 Personen mit 594 776 M. pro Jahr erzielt; durch Arbeitsstreiks wurde eine Lohnherabsetzung für 133 Personen um 261 M. pro Woche verhütet. Diese Erfolge überragen die der letzten sechs Jahre. In den sechs Jahren 1905 bis 1910 wurden 1 433 224 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 1 440 035 M. Lohn erhöhungen erreicht. Der Verband ist Tarifkontrahent bei 103 Tarifen, die für 1754 Betriebe mit 23 562 Personen Gültigkeit haben; die Buchbinderbranche ist mit 59 Tarifen für 1413 Betrieben mit 16 519 Personen am stärksten daran beteiligt, die anderen verteilen sich auf die Nebenbranchen. Neu abgeschlossen wurden im Berichtsjahre 50 Tarife für 919 Betriebe mit 8954 Beschäftigte Personen. Für diese wirtschaftlichen Kämpfe hat der Verband rund eine Viertel Million Mark aufgewandt.

Außerdem wurden nahezu 200 000 M. an Unterstützungen ausgezahlt. Davon entfielen 100 000 M. auf die Unterstützung Arbeitsloser und 70 000 M. auf Krankenunterstützung. — Mit diesen Erfolgen des Jahres 1910 hat der Verband das zweite Vierteljahrhundert seines Bestehens verheißungsvoll angefangen.

Berlin und Umgegend.

Die Klempner der Gasmeßerbranche stehen seit Mitte der nun verflochtenen Woche in einem Streik, der sich auf alle in Betracht kommenden Betriebe erstreckt, mit Ausnahme der Firma Baumgärtner, die die Forderungen von vornherein bewilligt hat. Bei der Firma Elster dauert der Streik bereits acht Tage. Herr Elster hatte am 1. Mai die übrigen Firmen zu einer Sitzung zusammenberufen, um gemeinsam zu den eingereichten Forderungen Stellung zu nehmen. Es kam dabei auf ein Angebot zustande, aber mit so geringen Zugeständnissen, daß die Klempner unwillig darauf eingehen konnten, und da auf dem Wege der Verhandlungen nichts weiter zu erreichen war, blieb kein anderes Mittel, als das der allgemeinen Arbeitsniederlegung übrig. Das Angebot der Unternehmer, die bindende Abmachungen überhaupt nicht treffen wollten, ging darauf hinaus, als Anfangslohn in der Branche 65 Pf., nach sechsmonatiger Beschäftigung 60 Pf. die Stunde zu zahlen und bei Affordarbeit den Verdienst auf 65 Pf. zu bemessen. Die Firma Baumgärtner, die ja einen gemischten Betrieb hat, von dem die Gasmeßerfabrikation nur einen geringen Teil bildet, hat mit ihrem Arbeiterschuß oder „Arbeitsrat“ verhandelt und dabei 60 Pf. Stundenlohn und bei Afford 65 Pf. geboten. Da die Gasmeßerklempner bei Affordarbeit immerhin ihre 70, 75 bis 80 Pf. oder noch etwas mehr die Stunde verdienen, konnte natürlich auch das Angebot dieser Firma nicht bedingigen. Gefordert werden in der Tarifvorlage als Mindestlohn 70 Pf.; für Jungausgelernte im ersten Jahre 60 Pf., im zweiten 65 Pf. Die Affordpreise sollen so geregelt werden, daß ein Durchschnittsarbeiter mindestens 80 Pf. die Stunde verdient.

Am Sonnabendvormittag hielten die Gasmeßerklempner eine Streikversammlung ab. Der Vertrauensmann Diederich berichtete über die Lage. Es ist mehr als 15 Jahre her, daß in dieser Branche eine Lohnbewegung stattgefunden hat. Im Laufe dieser Jahre wurde durch die Einführung des Einheitspreises für Leucht- und Kochgas, die eine große Anzahl von Gasmeßern überflüssig machte, eine sehr schlechte Konjunktur hervorgerufen, die eine schon lange notwendig gewordene Lohnbewegung nicht ratsam erscheinen ließ. Inzwischen haben sich in dieser Hinsicht die Verhältnisse geändert, und es ist wieder ausreichend Arbeit vorhanden. Bewilligen könnten die Firmen die Forderungen um so leichter, als die gegenseitige Konkurrenz bei ihnen keine große Rolle spielt, da der Preis ihrer Abnehmer im wesentlichen aus den Städten Berlin, Charlottenburg und Nizdorf besteht, während für die meisten anderen Betriebe die englische Gasgesellschaft in Betracht kommt, die ihre Gasmeßer im eigenen Betriebe anfertigt. Uebrigens scheint es, daß die Stadt Berlin den Unternehmern den Rücken zu steifen sucht. Wie berichtet wird, hat an der Sitzung der Unternehmer ein Vertreter der Stadt teilgenommen — allerdings „inoffiziell“, wie gesagt wird —, und Herr Elster hat erklärt, es sei dafür gesorgt, daß die Streikenden weder bei der englischen Gasgesellschaft, noch bei der Stadt Berlin oder sonstwo Arbeit erhalten. Herr Elster ist darüber unzufrieden, daß mit Genehmigung der Organisation einige in seinem Betriebe alt und grau gewordene Leute stehen geblieben sind. Er findet das sehr verkehrt gehandelt von den Streikenden, solche Ausnahmen zu machen. Die alten Arbeiter, meinte er, kosteten ihm jährlich 5000 M., und da wäre es eine schlechte Humanität, ihm gerade diese Leute, denen er so etwas wie eine Pension zahlt, zu überlassen, während alle die vollkräftigen Leute streiken. Derselbe Unternehmer bietet denen, die wieder arbeiten wollen, eine tägliche Zulage von 2 M., aber die Streikenden haben es selbstverständlich einmütig abgelehnt, sich für den Judaslohn zu verkaufen. Kann Herr Elster etwaigen Arbeitswilligen solche Zuwendungen in Aussicht stellen, so kann er um so eher die beschriebenen Forderungen der Streikenden bewilligen. — Die Versammlung zeigte in ihrem ganzen Verlauf, daß die Streikenden einmütig zusammenstehen und nicht daran denken, bei irgendeiner Firma die Arbeit wieder aufzunehmen, solange nicht ein den Forderungen entsprechendes Uebereinkommen getroffen ist. In Verhandlungen sind sie selbstverständlich jederzeit bereit. Der Streik erstreckt sich auf die Firmen Jahn, Kiewewetter, Wessin, Wintisch, Elster und Heise.

Von der Subkommission des Arbeiterausschusses der A. G. U. erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Notiz im „Vorwärts“ vom 26. April d. J., betr. den Streik der Transportarbeiter der A. G. U., Brunnenstraße, bedarf einer Richtigstellung. Es heißt in der Notiz:

„Das, was sie (die Direktion) unter allen Umständen wollte: sofortige Einstellung der über drei Jahre im Werk tätigen Leute, wurde nicht erfüllt.“

Dieser Wortlaut trifft nicht vollständig die von der Direktion gemachte Zusage, denn das Zugeständnis ging nur dahin, daß die älteren Leute in erster Linie bei der Einstellung berücksichtigt werden sollten. Die Unterzeichneten erklären ferner, daß die nach Beendigung des Streiks stattgefundenen Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Direktion durchaus sachlich geführt wurden. Bei dieser Verhandlung erklärte die Direktion, daß sie auch nach Möglichkeit die älteren Leute berücksichtigen habe.

Die Subkommission des Arbeiterausschusses,
Wenh. Ulrich, Baumgart, Grigoleit.

Die Bäcker und Konditoren werden auf das Inserat in der heutigen Nummer besonders hingewiesen!

Die Maschinisten, Feizer, Abschmierer und Kohlenarbeiter der Brauereien versammelten sich am Sonnabend vormittag in den Kaminhallen. Nachdem sie einen Vortrag von Jakob über Sozialpolitik gehört hatten, brachte der Vorsitzende Schwittau die Fragen der Bezahlung der Feiertage und der Einteilung des Urlaubs zur Sprache. In bezug auf den Urlaub ist darauf zu achten, daß für das Maschinenpersonal die Urlaubswode sieben Tage beträgt; die Beschränkung auf sechs Tage ist zurückzuweisen. Die Frage

der Bezahlung der Feiertage kam am 24. Februar zur Entscheidung vor das Einigungsamt. Der Spruch des Einigungsamtes ging dahin, daß 1. Arbeit an in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertagen als Ueberarbeit gilt; 2. Arbeit, welche an in die Woche fallenden Oster-, Pfingst- oder Weihnachtsfeiertagen geleistet wird, gilt als Ueberarbeit, welche zu dem in Wochenlohn sich ergebenden Stundenlohn zuzüglich 40 Pf. Zuschlag zu bezahlen ist; 3. Arbeit, welche an Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertagen, die auf einen Sonntag fallen, von den Maschinenisten und Feizern geleistet wird, gilt nicht als Ueberarbeit und ist nicht besonders zu vergüten. —

Fleischergefallen! In der Schinkenfabrik von Oskar Dörffler, Greißwälder Straße 33a, haben sämtliche Gefellen (23) die Arbeit eingestellt. Die Firma zahlt in Berlin mit die niedrigsten Löhne. Alle Versuche, diese zu erhöhen, waren vergebens. Herr Dörffler erklärte der Organisationsleitung sowie einer Kommission der Gefellen, daß er sich auf nichts einlasse; über Lohn- und Arbeitsbedingungen habe nur er zu entscheiden. Die Firma versucht, da sie Schlichter als Streibreaker nicht erhält, ungelernete Arbeiter zu bekommen. Wir ersuchen alle Partei- und Gewerkschaftsgeoffenen, darauf zu achten, daß dies nicht gelingt.

Zugut ist streng fernzuhalten. Ferner ersuchen wir unsere Mitglieder, den Anunungsarbeitsnachweis in der Kulackstraße 3 genau zu beobachten.

Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Bäcker! Die Sperte über die Brotbäckerei Liebing, Reinickendorf, Residenzstraße 150, besteht nach wie vor weiter. Auch gegenüber von Schlichtungsversuchen von dritter unparteilicher Seite war Herr Obermeister Liebing völlig unzugänglich. Er will der „Herr im Hause“ bleiben, wie er sich nicht nur seinen Deuten, sondern auch dem vermittelnd eingreifenden Gewerkschaftsvertreter gegenüber hoheitsvoll abweisend erklärte. Der Herr ist froh, daß er die „Aufseher“, d. h. die jahrelang in seinem Betriebe arbeitenden, seinen Reichtum vermehrenden Verbandsmitglieder losgeworden ist. Er scheint dafür seine ganz besonderen Gründe zu haben. Er erklärte nämlich seinen Gefellen gegenüber, daß er bei einer zehnstündigen Arbeitszeit, die der neue Tarif vorsieht, sein Brot gar nicht fertigstellen („schaffen“) könne. Der Herr scheint bei seinem fabelhaften Reichtum, den er aus seiner Bäckerei „erworben“ hat, noch gar nicht auf den Gedanken gekommen zu sein, daß man auch in einem Großbetrieb, wie dieser Herr ihn hat, noch Arbeitskräfte einstellen kann, und trotzdem noch jährlich Tausende und Zehntausende „gutmachen“ kann. Auch sonst hat Herr Liebing sich Äußerungen bedient, die der Vermutung der Gewerkschaften und Streikenden recht zu geben scheinen, daß Herr Liebing nur seinen Betrieb von Verbandsgeoffenen säubern wollte, um nach Schaffung des Tarifes denselben nicht einhalten zu brauchen. In einer Quartalsversammlung seiner Innung hat er als Obermeister den recht eigenartigen Satz geprägt: „Ja, wenn die Kollegen aber nachher den Tarif nicht halten, dann können wir auch nichts dagegen machen!“ Der Herr Obermeister Liebing hat dabei selbst den Widerspruch von Bäckermeistern herausgefordert, die obigen Satz so aufgefaßt haben, als wenn er den Meistern für Durchbrechung des Tarifes schon vorher einen Freibrief ausstellen wolle. Aus alledem läßt sich das Vorgehen dieses „Herrn im Hause“ nur im arbeitserfeindlichen Sinne begreifen. Viele der Arbeiter des Liebing'schen Betriebes, die sehr zahlreich namentlich im Norden und in Nizdorf wohnen, werden dem Standpunkt ihres Brotlieferanten wenig Verständnis entgegenbringen können.

Zugut organisierter Arbeiter ist von der Brotbäckerei Liebing-Reinickendorf nach wie vor streng fernzuhalten. Der Vertrauensmann der Bäcker Berlins und Umgegend.

Deutsches Reich.

Auf der Streibreakersuche.

In den bürgerlichen Zeitungen prangt in großen Lettern folgendes Inserat:

Bäcker-Gefellen

finden sofort lohnende Arbeit in Hamburg-Altona-Wandsb. In Hamburg werden die höchsten Löhne im Bäckergewerbe bezahlt. Reisegeld wird vergütet. Meldungen Hamburg 3, Holstenwall 19, Bäcker-Innungshaus.

Mit keinem Wort sagen die „noblen“ Inserenten den Reflektanten, daß es sich bei dieser „lohnenden Arbeit“ um Streibreakertätigkeit handelt. Die Hamburger Bäcker und Konditoren stehen in der Lohnbewegung. Die Arbeiter haben der ersten Komodie der Verhandlungen, die durch die Verschleppungstaktik der Meister unter Führung des Einheitsführers beim Wahlrechtstrah in der Bürgerkassette, des Obermeisters Blinkmann, fünf Wochen dauerten, jetzt ein Ende gemacht. Ein Streibekschluß liegt aber noch nicht vor, sondern es waren bereits neue Verhandlungen eingeleitet. Da kommen jetzt in allen Orten und bürgerlichen Zeitungen die Hamburger Meister her, um unter unerbittlicher, falscher Flagge unerfahrene Leute nach Hamburg zu locken, um die Gestandsten an ihrer Arbeitshere und auch finanziell schwer zu schädigen. Die bürgerlichen Zeitungen geben sich natürlich gern zu dieser schädigen Handlungsweise her, indem sie diese, für jeden Segeterlehling auf den ersten Blick erkennbaren, verkappten, unlauteren Streibreaker-Inserats aufnehmen.

Die Bäckermeister von Hamburg treiben es mit Gewalt zum Streik; das zeigt diese hinterhältige Streibreakersuche mit aller wünschenswerten Deutlichkeit.

Kein Bäcker, kein Konditor gehe jetzt nach Hamburg!

Das gesamte Hamburg-Altonaer Städtegebiet ist bis auf weiteres für Bäcker und Konditoren gesperrt.

Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Einigungsversuche zur gütlichen Beilegung der Lohnbewegung der Dresdener Bäcker sind als gescheitert zu betrachten. Eine Einladung des Bürgermeisters Trenkin an die Innung sowie auch an den gelben Gefellenausschuß zur Aussprache über die Lohnforderungen wurde einfach ignoriert. Eine von mehreren hundert Gefellen besuchte Versammlung forderte einmütig die Subkommission auf, nuncmehr ungesäumt an das Werk zu gehen und den Meistern einzeln den Tarif vorzulegen. In allen Fällen, wo der Tarif nicht anerkannt wird, soll die Arbeit sofort eingestellt werden.

Der Streik in der Gasanstalt Gotha ist wieder aufgehoben worden. Die Schmelzwerke der Gesellschaft in Dessau und anderen Städten hatten eine genügende Anzahl Streibreaker zu stellen vermocht. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, nachdem das gemahregelte Ausschussmitglied erklärt hatte, auf eine Wiedereinstellung zu verzichten.

Die Sintegarde in Oera.

Bei der Firma Wilhelm Spache, Russinstrumentenfabrik, in Oera (Neuh) ist ein Streik ausgebrochen. Da die Verbandsgeoffenen der Firma, anständige Leute als Ersatzkräfte heranzuziehen, vergeblich gewesen sind, hat sie jetzt fünf Dinerknechte eingestellt. Diese sind mit Schlagringen, Gummischläuchen und angelich auch mit Revolvern ausgerüstet. Auch der Meister, der die „Arbeitswilligen“ in ihr Quartier brachte, trug einen Schlagring offen in der Hand. Natürlich wurden die Herren

„Arbeitswilligen“ von einem Schutzmänn begleitet. In Ausbreitungen dieser „nützlichen Elemente“ ist es noch nicht gekommen. Die Streikenden lassen sie nach Möglichkeit links liegen. Der Streik selbst steht glänzend.

Seelenverkäufer an der Arbeit.

Die Streibreakeragenten sind noch mit allen Mitteln bestrebt Arbeitswillige nach Hamburg zu schaffen. Am 5. Mai kam ein Transport aus Berlin und einer aus Thüringen.

Auguste Müller hat ihre Helfershelfer sogar unter den auswärtigen Tischlermeistern und diese Seelenverkäufer scheuen selbst vor den schofelsten Mitteln nicht zurück, um ihr Ziel zu erreichen. Ein drastisches Beispiel dafür.

In Schleusingen bei Erfurt betreibt ein gewisser Ablung eine Möbelfabrik. Am Mittwoch trat der Inhaber an seine Arbeiter heran und teilte ihnen mit, daß er einige Tischler für eine Montage in der Nähe von Webra gebrauche. Von den dort Beschäftigten meldeten sich dann drei Mann, um die Montagen für den gebotenen Stundenlohn auszuführen. Der Meister fuhr mit den Arbeitern bis Webra, wo man mit weiteren sechs Arbeitern zusammentraf, die von Erfurt kamen, darunter ein gewisser Herr aus Wegelsberg. Mit diesem gemeinsam wurde der Hamburger Zug bestiegen und als dann Stunde um Stunde berrann, ohne zum Ziele zu kommen, wurde den Gefellen aus Schleusingen, unter denen sich auch der Parteivertrauensmann befand, bei der Geschichte unheimlich, wurden aber auf ihre Anfragen mit Ausreden hingehalten. Erst als man in Hamburg von ihnen verlangte, ein bereit stehendes Automobil zu besteigen, wurde ihnen klar, zu welchen verwerflichem Zweck man sie gebrauchen wollte, und weigerten sie sich nuncmehr, noch weiter mitzufahren. Trotz der Bedrohungen, die ihnen zuteil wurden, ließen sie sich nicht einschüchtern, sondern begaben sich zum Streibureau nach Hamburg. Mit dem Tischlermeister Ablung in Schleusingen wird der Holzarbeiterverband noch ein Wort zu reden haben.

Der berühmte K a y m a r e l verkauft den Hamburger Unternehmern nicht allein Streibreaker, sondern auch — Invalidentarten. In welcher unterförmiger Weise der Wursche vorgeht, dafür folgender Fall. Vor 8 Tagen hatte er einen Trupp Arbeiter in Berlin angeworben. Von diesen, denen er die Invalidentarten abgenommen, gingen ihm in Hamburg 3 Mann „verloren“. Diese wurden vom Holzarbeiterverband wieder nach Berlin geschickt. Einige Tage später hat er, dann dieselben Arbeiter wieder in Berlin angeworben und weil sie nicht im Besitz von Invalidentarten waren, weil die eigenen von K. den Holzindustriellen in Hamburg ausgehändigt wären, gab er ihnen Invalidentarten auf andere Namen lautend, darunter diejenige des — Bevollmächtigten des Holzarbeiterverbandes in Hannover! — erklärte hierbei: „Ich muß Sie in Hamburg wenigstens abliefern, dann bekomme ich mein Geld, zu arbeiten brauchen Sie ja nicht. Ich habe den Hamburger Arbeitgebern schon mindestens ein Duzend Streibreaker einige Male, jedesmal mit anderen Invalidentarten abgeliefert und jedesmal mein Geld dafür bekommen. Sorgt doch dafür, daß ich 20 Mann kriege, auf die ich mich verlassen kann, die die Riste nicht verraten. Invalidentarten habe ich genug da, dann können wir ein Bombengeschäft machen, denn die Kerle in Hamburg sind ja zu dumm.“

Die drei „Arbeitswilligen“ haben sich dann aber nicht „abliefern“ lassen, sondern haben sich auf dem Streibureau in Hamburg gemeldet, weil es — Mitglieder des Holzarbeiterverbandes waren, die sich antworten ließen, um die Schliche dieses Wursches aufzudecken.

Wer weiß, welches Gefindel die Hamburger Tischlermeister mit solchen Invalidentarten in ihren Betrieben beherbergen. Vielleicht wäre mancher „gute Gang“ für die Kriminalpolizei darunter — K a y m a r e l hat ja „Invalidentarten noch genug da“.

Arbeiter, sorgt dafür, daß diesem Wursche das Handwerk gelegt wird.

Ausland.

Streik der römischen Straßensehrer.

Rom, den 4. Mai 1911. (Fig. Ver.) Am 3. d. Mts. sind die städtischen Straßensehrer Roms in den Ausstand getreten, um eine Erhöhung ihres Tagelohns, der zwischen 3 Lire und 3,50 Lire schwankt, zu erzielen. Die Abholung des Abfalls aus den Häusern ist eingestellt worden und für die Straßeneinigung wird sehr notwendig durch Streibreaker, die unter polizeilicher Bewachung arbeiten, gesorgt. Der Bürgermeister fordert durch Anschlag die Bürgerschaft auf, den Abfall auf die Straße zu tragen, von wo die Stadtverwaltung seine Begrämnung veranlassen würde. Die Zahl der Streikenden beträgt über 1000. Der durch den Streik drach gelegte öffentliche Dienst hängt von dem Stadtrat Genossen Rossi-Doria ab.

Die Maurerandsperrung in Madrid.

In Madrid haben die Unternehmer des Baugewerbes die organisierten Maurer seit dem 22. April ausgeperrt unter dem Vorwand, daß die Gewerkschaft die Zusammenarbeit mit unorganisierten Maurern verweigert hat. In Wirklichkeit handelt es sich nur um einen Versuch, die starke Gewerkschaft niederzuzwingen, bevor diese die alten Arbeitsbedingungen aufstündigte und neue mit Erfolge verlangen konnte. Die Unternehmer hatten mit der Spaltung unter den Arbeitern gerechnet; allein sie täuschte sich darin gründlich. Die Maurer Madrids können mit den Reservisten in ihren Kassen mindestens 4 Wochen aushalten. Mit der Unterstützung der anderen Arbeitsorganisationen können sie 5 oder 6 Wochen kämpfen. Das erste Ergebnis dieser Aussperrung ist, daß die Zimmerleute und die Schmiede bald ohne Arbeit sein werden. Ein Generalkstreik der Baugewerkschaften kann jeden Augenblick erklärt werden.

Letzte Nachrichten.

Ein Manifest der belgischen Sozialisten.

Brüssel, 6. Mai. (M. T. B.) Die Sozialisten veröffentlichten heute ein Manifest gegen den Versuch des Präsidenten Fallières, in dem es heißt, das heutige Frankreich berge unter seinem republikanischen Mantel monarchische Institutionen und stüge mit seinem Gelde den russischen Zarismus. Ferner kritisiert das Manifest das Verbot der Kaiserkrönungsgebungen und fordert die Arbeiterschaft auf, sich während des Besuchs Fallières vollständig neutral zu verhalten.

Aus dem türkischen Aufstandsgebiet.

Saloniki, 6. Mai. (M. T. B.) Wie aus Eutari gemeldet wird, sind drei Torpedoboote in Schindjin eingetroffen und haben den Wachtendienst übernommen, um an der Küste die Landung von Freischärfern und Waffenschmuggel zu verhindern. Nachdem alle für das Vilajet Eutari bestimmten Bataillone in ihren Bestimmungsorten eingetroffen sind, wird nun mit der Niederwerfung der Rebellen nach den Weisungen der Regierung begonnen werden. Die gestern und heute eingetroffenen Truppen sollen von Meskib nach den verschiedenen, strategisch wichtigen Plätzen an der Grenze weitergehen.

Die Raube des Buchhändlers.

Trier, 6. Mai. (D. V.) In Losheim (Kreis Merzig) drang der zur Entlassung gekommene Buchhändler Schmal in das Haus seiner inzwischen wieder verheirateten früheren Frau, um sie zu erstechen. Er kam aber an das Bett der 14-jährigen Schweseter der Frau und stach sie nieder. Der Zustand des Mädchens ist hoffnungslos. Der Täter wurde verhaftet.

Großer Theaterbrand.

Simbirsk (Rußland), 6. Mai. (M. T. B.) Im hiesigen Theater ist ein Brand ausgebrochen. Das Feuer bedroht die benachbarten Häuser.

Reichstag.

188. Sitzung. Sonnabend, den 6. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück.

Die Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt bei § 89, der die Kosten des Versicherungsamtes dem Bundesstaat auferlegt, falls es aber bei einer gemeindlichen Behörde errichtet ist, dem Gemeindeverband.

Abg. Gysling (Sp.) begründet einen Antrag, die Kosten der Versicherungsämter den Bundesstaaten zu übertragen, nicht den Gemeinden. Man könne die Gemeinden nicht mit der Begründung mit diesen Kosten belasten, weil durch die Versicherung der Armenetat der Gemeinden entlastet werde; bisher habe sich das nicht gezeigt.

Ein Regierungskommissar bestreitet, daß die Gemeinden durch die Bestimmungen der Vorlage neu belastet werden und bittet um Ablehnung der gestellten Anträge.

Abg. Hildenbrand (Soz.)

Begründet einen Antrag Albrecht und Genossen, der daselbe verlangt, wie der freisinnige Antrag. Die finanzielle Dedung der Kosten der Versicherungsämter wollte auch die Kommission den Bundesstaaten auferlegen; aber der Vertreter von Sachsen hat, wie der Kommissionsbericht zeigt, sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt. Die Versicherten haben bei der großen Bedeutung der Versicherungsämter ein starkes Interesse daran, daß sie als staatliche Behörden ausgestattet werden. Daß dies durchführbar ist, beweist das Beispiel Württembergs. Was dort durchführbar ist, wäre auch in Preußen durchführbar, wenn eine andere Landesvertretung dort vorhanden wäre. In der ersten Lesung liegt in der Kommission auch die Vermunft. Aber zwischen der ersten und zweiten Lesung gab das Zentrum den preussischen Konservativen nach und nun ist der Paragraph so gefasst, daß er heißt: „Die Kosten des Versicherungsamtes trägt der Bundesstaat; wenn er das aber nicht will, legt er sie den Gemeinden auf.“ Als Folge wird eintreten, daß man in Preußen die Städte mit den Kosten belasten wird, in den ostelbischen Bezirken aber wird man die Versicherungsämter den Landratsämtern angliedern und die Kosten dem Staat auferlegen. So haben die preussischen Konservativen es auch bei diesem Gesetz verstanden, ihre Geldbeutelinteressen zu wahren. Eine so verschiedene Gestaltung der Versicherungsämter sollte der Reichstag nicht mitmachen, sondern er sollte den Kommissionsbeschluß erster Lesung wiederherstellen, was unser Antrag bezweckt. Auch Sachsen sollte sich einer solchen Regelung im Interesse der Arbeiter nicht entgegenstellen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trimborn (Z.) befürwortet einen Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien, wenigstens die Lasten der Bezüge der Versicherungsvertreter dem Staat aufzuerlegen und bestreitet, daß der Paragraph eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustande bedeute.

Abg. Gysling (Sp.): Es handelt sich durchaus nicht nur um eine Modifikation des bisherigen Zustandes, denn die neuen Versicherungsämter haben doch viel weitergehende Aufgaben als die bisherigen Versicherungskörper, daher werden die Kosten viel größer werden. (Sehr richtig! links.)

Abg. Horn (natl.) spricht für den Kompromißantrag.

Abg. Hildenbrand (Soz.):

Auch ich muß entschieden bestreiten, daß es sich nur um die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes handelt, denn die Kosten der Gemeinden werden erheblich steigen. Versprechungen der Regierung werden bekanntlich von den Verwaltungsbögen nicht beachtet, darum muß wir eine gesetzliche Festlegung verlangen. Es ist bedauerlich, daß das Zentrum hier nicht ebenso fest bleibt, wie bei der Finanzreform, wo es sich um alle Unannehmbarkeits-erklärungen der Regierung nicht gekümmert hat. Die Regierung würde dann auf ihrem Unannehmbar kaum bestehen bleiben, denn sie hat selbst das größte Interesse an dem Zustandekommen des Gesetzes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unter Ablehnung der sonstigen Anträge wird der Kompromißantrag und der so veränderte Paragraph angenommen. Die folgenden Paragraphen werden debattelos angenommen. Zu § 128, der die Rechtshilfe betrifft, beantragen die Abg.

Albrecht und Genossen anzufügen: „Bei Beweisaufnahme ist den Parteien Gelegenheit zur Teilnahme zu geben“.

Abg. Busold (Soz.):

Auch diesen unseren Antrag hat die Kommission in der ersten Lesung angenommen und erst nachher wieder gestrichen. Die bisherigen praktischen Erfahrungen beweisen, wie dringend notwendig die Teilnahme der Parteien an der Beweisaufnahme ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Beder (Z.): Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Was er will, soll beim letzten Buch nachgeholt werden.

Abg. Hoch (Soz.):

Das ist uns in der Kommission auch gesagt worden, aber es ist nachher nicht geschehen; hier ist auch die richtige Stelle zur Annahme dieser Bestimmung.

Abg. Beder (Z.): Hier handelt es sich um die polizeilichen Vernehmungen, auf die viele Praktiker nicht großen Wert legen. Wertvoll dagegen ist die Teilnahme der Parteien da, wo das Beweismaterial beim Versicherungs- und Oberversicherungsamt gesammelt wird.

Abg. Hoch (Soz.):

Der Vorredner sagt, den polizeilichen Vernehmungen ist nicht viel Wert beizulegen, weil diese Personen nicht sachverständig sind. Gerade deshalb aber ist die Anwesenheit der Beteiligten notwendig, damit sie nachholen können, was ein unfähiger Polizeibeamter veräumt hat.

Derichterstatler Abg. Dröschler (L.): Nach Ansicht der Kommission soll das ganze Verfahren einheitlich im 6. Buch geregelt werden. Der § 155 soll sich auf alle Beweisaufnahmen beziehen, gleichviel vor welcher Behörde sie stattfinden. Allerdings bezieht sich dieser Paragraph bisher nur auf die Unfallversicherung und muß daher auch noch für die Invalidenversicherung Geltung erhalten; das soll nachgeholt werden.

Abg. Hoch (Soz.):

In der Annahme, daß lokal im Sinne dieser Erklärung gehandelt werden wird, ziehe ich unsern Antrag zurück.

Zu § 138, der zu zahnärztlicher Hilfe auch Zahn techniker in gewissen Fällen zuläßt, begründet Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) einen Antrag, durch welchen die oberste Verwaltungsbehörde befugt werden soll, Zahntechniker in weiterem Umfange zuzulassen.

Abg. Hausmann (natl.) tritt gleichfalls für den Antrag ein.

Der Antrag wird angenommen.

§ 157 bestimmt, daß Beamte, die der Dienstgewalt einer staatlichen oder gemeindlichen Behörde unterstehen, von den Strafbestimmungen für unbefugte Offenbarung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen ausgenommen werden, es soll für sie stat dessen bei den für sie geltenden Vorschriften bleiben.

Die Abgeordneten Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen, diesen § 157 zu streichen.

Abg. Mollenbuhr (Soz.):

Es kommt vielfach vor, daß Beamte im Vorstand von Krankenkassen sitzen. Diese sollen nun von den Strafbestimmungen der vorhergehenden Paragraphen ausgenommen sein, weil sie bereits dem Disziplinarverfahren unterstehen. Dadurch haben aber die Versicherten Kassenvorständen, die aus Beamten bestehen, gegenüber nicht dieselbe Sicherheit wie anderen Kassenvorständen gegenüber, weil wir nicht wissen, ob alle hier vorgesehenen Verbote auch disziplinarisch belangt werden können. Der Paragraph verstößt also gegen den Grundsatz, daß alle Personen vor dem Gesetze gleich sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Derichterstatler Dröschler (L.): Die Kommission hat sich von dem anderen Grundsatz leiten lassen: es ist in idem, es soll niemand wegen desselben Vergehens zweimal bestraft werden. Die Beamten unterstehen eben bereits dem Disziplinarrecht und müßten daher von den hier vorgesehenen Strafen ausgenommen werden.

§ 157 wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

§ 161 bestimmt, daß das Oberversicherungsamt den Ortslohn festsetzt nach Anhörung der Gemeindebehörden und der Vorstände der beteiligten Krankenkassen.

Die Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen zuzufügen: „der Ausschüsse der Gewerbegerichte und, wo solche nicht vorhanden sind, der Vertreter der beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen“.

Abg. Brey (Soz.):

Die Krankenversicherung ist doch in erster Linie im Interesse

der Versicherten geschaffen. Deshalb müssen auf die Festsetzung des Ortslohnes vor allem auch die Arbeiter und die mit den Arbeiterverhältnissen vertrauten Einfluss haben. Die Gemeindebehörden sind in Preußen nicht so zusammengesetzt, daß die Arbeiter darin vertreten sind. Nach den Vorschlägen der Kommission würden die Ortslöhne vom grünen Tisch aus festgesetzt werden, ohne daß die Verhältnisse der Arbeiter genügend Berücksichtigung finden. Dem soll unser Antrag vorbeugen. Eine Ablehnung unseres Antrages würde bedeuten, daß die Rechte der Arbeiter minder hoch einschlagen als die Rechte der Versicherten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt. Zu § 162 beantragen die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.), daß als Ortslohn für männliche Personen über 21 Jahren nicht weniger als 3 Mark und für weibliche Personen über 21 Jahren nicht weniger als 2 Mark festgesetzt werden darf.

Abg. Brey (Soz.):

Nach dem Kommissionsbeschluß soll der Ortslohn einheitlich nach dem Durchschnitt für den Bezirk jedes Versicherungsamtes festgesetzt werden. Nach diesem Ortslohn wird die Krankenbeihilfe bemessen und das diese ausreichend ist, ist für den Erkrankten von ungeheurer Wichtigkeit. Hier zu sparen bedeutet eine Verfündigung an unserm besten Wert, an der Arbeitskraft des Volkes. Die vorgeschlagene Regelung des Ortslohns schafft nun Krankenbeihilfe in verschiedenen Bezirken, die ganz unzureichend sind. Es können

Ortslöhne von 1 M. pro Tag

vor und wir werden erleben, daß in solchen Gegenden 47, 48 bis 50 Pf. Krankenbeihilfe gewährt werden. Das wäre eine Verfündigung der Kranken, zumal im Winter die Beihilfe unter Umständen auf 25 Proz. sinken kann. Das wäre eine Karikatur auf eine wirkliche Krankenbeihilfe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Daher schlagen wir vor, Mindestsätze festzulegen. Die Mehrheit und die Regierung läßt ja unseren Verbesserungsanträgen gegenüber passive Resistenz, man könnte von einer epidemischen Mundsperr

auf ihrer Seite sprechen. (Heiterkeit.) Ich bitte dringend, unserm Antrage zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mollenbuhr (Soz.):

Wenn man die Klagen der Agrarier über die hohen Löhne der Landarbeiter hört, sollte man meinen, die Landarbeiter bekommen wirklich sehr hohe Bezüge. Aber tatsächlich sind in Ostpreußen bei 143 000 Krankentagen durchschnittlich 48 Pf. pro Krankentag als Unterstützung bezahlt worden.

der ortsübliche Tageslohn beträgt dort also nur 96 Pf.

Noch schlimmer ist es in Schlesien, wo nur 47 Pf. Unterstützung pro Krankentag gezahlt sind. Es gibt eine ganze Reihe kleiner Orte, in denen der ortsübliche Tageslohn nur 1 M. beträgt. Die Herren Agrarier klagen, daß sie zu solchen Sätzen keine Arbeiter finden; wenn es sich etwa darum handelt, Beiträge zur Krankenversicherung zu zahlen, dann haben die Landarbeiter plötzlich so gut wie gar keine Löhne, dann wird der ganze Lohn wegdiskutiert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Zu der Geringfügigkeit der Sätze kommt noch, daß bei Krankenhausbehandlung des Versicherten die Familie nur die Hälfte der Unterstützung, also in Ostpreußen nur 24, in Schlesien nur 23½, Pfennig pro Werktag erhält, und das vorliegende Gesetz bleibt in seinen Leistungen hinter den gegenwärtigen Bezügen noch in mancher Beziehung zurück. Wie sind denn nun die Löhne der Landarbeiter in Wirklichkeit? Wenn man von dem, was Sie (nach rechts) bei den Feldbedarfen und darüber erzählt haben, noch reichlich die Hälfte abzieht, bleibt noch so viel übrig, daß die von uns beantragten Mindestsätze des Ortslohnes gerechtfertigt erscheinen.

Wir bitten deshalb, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

§ 169 gestattet dem Reichsanzler, unter Zustimmung des Bundesrats mit solchen Staaten, die eine der Reichsversicherungsordnung entsprechende Fürsorge durchgeführt haben, Vereinbarungen zur Fürsorge für die Arbeiter unter Wahrung der Gegenseitigkeit zu treffen.

Die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, daß für Angehörige der Staaten, in denen deutsche Reichsangehörige in bezug auf die Arbeiterversicherung nicht ungünstiger ge-

pflichtet. Aus England und Amerika haben sich große Manager an Don Impresario gewandt, die für einen Monat Wagen bis zu 40 000 M. boten. Diese Anträge sind aber bisher abgelehnt worden, da das jetzt so wertvoll gewordene Tier nicht den Zufälligkeiten einer Seereise ausgesetzt werden soll. Don wird überhaupt jetzt behütet wie die empfindlichste Primadonna. Er hat seinen eigenen Tierarzt bei sich, ganz wie Carnio seinen Reklomspezialisten, und während seines Engagements in Berlin ist Don Tag für Tag von seinem Impresario im Auto nach dem Grunewald geführt worden, damit er sich dort tüchtig auslaufen kann. Wie alle Herren in glänzenden Verhältnissen, so leidet nämlich auch Don an der Reizung zur Kopulenz. Auch, der bekanntlich auch im Sprachschah Dons eine große Rolle spielt, wird ihm so selten als möglich gereicht; der neue Varietésar lernt eben jetzt auch alle Freuden und Leiden der Bekanntheit kennen. Seine Reise nach Wien legte Don nicht etwa im Hundecoups zurück, sondern in einem Abteil 1. Klasse, das eigens für ihn und seine menschliche Begleitung reserviert war. Sein wertvolles Leben ist übrigens bei Loyds mit einer gewaltigen Summe, man spricht von 250 000 Mark, versichert. Eine deutsche Gesellschaft wollte bei dem immerhin schon hohen Alter Dons das Geschäft nicht machen. Ueber die sogenannten besten Jahre ist der Hund nämlich schon hinaus.

Liest sich dieser Bericht nicht als ein zur Aufhebung der darbedenden und notleidenden Menschen erfindener Hohn eines Satirikers? Und doch entspricht er nur den Tatsachen und wird als Korrespondenz in den bürgerlichen Blättern nur als amüsante Plauderei genossen.

Notizen.

Das Theater in der Königgräber Straße. Die Direktoren des Berliner Theaters, Carl Reinhard und Rudolf Wauer, haben vom 1. September 1911 bis zum 31. August 1921 das ehemalige Hebbeltheater gepachtet, das sie unter dem Namen Theater in der Königgräber Straße zugleich mit dem Berliner Theater führen werden.

Musikchronik. In der 14. Oper werden in der Zeit vom 18. Mai bis 10. Juni sämtliche Opern Wagners in chronologischer Reihenfolge aufgeführt. Uebertragbare Sonderabonnements werden am 11. Mai von 8-5 Uhr nachmittags ausgegeben.

Der Name. Max Reinhardt inszeniert diesen Sommer für das Münchener Künstlertheater zwei Operetten von Offenbach. Er bekommt dafür und für die Erlaubnis, daß sein Name als Leiter genannt wird, 30 000 M.

Die internationale Hygieneausstellung wurde am Sonnabend in Dresden eröffnet.

Auch ein Titel. In der „Tägl. Rundschau“ lesen wir: Vor kurzem brachten wir die Nachricht, daß in Dablowitz (Kreis Teltow) der königliche Hofhundpfleger Joseph Reichelt zum Schönen gewählt worden sei. Wir werden jetzt gebeten, mitzuteilen, daß der Herr nicht „Hofhundpfleger“, sondern königlicher „Hof-Hundpfleger“ ist oder, wie er sich auf gut deutsch nennt: „Hofmanicurist“.

Kleines feuilleton.

Arbeitermöbel. Es gibt nichts Romischeres als einen plötzlich reich gewordenen Bourgeois, der nun alles daran setzt, den ihm gewordenen Goldregen jedermann in die Ohren zu jactieren. Das erste, was er tut, ist, daß er sich neu einrichtet, hochherrschaftlich, nach der letzten Mode. Am liebsten möchte er es so haben, wie die ganz reichen Leute, die Bankdirektoren oder gar die hochedlen Schloßherren. So fällt sich denn der Bürgerproy seine Zimmer mit Möbeln, die aussehen, als hätten schon lange Ahnenreihen zwischen ihnen gehaust, Raubritter und Sonnenkönige. Warum sollte er auch nicht, gibt es doch alle diese Dinge bequem zu kaufen, links um die Ecke oder auch rechts. Gönnen wir dem Bürgerproy sein Vergnügen. Der zum Bewußtsein seiner Eigenart erwachte Proletarier lächelt über solche Anbetung abgelesener Klassen. Er weiß, daß es lächerlich wäre und schwach, gleich dem Bourgeois nun seinerseits dem Bürger absehen zu wollen, wie er sich räuspert und spricht. Er weiß, daß er es seiner Würde schuldig ist, die lahmen Krücken einer verlogenen Pseudokultur stehen zu lassen, um aus eigener Kraft sich und seiner politischen Schicksal mit allem, was sichtbar ist, einen Ausdruck zu schaffen. Wie es eine Architektur der Könige gegeben hat, so muß es einmal eine Architektur des Volkes geben. Freilich, das will es fürchten sein. Heute waltet auch in diesen Dingen noch die Hörigkeit von denen, die zwar sterben, aber doch noch da sind. So kommt es, daß der Arbeiter, selbst wenn er den reinsten und stärksten Willen hat, sich nicht davor bewahren kann: die charakterlosen Möbel eines degenerierten Bürgertums in sein Haus zu nehmen. Und obendrein in einer elenden, die Lüge noch lächerlicher machenden Qualität. Gibt es kein Mittel, den Arbeiter von dem nachschaffenden Schand zu befreien! Solche Befreiung könnte zugleich die Verklärung durch bestimmte, wucherische Methoden des Abzählungsgeheimnisses brechen.

Versuche solcher Art sind wohl schon des öfteren gemacht worden, auch nicht immer ohne einigen Erfolg. Wiederum in diesen Tagen soll ein Vorstoß gegen den Schand und die Lüge für die Qualität und den Charakter unternommen werden. Die Kommission für vorbildliche Arbeiterwohnungen hat nach einjähriger Arbeit ihre Absichten nunmehr soweit gefördert, daß die erste Musterwohnung gezeigt werden kann: Möbel, die sich völlig fernhalten von allem Unstimm und aller Lächerlichkeit der „Guten Stube“, der „Rückelrenaissance“, des hochfeinen, massiven Parkbaum und der übrigen Kaiser eines nach dem Herrschaftlichen schielenden, „Mobiliar“. Alles was in dieser Wohnung zu sehen sein wird, ist brauchbar, aus gutem Material ordentlich gearbeitet und den Lebensgewohnheiten, dem Charakter des Proletariats angepaßt. Diese zwei Zimmer und Küche sind in allem was sie enthalten, in ihrem ganzen räumlichen Ausdruck ein Dokument für das Wollen des Volkes, das nicht mehr das in sein Haus nehmen will, was die Profittier ihm diktiert, vielmehr das, was es sich selber schafft.

Diese Möbel werden am Freitag, den 12. Mai, abends von 6-9 Uhr in dem bekannten Rahmen des Gewerkschaftshauses jeder-

mann zugänglich sein. Am demselben Abend 8½, Uhr wird im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein öffentlicher Lichtbildervortrag stattfinden, der über das Prinzipielle und Praktische dieses Kulturproblems Auskunft geben soll. Die Musterwohnung selbst soll während der nächsten Monate Mittwoch und Sonnabend von 6 bis 9 Uhr und Sonntag von 12-2 Uhr dem freien Zutritt geöffnet sein.

Pariser Theater. Aus Paris wird uns geschrieben: Es ist ein merkwürdiges, aber am Ende doch nicht ganz zufälliges Zusammentreffen, daß zwei dramatische Autoren — Paul Bourget in seinem unlängst an dieser Stelle besprochenen „Tribune“ und Paul Iphigénie Loyson in dem nun im Odeon zur einmaligen Ausführung vor geladenen Zuschauern aufgeführten „Apostel“ — zu gleicher Zeit unabhängig voneinander denselben Stoff behandelt haben. Auch Loyson — ein Sohn des einst durch seinen Bruch mit der Kirche berühmt gewordenen Abbés — stellt den Konflikt zwischen Vaterliebe und sittlicher Pflicht dar, der im Gewissen eines republikanischen antikeritalen Ministers aus der Entdeckung verbrecherischer Handlungen seines Sohnes erwächst. Im Gegensatz zu Bourget läßt er aber das Sittengesetz über das Gefühl siegen. Sein Held macht die Schuld des Sohnes der Welt offenbar. Der Autor hat ihm diese Entscheidung allerdings nicht allzu schwer gemacht, indem er den Jungen als einen ausgeprägten Schuft zeichnet. Aber von einigen psychologischen Klobigkeiten und Schwerefülligkeiten abgesehen, ist der „Apostel“ nicht nur ein ungewöhnlich starkes, im straffen zweiten Akt mit fortwährendem dramatischen Temperament geführtes Theaterstück, sondern auch eine mutige Tat. Loyson weist auf die Gefahr des ethischen Materialismus hin, die einem Geschlecht droht, das keine neuen sittlichen Bindungen an die Stelle der Religion zu setzen hat, und legt damit unseugbar den Finger auf eine Wunde der bürgerlichen Republik. Loyson sucht eine neue Religion in einer Wahrheits- und Pflichtmoral, die er dem zum Nihilismus ausartenden Materialismus entgegensetzt. Es ist ein glücklicher Gedanke, daß er den Entschluß des Vaters aus der Empörung über den Versuch des Sohnes, die Schande auf einen unehelichen Toten abzuwälzen, hervorgehen läßt. Der sittliche Imperativ Loysons bejaht hier die Personalschlechts-idee. Daß diese in einer Gesellschaft der Ausbeutung und Klassenherrschaft eine Illusion bleiben muß, überfließt Loyson mit seinem Helden allerdings. Die skrupellosen Genüßlinge der republikanischen Gesellschaft, die er mit so schönem Mut darstellt, müssen die Regel und die großen Charaktere Ausnahmen und Zufälle bleiben. Die „weltliche“ Moral hängt so lange in der Luft, als sie nicht bewußt sozialistische Moral geworden ist.

D. P.

Die Karriere des sprechenden Hundes. Don, der rebelle Biertrinker aus der Leplinger Reihe, ist zu einer europäischen Verühmtheit geworden. Er hat vor kurzem sein erstes öffentliches Engagement im Berliner Wintergarten beendet. Infolgedessen ist der Hund zu einer gefächten Varietés-Attraktion geworden; schon im Wintergarten hat der einstige Jagdhund eine „Gage“ von 12 000 M. bezogen, und mit einer noch weit höheren Gage ist Don für den Monat Mai dem Etablissement Ronacher in Wien ver-

Reist sind als die Inländer, während ihres Aufenthalts im Reichsgebiete die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung ebenso gelten wie für Inländer.

Abg. Hue (Soz.):

Der Paragraph sieht gewissermaßen einen internationalen reichsversicherungsrechtlichen Reistbegünstigungsvertrag vor. Die Zahl der in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeiter ist sehr groß. 1906 waren allein im Ruhrkohlenbergbau 18 000 ausländische Krankenversicherungspflichtige Arbeiter vorhanden, heute sind es etwa 30 000. (Hört! hört!) Diese Leute kommen meist durch gewissenlose Agenten nach Deutschland hinein, ohne von den Verhältnissen etwas zu wissen. Es wird ihnen von diesen Agenten einfach gesagt, daß sie alle Vorteile haben wie die deutschen Arbeiter auch. Es wäre eine Ehrenpflicht Deutschlands, da unsere Industrie ohne diese ausländischen Arbeiter nicht auskommen zu können glaubt, klare, für diese ausländischen Arbeiter möglichst günstige Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen. Um so besser werden dann auch die deutschen Arbeiter im Auslande gestellt sein. In Betracht kommt auch, daß die ausländischen Arbeiter in viel größerer Zahl der Unfall- und Erkrankungsgefahr unterliegen. Ebenso trifft das im Auslande auf die deutschen Arbeiter zu. Zum Teil ist die soziale Fürsorge im Auslande besser geregelt als in Deutschland, z. B. in Frankreich in bezug auf die Alters- und Invalidenrente. Wir haben also unseren Antrag gestellt, damit nicht etwa deutsche Arbeiter im Auslande durch unsere Beschlüsse geschädigt werden. Heute ist es ganz unklar, was für Rechte eigentlich die ausländischen Arbeiter in bezug auf die Versicherung bei uns haben. Diesen unhaltbaren Zustand endlich ein Ende zu machen, bezweckt unser Antrag. Es steht zu befürchten, daß auch über diese Frage der Trappistenbrot (Sehr gut! bei den Soz.) sich ausschweigen wird. Dann darf man sich nicht wundern, wenn wir bei jeder Beratung des Staats des Reichsamts des Innern eine Fülle von Material vorbringen werden, das die ungerechte Behandlung der ausländischen Arbeiter beweist. Wollen Sie dies vermeiden, so nehmen Sie unseren Antrag an. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Die Kommissionsfassung bedeutet eine neue Begünstigung der Agrarier, speziell der ostelbischen Großgrundbesitzer, die Hunderttausende von Arbeitern aus Rußland und Galizien-Polen beschäftigen. Es liegt auf Grund des § 169 die Möglichkeit vor, die Versicherungspflicht dieser Arbeiter durch Bundesratsbeschluss auszuheben. Beachtlichen die Verbündeten Regierungen von dieser Befugnis allgemeinen Gebrauch zu machen? Oder denken Sie sich auf Ausnahmefälle zu beschränken? Ich bitte dringend um Antwort. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Caspar: Die Beschränkungen des Abgeordneten Schmidt sind unbegründet. Wenn das Ausland dieselben Verpflichtungen gegenüber deutschen Arbeitern übernimmt, so werden die Arbeiter des betreffenden Landes den deutschen Arbeitern gleichgestellt.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Es ist auf lange nicht daran zu denken, daß Rußland eine dahingehende Verpflichtung übernehmen wird. Der Vertreter des Reichsamts des Innern hat also die Versicherung, um die ich bat, nicht abgegeben; aus seiner Antwort geht vielmehr hervor, daß man die russischen Arbeiter von den Wohlthaten der Versicherung auszuschließen beabsichtigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rolfenbuhr (Soz.):

Der Paragraph ist um so bedenklicher, als bereits die polizeiliche Ausweisungspraxis die ausländischen Arbeiter rechtlos macht. Jeder Ausländer, der sich „lästig“ macht, wird ausgewiesen. Als „lästig“ wird in Zukunft mancher Arbeiter betrachtet werden, der Ansprüche an die Krankenversicherung geltend macht. Recht und Billigkeit verlangen die Annahme unseres Antrages. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nach einer im Zusammenhang unverständlich bleibenden Antwort des Ministerialdirektors Caspar wird der Antrag Albrecht gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinniger abgelehnt, § 169 in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 171 bestimmt, daß die Beschäftigung eines Ehegatten durch den anderen keine Versicherungspflicht begründet, daß dagegen andere Verwandtschaftsgrade zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Versicherungspflicht und Versicherungsberechtigung nicht ausschließen.

Die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, den ersten Passus zu streichen und den § 171 zu fassen: „Verwandtschaftsgrade zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer schließen die Versicherungspflicht und Versicherungsberechtigung nicht aus.“

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

begründet den Antrag. Es liegt kein Grund vor, die ständig im Betriebe des Ehepartners arbeitende Ehefrau von der Versicherung auszuschließen. Wenn eine obligatorische Familienversicherung in der Reichsversicherungsordnung vorgesehen wäre, möchte unser Antrag überflüssig sein; da dies aber nicht der Fall ist, haben wir unseren Antrag gestellt und bitten um seine Annahme. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rolfenbuhr (Soz.):

Wenn neben dem Eheverhältnis ein Arbeitsverhältnis besteht, liegt kein Grund vor, die Ehefrau, weil sie im Betriebe ihres Mannes arbeitet, ungünstiger zu stellen als andere Arbeiterinnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion schließt. Der Antrag wird abgelehnt. § 174 bezeichnet als Hausgewerbetreibende im Sinne dieses Gesetzes die selbständigen Gewerbetreibenden, die in eigenen Werkstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten.

Abg. Albrecht (Soz.):

Die Kommissionsfassung ist darum bedenklich, weil die Zwischenmeister oder sogenannten Blaggesellen von der Definition nicht getroffen werden, die hier vom Begriff „Hausgewerbetreibende“ gegeben wird. Diese ungenügende Definition kann zur Schädigung zahlreicher Arbeiter bezw. vieler Krankenkassen führen. Wir beantragen daher folgende Fassung: „Als Hausgewerbetreibende im Sinne dieses Gesetzes gelten diejenigen Gewerbetreibenden, die in eigenen oder fremden Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten sowie herstellen oder bearbeiten lassen.“ (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Pfeiffer (F.): Die dringende notwendige Klarheit wird meines Erachtens am wenigsten durch den Antrag Albrecht geschaffen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Allerdings ist auch die Kommissionsfassung keineswegs sehr klar. Wir werden in der zweiten Lesung für diese Fassung stimmen, behalten uns aber vor, für die dritte Lesung eine bessere Formulierung vorzuschlagen.

Ministerialdirektor Caspar erklärt, daß das Reichsversicherungsamt jeden einzelnen zu seiner Entscheidung gelangenden streitigen Fall, der die Stellung der Hausgewerbetreibenden betrifft, sorgfältig prüft, und daß auch in Zukunft so verfahren werde.

Abg. Albrecht (Soz.):

bittet nochmals um Annahme des sozialdemokratischen Antrages. Auf allen Heimarbeiterskongressen wird der Ruf nach Ausdehnung der Versicherung auf alle Hausgewerbetreibenden erhoben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Antrag wird abgelehnt. Der Rest des ersten Buches wird debattelos erledigt.

Trotz lebhafter Vertagungsdränge läßt der Vizepräsident Schulz, beim zweiten Wuch (Krankenversicherung) fortfahren. Der erste Paragraph desselben, § 177, setzt die Höchstgrenze des Jahreseinkommens für die obligatorische Krankenversicherung auf 2000 M., wie bisher fest.

Die Abg. Albrecht und Genossen beantragen, den § 177 wie folgt zu fassen: „Für den Fall der Krankheit werden alle Personen berücksichtigt, die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind und deren Entgelt in Naturalleistungen oder sonstigen Bezügen besteht, sowie die selbständigen Gewerbetreibenden.“

Betriebsbeamte, Handlungsgehilfen sowie andere Angestellte, die mit einer wissenschaftlichen oder künstlerischen Tätigkeit berufsmäßig beschäftigt werden, sind nur dann versicherungspflichtig, wenn ihr Gehalt nicht mehr als 5000 Mark pro Jahr beträgt. Ebenso sind von der Versicherungspflicht die selbständigen Gewerbetreibenden befreit, deren Jahreseinkommen mehr als 5000 M. beträgt.

Abg. Böhmer (Soz.):

Es ist dringend notwendig, die Versicherungspflicht auf die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden und ebenso auf die Kleinbauern auszudehnen. Wenn man an eine Reform der Krankenversicherung herangeht, die im Jahre 1883, also vor 27 Jahren, hier in diesem Hause geschaffen wurde, so soll man doch versuchen, die Mängel aus der Gesetzgebung herauszubringen, die sich im Laufe der Jahre eingestellt und herausgestellt haben. Der Wert des Geldes ist heute ein viel geringerer als vor 27 Jahren bei der Schaffung der Krankenversicherung, und gerade durch Ihre Finanz- und Sozialpolitik ist der Geldwert so stark gesunken, und trotzdem läßt man heute, wo man eine sogenannte Reform der Krankenversicherung vornehmen will, die Höchstgrenze auf 2000 M., genau wie vor 27 Jahren. Millionen schließt man dadurch von der Versicherung aus, und da sie zu mittellos sind, um im Falle der Krankheit die Krankenhauskosten zu bezahlen, so geht ihnen auch noch ihr Wahlrecht in Staat und Gemeinde verloren. Wir verlangen, daß für die Angestellten und kleinen Gewerbetreibenden die

Höchstgrenze auf 5000 Mark

festgelegt wird. Mit der Annahme dieses Antrages würden Sie auch den Privatangestellten entgegenkommen und die Versicherungspflicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung erweitern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Pauli-Posdam (L.): Die Kommission hatte zuerst die Höchstgrenze der Versicherungspflicht auf 2000 Mark festgelegt; aber sie hat sie dann wieder auf 5000 Mark heruntersetzt; denn wer 2000 Mark Einkommen hat, kann selbst für den Fall seiner Krankheit Vorsorge treffen. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Brähne (Soz.):

Wenn von irgend einem, so hätte ich von dem Abgeordneten Pauli die Zustimmung zu unserem Antrage erwartet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Handwerker wollen viel lieber in einer Zwangs-Krankenversicherung sein als in den Zwangsversicherungen. Würden Sie sie darüber abstimmen lassen, so würden die Zwangsversicherungen ausfallen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei den Wahlen treten Sie (nach rechts) mit Worten immer sehr lebhaft für die Handwerker ein; aber jetzt, wo Sie Gelegenheit haben, dem Wort die Tat folgen zu lassen, versagen Sie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch das Zentrum sollte für unseren Antrag im Interesse der Handwerker und der Privatangestellten stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoch (Soz.):

Wenn man sagt, die selbständigen kleinen Gewerbetreibenden usw. dürfen sich selbst versichern, so trifft das doch nur für die zu, die bis zu 2000 M. Einkommen haben. Bedenklich ist die Streichung des Wortes „Techniker“ durch die Kommission. Man sagt, es sollen die von der Versicherung ausgeschlossen sein, die eine wissenschaftliche Tätigkeit haben. Aber die Grenze dafür ist sehr schwer festzulegen. Und außerdem ist gerade die Lage der akademisch gebildeten Techniker unmittelbar nach dem Studium äußerst traurig. Daher muß hier bei der Krankenversicherung dafür gesorgt werden, daß all diese Angestellten in gehobener Stellung, so lange sie weniger als 2000 M. haben, krankenversicherungspflichtig sein müssen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt. Den § 180, wonach der Bundesrat allgemein oder in einzelnen Bezirken die Versicherungspflicht für bestimmte Berufsgruppen auf Gewerbetreibende und andere Arbeitgeber erstrecken kann, die regelmäßig keine oder höchstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigen, hat die Kommission gestrichen.

Abg. Brähne (Soz.):

tritt für Wiederherstellung der Vorlage ein. Das Haus beschließt nach dem Kommissionsantrag. Nach § 181 kann der Gemeinderat für seinen Bezirk oder Teile davon die Versicherung statutarisch auf Familienangehörige des Arbeitgebers ausdehnen, die ohne Entgelt und Arbeitsvertrag in seinem Betriebe tätig sind. — Die Kommission hat auch diesen Paragraphen gestrichen.

Abg. Busold (Soz.):

bittet dringend im Interesse der kleinen Handwerker und Kleinbauern diesen Paragraphen wieder herzustellen.

Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. Wedel (Soz.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Da sich das Haus trotz anhaltenden Herbeiklingens der Abgeordneten aus den Wandelgängen nur spärlich füllt, erklärt Präf. Graf Schwerin-Löwitz, daß das Bureau sich einstimmig diesem Zweifel anschließen wird.

Die Sitzung muß also abgebrochen werden. Die Weiterberatung wird vertagt auf Montag 12 Uhr. Schluß 5 1/2 Uhr.

Aus dem Polizeikampf gegen die Jugendbewegung.

Vor dem Landgericht III Berlin wurde gestern volle sieben Stunden hindurch über den Lichterberger Bildungsverein für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen verhandelt, der im November 1909 von Mitgliedern der Groß-Berliner Freien Jugendorganisation gegründet wurde und nach der Auffassung der Polizei ein „politischer Verein“ gewesen sein soll. Im Januar 1911 war der ehemalige Vorsitzende Düwels vom Amtsgericht Lichtenberg wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu 6 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er in dem als politisch anzusehenden Verein jugendliche Personen von weniger als 18 Jahren gebildet und die bei politischen Vereinen vorgeschriebene Einreichung der Statuten und des Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder unterlassen habe. Wegen dieses Urteils hatte Düwels Berufung eingelegt, über die nun das Landgericht III durch die Strafkammer 4 unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ehrede entscheiden sollte.

Für den Angeklagten Düwels, der noch nicht volljährig ist, war neben seinem Verteidiger auch der Vater zugelassen worden, der „Vorwärts“-Redakteur Düwels, der zugleich als Zeuge geladen war. Daß der Angeklagte einen „Vorwärts“-Redakteur zum Vater hat, ist von sich sehr nebensächlich, aber in dem Urteil des Amtsgerichts wird das mit Bedacht hervorgehoben. Diese nahe Beziehung des Vereinsvorsitzenden zu einem Redakteur des „Vorwärts“ war der Polizei von vornherein bedenklich erschienen, und in dem ganzen Verfahren gegen Düwels hat dann der Umstand, daß er der Sohn seines Vaters ist, eine wichtige Rolle gespielt. Schon das zweite den Verhaftung polizeilicher Betätigung, der noch dadurch verstärkt wurde, daß für den neuen Verein der Reichstagsabgeordnete Stadthagen einen Vortrag hielt.

In der Verhandlung vor dem Landgericht wiederholte der Angeklagte die schon vor dem Amtsgericht abgegebene Erklärung, er sei im Jahre 1909 für den in der Entstehung begriffenen Verein nur in den ersten zehn Tagen, vom 10. bis zum 20. November, provisorischer Vorsitzender gewesen, so daß er, selbst wenn der Verein ein politischer gewesen wäre, die erst innerhalb die-

zehn Tagen zu erledigenden Meldungen nicht nötig gehabt hätte. Demgegenüber wurde von dem Kriminalkommissar Baumann, der in dem Ermittlungsverfahren mit großem Eifer tätig gewesen ist, die Meinung vorgetragen, Düwels sei länger Vorsitzender geblieben. Das ergab sich aus den Aussagen der von der Polizei durch Baumann vernommenen Zeugen, und außerdem habe er es „auch sonst noch dienstlich erfahren“, doch dürfe er nicht sagen, wer ihn informiert habe. Der Verteidiger protestierte dagegen, daß auf solche angeblichen „Feststellungen“, die unkontrollierbar seien, das Gericht ein Urteil gründen solle. Er kenne die Quellen, aus denen hier geschöpft worden sei; es seien Spittel, die man in den Verein hineingeschickt habe. Der Herr Kommissar schwieg. Die von ihm im Ermittlungsverfahren befragten Zeugen, ehemalige Vereinsmitglieder, wurden aus, vor Gericht vernommen, aber trotz unständlichsten Verhörs war kein klares Bild des Sachverhalts zu gewinnen. Man empfing schließlich den Eindruck, daß der Verein, der nach der Meinung der Polizei unter der Leitung des Angeklagten sich politisch betätigt haben sollte, nach gar nicht recht zustande gekommen war, als Düwels wegen Erkrankung und mit Rücksicht auf seine Berufsvorbereitung auf Veranlassung seines Vaters den Vorsitz niederlegte. Immer wieder wurde den Zeugen vorgehalten, was in dem Protokoll des Kommissars Baumann über die vor ihm gemachten Aussagen stand, aber sie blieben dabei, diese Angaben seien nicht in allen Punkten zutreffend. Ein Zeuge schilderte, wie die Vernehmung vor dem Kommissar sich abgepielt hatte. Junge Leute, die an einem Abend auf der Straße ein paar Einladungszettel angeheftet hatten, waren festgenommen worden, und nun benutzte der Kommissar Baumann die Gelegenheit, sie noch in der Nacht auf, über den Verein auszuforschen. Bis um 3 Uhr morgens wurden sie verhört, dann durften sie auf der Polizeimache sich schlafen legen, am Morgen wurde das Verhör fortgesetzt, und schließlich ließ Herr Baumann sie sein Protokoll unterschreiben. Der Zeuge erzählte vor Gericht, das Verhör habe sehr lange gedauert und er sei müde gewesen, da habe er die Fragen des Kommissars, ob es in dem Verein so und so zugegangen sei, mit Ja beantwortet. Hierzu erklärte der Kommissar Baumann mit erhobener Stimme, alle Aussagen seien freiwillig gemacht worden, und diese Meinung wurde unterzeichnet von einem als Zeugen geladenen Schulmann, der am Morgen den letzten Teil der Vernehmung mitangehört hatte.

Viel Mühe machte sich das Gericht mit der Prüfung der Frage, ob der Verein ein politischer gewesen sei. Das wurde da nicht alles vom Kommissar Baumann als „Beweismaterial“ vorgelegt! Da erfuhr man, daß in einem Flugblatt, das zum Versammlungsbesuch einlud, etwas gegen die Religion gesagt und über die vorzeitliche Weltordnung gespottet worden war; daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter, unser Genosse Stadthagen, zu einem Referat aufgefordert war, da war und dann über das Wort „Ans Vaterland, ans teure, stolze, stolze dich an!“ gesprochen hätte; daß das Vereinsorgan „Arbeiter-Jugend“ die Befreiung der arbeitenden Menschheit vom Joch des Kapitalismus gefordert hatte; daß in den Zusammenkünften die Marxheftchen gelesen worden war. Auch der Nürnberg-Parteitagsbeschluss über die Jugendauschüsse sollte ausgepielt werden gegen die Jugendorganisationen, die man mit ihnen zusammenwarf, ebenso ein Wort des Abgeordneten Genossen Hirsch, der im Landtag die Jugendorganisationen als „unser“ bezeichnet hatte. Einige Beiträge zur „Materialsammlung“ des Herrn Baumann waren ihm durch jenes Verhör bei Nacht geliefert worden, aber hierzu wurde vor Gericht von einem Zeugen wieder aufs bestimmteste versichert, die in dem Protokoll angegebenen Behauptungen über die „Noten“ usw. seien ihm von dem Kommissar geradezu in dem Mund gelegt worden. Herr Baumann widersprach sehr energisch.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme wurde von dem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld dahin zusammengefaßt, daß Freisprechung erfolgen müsse. Der Verein sei nicht politisch gewesen, er habe keinen Einfluß auf die Gesetzgebung bezweckt. Der Staatsanwalt sah als erwiesen an, daß der Verein sich politisch betätigt habe. Diese Ansicht sei zu folgern unter anderem schon aus dem persönlichen Moment der Beziehung des Angeklagten zu dem „Vorwärts“-Redakteur, seinem Vater. Schon das sei politische Betätigung eines Vereins, die Mitglieder im Sinne einer bestimmten politischen Partei zu erziehen. Der Verteidiger erwiderte, die Beweisaufnahme habe hierüber nichts ergeben. Mebakter Düwels erklärte, der Nürnberg-Parteitagsbeschluss habe gerade verhüten wollen, daß Jugendorganisationen Politik treiben, und auf dem Boden dieses Beschlusses sehe auch er, wie könne man da gegen den Angeklagten die Beziehungen des Vaters zur Sozialdemokratie auspielen!

Das Gericht kam zu dem Urteil, der Verein sei politisch gewesen, mithin sei der Angeklagte schuldig der Uebertretung des Vereinsgesetzes und es bleibe bei 6 Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß auf dem Nürnberg-Parteitags die Sozialdemokratie einen freundschaftlichen Standpunkt zu den Jugendorganisationen eingenommen habe. Dem Kommissar Baumann wurde bescheinigt, daß das in seinem Protokoll niedergelegte Ergebnis des nächtlichen Verhörs einwandfrei sei.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 9 heben wir hervor: Das neue preussische Fortbildungsgesetz. — Wie arbeite ich mir einen Vortrag an? — Die Revolution in England. Von A. Conrad. — Der rheinisch-westfälische Industriebezirk. Von E. Neßlich. (Mit Illustrationen). — Kinder und Jugendliche in der Unfallversicherung. — Die aufgelöste Jugendorganisation. Humoreske von Karl Nied. — Aus der Jugendbewegung (Mannheim, Rülhmet a. Rh., Jugendkonferenz in Jena). — Die Gegner an der Arbeit. — Vom Kriegsschauplatz usw.

Beilage: Freiheit. Erzählung von Karl Donsky. — Die Vergarber. Von R. Haenisch. — An der Donau. Von Ludwig Lessen. (Mit Illustrationen). — Einiges über Gerhard Hauptmann. Von Otto Koenig. — Pips und die Automobile. Erzählung von Erwin Rosen.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Hausdienstausschuss.

Die bürgerlichen Frauen haben ein Mittel entdeckt, um eine friedliche Lösung der Diensthofenfrage in Berlin herbeizuführen. Ein Hausdienstausschuss soll diese Aufgabe lösen. Er ist als Vermittlungsorgan zwischen den Vereinigungen der Hausfrauen einerseits und den Verbänden der Hausangestellten andererseits gedacht.

Von 15 Organisationen und einblen städtischen Beamten (Stadt-räten usw.) war eine Einladung zu einer Versammlung ergangen, in der diese Frage besprochen werden sollte und die am Freitag nachmittag im Bürgerloale des Rathauses abgehalten wurde. Fräulein von Anckel-Döberitz referierte. Nach einem kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Diensthofenfrage in Deutschland und speziell in Berlin erläuterte sie die Notwendigkeit der Gründung eines Hausdienstausschusses, der bestimmt sei, die bestehenden Gegensätze auszugleichen, unterschiedliche Auffassungen zu klären und gemeinsame Aktionen in die Wege zu leiten. Der Ausschuss soll auf paritätischer Grundlage aufgebaut werden; also Diensthofen und Hausangestelltenverbände sollen in gleicher Zahl vertreten sein; auch erwartet man, daß die Gemeinden von Groß-Berlin Juristen und Aerzte als Vertreter zu diesem Ausschuss senden. Zu den Aufgaben des Ausschusses gehört nach der Referentin in erster Linie die Aufstellung eines Dienstvertrages. Unter den vielen Fragen, mit denen sich der Ausschuss beschäftigen soll, nannte die Referentin die Lohnfrage, die Kostfrage, die Frage der Freizeit, des Zeugniszwanges, der Kranken- und Unfallversicherung, der Fortbildungsbestrebungen, Ferner sind allerlei Wohlfahrts-einrichtungen in Betracht zu ziehen.

Die Diskussion war sehr lebhaft, von allen Seiten stimmte man der Gründung zu. Stadtschreiber Dr. Bergmann versicherte, daß der Magistrat von Schöneberg den vorliegenden Fragen großes Interesse entgegenbringe; am wichtigsten sei die Aufgabe, zu verhindern, daß Differenzen überhaupt ausbrechen. Hr. Klausner vom Zentralverein für Arbeitsnachweis wunderte sich, daß man auf eine so wichtige Institution wie den Arbeitsnachweis für die Dienstboten nicht die gebührende Rücksicht bei den Vorberathungen wie bei den weiteren Arbeiten genommen habe. Mit der Gründung eines Hausdienstausschusses erklärte sie sich einverstanden.

Daß man sich bei diesem Unternehmen um die Mitwirkung des Zentralverbandes der Hausangestellten, der unter den fünf Organisationen für Dienstboten in Berlin die erste Stelle einnimmt, in keiner Weise bemüht hat, ist nicht verwunderlich. Man weiß, daß der Zentralverband auf dem Standpunkte beharrt, daß die vorhandenen großen Gegensätze der Interessen zwischen Dienstboten und Herrschaften sich nicht durch schon geplante Einrichtungen ausgleichen lassen. Er begnügt sich damit, die Interessen der Hausangestellten allein zu vertreten, aber er tritt den Bestrebungen, einen Hausdienstausschuss zu gründen, nicht hindernd in den Weg; denn diese Bestrebungen haben ein besonderes Interesse für ihn. Man macht nämlich von der anderen Seite dadurch das wertvolle Eingeständnis, daß es mit der alten Gefindeordnung nicht mehr weiter geht, am wenigsten in Berlin. Man braucht notwendig etwas anderes. Ohne den geringsten Widerspruch wurde von verschiedenen Rednerinnen und Rednern die Gefindeordnung angegriffen und das Recht der Dienstboten auf eine andere, eine bessere Ordnung betont. Daß der geplante Hausdienstausschuss vor der Größe der gestellten Aufgaben nicht bestehen kann, ist klar, aber die bürgerlichen Frauen haben beschlossen, den Versuch zu wagen, und Herr Pastor Dürschardt, Vorsitzender vom Verband der evangelischen Jungfrauenvereine, wird die Leitung in die Hand nehmen. Den Hausangestellten kann nur empfohlen werden, sich dem Zentralverbande anzuschließen, wo ihre Rechte und ihre Interessen die beste Wahrung finden, weil sie dort selbst die Ziele, die sie erreichen wollen, bestimmen können.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Zentralverband der Hausangestellten. Sonntag, den 14. Mai, im „Deutschen Hof“, Ludower Str. 15 (großer Saal): Stiftungsfest. Programm: Festrede: Frau Luise Bieg; Herr Ferdinand Kallweit, Kammerfänger (Vieder für Tenor); Fr. Elise Kardaeh und Herr Emil Kühne vom Refrenstheater (Rezitation und dramatische Aufführung); Herr Rudolf Tobias (Klavier). Ball. Saalöffnung 6 Uhr. Beginn des Programms 7 1/2 Uhr.

Soziales.

Die kaufmännischen Angestellten und die Reichsversicherungsordnung.

Anlässlich der gegenwärtigen Verhandlungen des Reichstags über die Reichsversicherungsordnung hat der Vorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen folgenden Beschlus gefasst und dem Reichstage zugehen lassen:

Die Handlungsgehilfen hatten erwartet, daß die Reichsversicherungsordnung ihnen endlich insofern eine Gleichberechtigung mit den Arbeitern bringen werde, als die für Handlungsgehilfen und andere Privatangestellte geltende Grenze der Versicherungsbeiträge bei 2000 M. Jahresarbeitsverdienst beseitigt würde. Daß dieses Verlangen der Handlungsgehilfen berechtigt ist, hatte die Reichstagskommission wenigstens teilweise ausdrücklich anerkannt, indem sie bei der Krankenversicherung die Höchstgrenze auf 2000 Mark erhöhte. Leider hat die Kommission diesen Beschlus wieder aufgehoben. Dagegen aber ist in der Reichsversicherungsordnung, wie sie dem Reichstage zur zweiten Lesung vorliegt, eine wesentliche Einschränkung des Selbstverwaltungrechts der Versicherten in den Krankenkassen vorgesehen, andererseits der Einfluß der Unternehmer gestärkt worden. Eine Ausdehnung der Unfallversicherung für die Handlungsgehilfen ist trotz deren Wünschen nicht erfolgt. Bei der Invalidenversicherung ist die Grenze der Versicherungsbeiträge von 2000 M. Jahresarbeitsverdienst beibehalten worden, höher entlohnte Angestellte bleiben wie bisher von der Versicherungspflicht ausgeschlossen; weitere Beitrags- und Lohnklassen sind der Invalidenversicherung nicht angegliedert, eine angemessene Witwen- und Waisenversicherung ist nicht eingerichtet worden. Mit der Schaffung der Reichsversicherungsordnung aber würde die Aussicht, eine Erfüllung dieser Wünsche in absehbarer Zeit zu erreichen, außerordentlich verringert. Deswegen und weil die Reichsversicherungsordnung in der Fassung der Kommissionsberatung für die Handlungsgehilfen keinen nennenswerten Fortschritt bringt — auch die ganz belanglosen Waisenzentren und die kümmerlichen Unterstützungen an arbeitsunfähige Witwen an Stelle der Armenpflege können als ein solcher wesentlicher Fortschritt nicht anerkannt werden — richtet der Vorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen an den Reichstag das Ersuchen, dem Gesekentwurf in dieser Form seine Zustimmung nicht zu geben, sondern ihn nur zu verabschieden, wenn in den erwähnten Punkten noch wichtige Verbesserungen herbeigeführt werden.

Von der Lohnberechnung bei Monatsbezügen.

Der Lohnrechnner K. forderte vor dem Gewerbegericht von der Inhaberin eines Jahnteliers Fr. Erdmann, bei der er gegen 250 M. Monatslohn in Stellung war, noch einen restlichen Lohnbetrag von 75 M. Der Kläger will vom 7. bis 28. Februar in der Stellung gewesen sein. Er ist der Meinung, daß er nach Abzug von sechs Dreißigteln des Monatsbezuges für die ersten sechs Tage = 50 M., 200 M. Lohn für seine Tätigkeit zu beanspruchen habe, so daß ihm, da er schon 125 M. erhalten hat, noch 75 M. zuzufügen. Die Beklagte behauptete, der Kläger habe die Stellung erst am 8. Februar angetreten. Sie erkennt an, daß der Kläger nach ihrer Berechnung noch einen berechtigten Lohnanspruch von 50,35 M. hat. Die Beweisaufnahme bestätigte die Behauptung der Beklagten über den Antritt der Stellung durch den Kläger.

Das Gewerbegericht vertrat die Ansicht, daß für den Monat Februar nicht ein Dreißigtel des Monatslohnes auf jeden Tag entfällt, sondern dem Kläger sieben, da er nur 21 Tage in der Stellung war, 1/3 des Monatsbezuges zu. Da er hiervon schon 125 M. erhalten hat, wurde die Beklagte verurteilt, noch 52,50 M. zu zahlen; die Mehrforderung wurde abgewiesen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Nachspiel zur Affäre Spahn.

Eine Privatklage des Reichstagsabgeordneten und Herrenhausmitgliedes Grafen v. Oppersdorff gegen den verantwortlichen Redakteur des „Westfälischen Volksblattes“ Hermann Weis in Paderborn beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte. Der Privatkläger wurde durch Rechtsanwalt Dr. Warmig vertreten, der Angeklagte durch Rechtsanwalt Görres verteidigt. Mittelpunkt der Klage war die Broschüre des Grafen v. Oppersdorff: „Ist Martin Spahn Zentrumsmann?“ Als diese Broschüre erschienen war, brachte das „Westfälische Volksblatt“ einen längeren gegen den Grafen v. Oppersdorff gerichteten Artikel, der das Vorgehen des Privatklägers gegen Martin Spahn scharf tadelte. Es wurde darauf hingewiesen, daß Graf v. O. als Wortführer einer Reihe von Zentrumsabgeordneten einige Tage vor der Wahl in Warburg-Höfster versucht habe, in einem Briefe Herrn Spahn zum Rücktritt von der Kandidatur zu bewegen. Obgleich es im Parteinteresse gelegen hätte, von dieser Agitation gegen Spahn abzulassen, habe Graf v. O. alles möglich aus den Schriften Spahns zusammengefaßt, um den Nachweis zu liefern, daß Spahn kein Zentrumsmann sei. Die von ihm herausgegebene Broschüre sei auf das Schärfste zu beurteilen, denn er sei dabei nicht objektiv vorgegangen. Die von ihm aus den Spahn'schen Schriften herausgehobenen Stellen

sollen Bedenken erregen. Wenn man aber näher zusehe, ergebe sich, daß sie einen ganz anderen Sinn haben. Das sei nicht mehr Polemik, sondern Verdröhnung, wie sie kaum härter geschrieben werden könne. Der Vorstand der Zentrumspartei in Paderborn verleihe volle Anerkennung dafür, daß er von der „skandalösen“ Broschüre Kenntnis genommen und der Zentrumsfraktion des Reichstages eine entsprechende Resolution unterbreitet habe. Graf v. Oppersdorff sei in seinem Kampfe gegen Martin Spahn unterlegen; wer die Disziplin nicht zu halten versuche, tue besser, die Konsequenzen zu ziehen.

Graf v. Oppersdorff habe nicht quellenmäßiges Material zum Stützpunkt für seine Behauptungen benutzt, sondern nach Zitaten zentrumsfeindlicher Blätter gearbeitet usw. usw. — Diese Ausführungen haben den Grafen v. Oppersdorff veranlaßt, die Privatklage anzuzweifeln. — Rechtsanwalt Görres glaubte die Behauptung, daß es sich um „Verdröhnungen“ handle, belegen zu können und beantragte, aus der Broschüre einige Stellen zu verlesen und diese mit den in Frage kommenden Ausführungen in den Werken Spahns zu vergleichen. — Rechtsanwalt Dr. Warmig: Dem Privatkläger würde natürlich nichts angenehmer sein, als wenn der Wahrheitsbeweis versucht würde. Dieser Wahrheitsbeweis werde nun aber ganz plötzlich und unvorbereitet angetreten, und es würde doch unumgänglich notwendig sein, daß Graf v. Oppersdorff persönlich bei diesen Erörterungen zugegen sei. Aus diesem Grunde müsse er die Verlegung beantragen. — Rechtsanwalt Görres widersprach dieser Verlegung, da es nur der Verlesung zweier Stellen bedürfte, wo eine offensibare Verdröhnung vorliege. — Der Vorsitzende bemerkte: Ihm sei der Inhalt der Broschüre bis zur Stunde nicht bekannt und er habe die betreffenden Stellen nicht gelesen. Es sei aber doch zweifelhaft, ob ein direkter Beweis dafür, daß es sich um wissentliche Verdröhnungen handle, überhaupt geführt werden könne; schlimmsten Falles würden ja doch wohl nur objektive Verdröhnungen nachgewiesen werden können. — Der Gerichtshof beschloß, die Verhandlung zu verlagern und den Parteien aufzugeben, zum nächsten Termin ganz bestimmt formulierte Beweisanträge bezw. Gegenerklärungen beim Gericht einzureichen.

Eine Luftschiffreise interessierende Gerichtsverhandlung

wird am 19. Mai vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II stattfinden. Der in Flugportkreisen sehr bekannte Regierungsbaumeister Hoffmann hatte im Auftrage und unter Kontrolle der Versuchsabteilung der Verkehrsstruppen einen Drachensegler erbaut, mit welchem auf dem Truppenübungsplatz Döberitz Flugversuche angestellt wurden. Zum Bau des Aeroplans wurde eine besondere Holzart, sog. pitäpina Holz verwendet, die der Chef der Versuchsabteilung, Hauptmann de la Roi, bei seinem Schwiegervater, dem Holzhändler Ritsche in Stolpe, in Auftrag gab und auch von diesem geliefert wurde. Als der Vertrag zwischen Hoffmann und der Militärverwaltung gelöst war, kam es eines Tages zwischen dem Hauptmann de la Roi und Hoffmann zu einem sehr heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf letzterer dem Hauptmann unaufrichtige Machinationen vorwarf. Die Situation spitzte sich derartig zu, daß der Hauptmann seinen Degen zog und auf Hoffmann einbrang, um ihn zum Verlassen des Zimmers zu zwingen. Hoffmann ließ sich hinstellen, dem Hauptmann, als er aus dem Zimmer stürzte, das Wort „Oberknieber“ zuzurufen. — Dieser Vorfall hatte erst ein ehrenrühriges Verfahren zur Folge, welches aber allem Anschein nach keine genügende Klärung der Angelegenheit brachte. — Hauptmann de la Roi stellte daraufhin Strafanklage wegen Verleumdung gegen Hoffmann, der sich nunmehr vor der Strafkammer zu verantworten haben wird. Auf seinen Antrag ist Hauptmann de la Roi unter Verhaftung des Justizrats Eschenbach als Nebenkläger zugelassen worden. Der Angeklagte selbst hat durch Rechtsanwalt Dr. Buspe einen Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen antreten lassen, so daß die Verhandlung sehr interessant werden dürfte. Den Vorsitz im Gerichtshof wird Landgerichtsdirektor Dr. Riepmann führen, die Anklage wird vom Staatsanwaltschaftsrat Dr. Babis vertreten.

Mordschismus.

Leipzig, 5. Mai. Wegen Sittlichkeitsverbrechens nach § 178, 3 hatte sich am 1. November v. J. vor der Strafkammer in Waldenburg (Schlesien) der Kollektur Franz Weitzwald zu verantworten. Das Gericht verurteilte ihn jedoch nur wegen tatsächlicher Verleumdung zu 150 M. Geldstrafe. Der Angeklagte hat mehrere Anaben unter 14 Jahren, die Wänge für ihn machten, oft mit einem Rohrstock auf das Gesicht geschlagen und sich, wenn er sich ausleidete, von ihnen an den Hüften kitzeln lassen. Das Gericht hat darin nur eine Verleumdung der Anaben erblickt. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob heute das Reichsgericht das Urteil an und verwies die Sache an die Strafkammer zurück. Der Begriff der Unzüchtigkeit scheint verkannt zu sein. Ein Verleihen der Geschlechtsorgane ist nicht erforderlich. Es muß geprüft werden, ob die Handlungen des Angeklagten wöllustigen Motiven entsprungen sind. War dies der Fall, so wäre die Verleumdung zu geschlechtlichen Dingen einwandfrei nachgewiesen. Nach dem festgestellten Sachverhalt liegt es sehr nahe, daß die fraglichen Handlungen unzüchtig waren.

Verammlungen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den großen Kauf- und Warenhäusern Berlins.

Eine öffentliche Versammlung der Hausdiener, Bader und verschiedenen Transportarbeiter der Kauf- und Warenhäuser füllte am Mittwoch den großen Saal der „Aminhallen“ und beschäftigte sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen, die in diesen Betrieben herrschen. Schriftsteller Julius Kaliski hielt das einleitende Referat. Der Redner schilderte die Zustände in verschiedenen großen Warenhäusern und darauf folgte eine rege Diskussion, in der seine Ausführungen noch in manchen Punkten ergänzt wurden. Aus dem, was berichtet wurde, ist zu entnehmen, daß man in den meisten der großen Warenhäuser den Angestellten das freie Kollationsrecht gänzlich zu nehmen sucht. Auch sucht man in den Warenhäusern durch ein weit verzweigtes Spindelssystem Uneinigkeit und Verberung unter die Angestellten zu tragen. Die Löhne sind im allgemeinen sehr unzureichend und zu den Warenhäusern, die ihre Hausdiener, Bader usw. am schlechtesten bezahlen, gehört die Millionenfirma T. & L. Der Anfangslohn für die über 21 Jahre alten Angestellten ist dort auf 20 M. bemessen, der Höchstlohn, den in jenem Geschäft die ältesten Arbeiter erreichen, auf 32 M. Die meisten erhalten nur 25 oder 26 M. die Woche bei einer überlangen Arbeitszeit. Um 8 Uhr 25 Minuten müssen sie schon antreten, um die schwere Arbeit des Bohnens zu besorgen, und um 8 Uhr beginnt dann die eigentliche Arbeitszeit im Geschäft, die in manchen Fällen bis 10, ja 11 Uhr abends ausgedehnt wird, namentlich bei dem Neubau der Pyra. Ueberdies werden die Leute auch noch Sonntags zum Austragen von Paketen herangezogen. Wird einer krank, so hat er mit sofortiger Entlassung zu rechnen, und dies ist auch bei Vandoer der Fall, wo auch im allgemeinen die Behandlung zu wünschenswerten übrig lassen soll. Ueber den Chef des Warenhauses am Kottbuser Damm wurde berichtet, daß er die Gewohnheit haben soll, Angestellte gelegentlich als „Schwein“ und dergleichen zu bezeichnen, sein erstes Wort bei irgendwelchen Differenzen soll „ausfliegen“ sein und Vertrauensmänner der Organisation pflegt man dort fortgesetzt zu mahregeln. Ueber A. Wertheim wurde gesagt, daß bei ihm der Drill noch ärger sei als auf einem preußischen Kasernenhof und daß die Angestellten schämmer daran seien als Sklaven. Eine über alle Maßen lange Ausdehnung der Arbeitszeit unter Wahrung der gesetzlichen Vorbehalten wird, wie es scheint, in verschiedenen Häusern als eine Selbstverständlichkeit angesehen, mit der sich das Dienstpersonal ohne Murren abzufinden hat. Das Publikum kann dies zum Teil selbst beobachten. Die Führer der Firma M. Israel sieht man häufig noch um 10, ja 11 Uhr abends weit außerhalb Berlins in den Vororten herumfahren, und bei Rudolph Herbig werden den Hausdienern noch nach 22 Uhr abends Palets mit auf den

Weg gegeben, die sie in manchen Fällen noch dem ankünftigen Ende Groß-Berlins zu bringen haben, entgegengesetzt der Richtung, in der ihre Wohnung liegt, so daß sie erst um Mitternacht heimkommen. Dafür können sie dann 50 Pf. und das tatsächlich ausgelegte Fahrgehd verlangen, wenn sie es nicht vorziehen, am anderen Tage eine Stunde Urlaub für sich in Anspruch zu nehmen. Es gibt kleinere Warenhäuser, namentlich in Gegenden Berlins mit harter Arbeiterbevölkerung, in denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wenn auch nicht befriedigend, so doch wesentlich besser sind als in den Kiefernbetrieben, deren Leiter mit ihrem sozialen Empfinden zu pfehlen pflegen. Die großen Warenhäuser wurden in der Diskussion als moderne Zuchtanstalten bezeichnet, aber ebenso deutlich, daß die Angestellten, wenn sie es nur nicht an der nötigen Einmütigkeit fehlen ließen, die Macht hätten, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen als in irgend welchen anderen Betrieben. Die modernen Kauf- und Warenhäuser heimsen Millionen über Millionen an Profit ein, ihre Betriebskosten sind verhältnismäßig weit geringer als die der kleinen Handelsbetriebe, und sie können deshalb sehr wohl ihren Angestellten bessere Bedingungen bieten. Aber freiwillig tun sie es nicht, trotz aller schönen Redensarten. Es muß Aufgabe der Angestellten selbst sein, durch einmütiges Zusammenhalten in der Organisation sie dazu zu zwingen.

Erklärung. Im Versammlungsbericht des Zentralverbandes der Fleischer im „Vorwärts“, Nr. 105, wird meiner Stellung in Sachen der Kaiserfeier eine Form verliehen, als sei ich ein Gegner der Kaiserfeier. Das ist vollständig unzutreffend. Lediglich in Bezug auf die beruflichen und tariflichen Verhältnisse in unserem Berufe ist seitens der Geschäftsleitung verlangt worden, eine Verständigung mit den Arbeitgebern über die Feier des 1. Mai herbeizuführen.

Paul Dörsel.

Aus aller Welt.

Russische Praktiken.

Ueber einen Schurkenstreich eines russischen Pfarrers weiß die „Neustettiner Landeszeitung“ folgendes zu berichten: Im Rittergute Möllensbed war eine Schutterin aus Rußland zurückgeblieben, die von der Herrschaft als Dienstmädchen engagiert wurde. Zu Ostern wollte sich das Mädchen mit dem Arbeiter D. aus Wetzlar verheiraten und wandte sich deshalb an den Pfarrer ihres Heimatortes um Ausstellung eines Taufscheines. Als dieser nicht eintraf, trat die Braut die kostspielige Reise nach der Heimat selbst an. Nach kurzer Zeit kehrte sie freudestrahelnd mit dem Schein und der Genehmigung zur Heirat nach hier zurück. Aber leider konnte niemand das fast drei Seiten lange Schriftstück des griechisch-katholischen Geistlichen entziffern. Dieses wurde deshalb zur Uebersetzung nach Berlin gesandt. Dabei stellte sich heraus, daß der Pfarrer dem Mädchen bescheinigt hatte, daß es bereits verheiratet sei. Nicht nur die Zeugen, sondern sogar der Trauung waren genannt. Die Russin beteuerte nun, daß der Inhalt des Schriftstücks der Wahrheit nicht entspreche. Abermals trat sie die Reise nach Rußland an. Als sie dort dem Pfarrer Vorhaltungen wegen der falschen Bescheinigung machte, wurde diese vor ihren Augen zerrissen und sie bekam den gewünschten Taufschein. Man nimmt hier an, daß die Fälschung erfolgt ist, um eine Heirat des Mädchens mit einem Angehörigen der evangelischen Kirche zu hintertreiben. Das Mädchen ist durch die Reisen um ihre ganzen Ersparnisse gekommen.

Der biedere Gottesmann, der eine arme Arbeiterin durch seine Wauernpraktiken um die lauer ersparten Groschen gebrächt hat, mag sich trösten, neben ihm laufen noch eine Menge ebendartiger Lumpen in Rußland herum.

Acht Frauen erschlagen.

Ein furchtbares Unglück ereignete sich am Freitag auf dem Gelände der Grube Coderill bei Seraing in Belgien. Auf einer Halde suchten Arbeiterfrauen unter den Schloten nach Kohlenstückchen, als sich plötzlich aus einer zur Förderung dienenden Schwebeseilbahn ein Steinbogen löste. Die etwa 30 000 Kilogramm wiegenden Steinmassen erschlugen fünf Frauen, die vollständig platt gedrückt wurden. Drei andere Frauen wurden so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Es gibt noch Wunder.

Eines der trefflichsten Mittel zur Abwendung von allerlei Schäden ist der Glaube an die Wunderkraft des „heiligsten Herzen Jesu“. Was für Wunder dieser Glaube alles bewerkstelligt, lehrt der in Innsbruck erscheinende „Sendbote des göttlichen Herzens Jesu“. In der Rainummer des frommen Blattes werden folgende Wunder aufgezählt, die auf das Konto des „heiligsten Herzens Jesu“ kommen:

Für schnelle Hilfe in einer Geldangelegenheit; für Erhaltung guter Dienststelle; für Bewahrung vor ansteckender Krankheit; für Abwendung eines Prozesses; für glücklichen Vorübergang einer schweren Stunde; für Abwendung einer großen Gefahr für eine Familie; für die Befreiung eines Sünders; für schnelle Hilfe in einer heiklen Prozeßsache; für glücklichen Geschäftsgang; für Hilfe in mehreren Anliegen; für Hilfe in seeliger Angelegenheiten; für Abkehr des Friedens; für die Wiedererlangung der Gesundheit; für glücklichen Hausverkauf; für gutbestandene Prägungen; für Befreiung von einem von Krankheit an dauerndem Leiden; für Fortschritt im Studium; für gelungene Operationen; für Befreiung vom Jenseit; für Erlangung einer guten Lebensstellung; für Hilfe in Seelenleiden; für Genehmigung einer löstlichen Verantw.

Vielleicht wendet der in arger Bedrängnis stehende Ratissie sich einmal an den „Sendboten des göttlichen Herzens Jesu“. Möglicherweise könnte sein ihm so unangenehmer Prozeß auch abgewendet werden.

Kleine Notizen.

Herzbeben. Auf der Erdbenenmarke bei Poldham wurde in der Nacht zum Freitag ein starkes Erdbeben registriert, das etwa zwei Stunden andauerte. Nach den Berechnungen liegt der Herd des Bebens etwa 7800 Kilometer in nordnordöstlicher Richtung in der Gegend der Halbinsel Kamtschatka.

Eisenbahnverletzte. Auf dem Bahnhof Wülow in Pommern geriet ein Arbeiter beim Rangieren zwischen die Räder zweier Eisenbahnwagen. Der Unglückliche wurde totgequetscht.

Der Tod im Goldbergwerk. In einem vor kurzer Zeit ausgebauten Goldbergwerk bei Clermont Ferrand in Frankreich sind vier Arbeiter durch Einsturz verschüttet worden. Zwei von ihnen konnten schwer verwundet geborgen werden. Die beiden anderen sind wahrscheinlich getötet worden.

Steben Arbeiter überfahren. Auf dem Differdingen Hüttenwerk wurden Freitag abend durch einen Güterzug sieben Arbeiter überfahren. Zwei von ihnen wurden tödlich verletzt, während die anderen schwere Verletzungen davontrugen. Einer der Schwerverletzten ist bereits gestorben.

Töblicher Abstieg eines Fliegers. Während der kurzzeit in Chonghai stattfindenden Flugwoche ist der französische Aviatiker Ballan aus beträchtlicher Höhe abgestürzt. Der Verunglückte konnte nur als Leiche aus den Trümmern seines Flugzeuges geborgen werden.



A. WERTHEIM



G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-37 am Leipziger Platz

ROSENTHALER STR.

ORANIEN-STRASSE

Montag

Extra-Preise

Dienstag

Sommer-Konfektion

Stickerei-Kleid
mit breitem Volant, reich mit Valenciennes-Einsätzen **16.00**

Sommer-Kleid
aus baumwoll. Voile mit bunter Kurbel und weissen Einsätzen garniert, weiss, hellblau, rosa **23.50**

Jacken-Kleid
aus Halbleinen, Rock u. Jacke reich mit Einsätzen garniert, weiss und ecru **23.50**

Kostüm-Rock
Halbleinen, in weiss und ecru, moderne Form mit breitem Stickerei-Ansatz **6.50**

Kostüm-Rock
aus woll. Voile, enge Form, mit ausspringenden Falten, gefüßt, in schwarz und grau **16.00**

Halblein. Jupun 2.10
plissiert mit Einsatz und Spitze

Jupun aus gestreift. Waschstoff, mit plissiertem Volant und Sammetband garniert **4.00**

Mohair-Jupun
mit plissiertem Volant und gestreifter Bleeden-Garnitur **6.00**

Trikot-Jupun
Volant aus Taffet, mit Plissee und Säumchen-Garnitur **14.50**

Ein grosser Posten
Matinees aus bedrucktem Baumwoll-Krepon, mit Einsätzen garn. **3.90**

Wasch-Blusenhemden

Ein grosser Posten
handgestickter Blusenhemden
Kimonoform, mit Spitzen, reich garniert **6.75**

Weisse Batistbluse mit 2 mal Stickerei-Einsatz 2.45
Weisse Mullbluse mit Stickerei und Spitzen **3.50, 3.85**
Weisse Stickereistoffbluse mit Stickerei-Eins. u. Motiv 4.25
Weisse Mullbluse mit Stickerei-Motiv und Spitzen-Passe **5.25**
Weisse Stickereistoffbluse mit Motiv und Spitzen-Passe 8.25
Weisse Stickereibluse mit Stickerei-Motiv . 5.75

Weisse Stickereibluse mit Falten **6.50**
Weisse Mullbluse mit Stickerei-Einsatz und Motiv **9.25**
Farbig gestreifte Zephirbluse halstfrei 2.65
mit Falten und Kragen **2.70, 3.50, 4.75**
Farbig bedruckte Perkalbluse mit Falten und breiter Rüsche **3.50**

Ein Posten
farbig bedruckter
Kimonoblusen
Volle-Stoff, mit Spitzen garniert **5.85**

Ständiger Verkauf: **Mode-Album** 35 Pf.
Franko Zusendung durch die Post nach Einsendung von 55 Pf. (Ausland 85 Pf.)

Schnittmuster (fertig zugeschnittene Papiermuster) zu diesen Abbildg. nebst genauer Anleitung zum Zuschneiden.
Jeder Kostüm- od. Kleiderschnitt (Rock- und Taille) **35 Pf.**
Jeder Blusen- od. Rockschnitt **25 Pf.**
Jeder Kindergarderobeschnitt **25 Pf.**
Jeder Wäsche- od. Schürzenschnitt **15 Pf.**

Es bringt Goldfische, Opferteile, Kaffee, Obst, etc.!
Ein gutes Leben kann man nur mit Glück und Glückseligkeit.

Butter-Auktionen.
Die Butter-Auktionen finden vom 1. Mai d. J. ab wöchentlich zweimal und zwar jeden Dienstag und Freitag statt. Besichtigung der Butter 1 Stunde vor Beginn. Es kommt nur frische deutsche Butter zur Versteigerung.
Butter-Auktions-Verband, E. G. m. b. H.,
Berlin C. 25, Alexanderplatz-Passage 39.
Fernsprecher Amt 7, No. 10521.

Abyssinier-Brunnen
zum Selbstauffüllen für 3 m Tiefe schon v. 12 W. an; Hespumpen, Garten- und Drudpumpen usw. 5 Jahre Garantie. Muster Preislisten gratis, Koblank & Co., Pump.-Fb. Berlin N., Reinickendorferstr. 95
Mahlsdorf,
Cu.-R. von 8 W. an, 20 Pf.-Zahrt, J. Rieger, Gontardstr. 5.

MANOLI
Cigarettes
Beliebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Metal-Bettstellen

Beste Fabrikate

für Kinder und Erwachsene

Kolossale Auswahl

Billige Preise

Metzner-Kinderwagen-Welthaus

Berlin O, Andreasstr. 23
Brunnenstr. 95 • Leipziger Str. 54 • Beusselstr. 67 • Rixdorf, Bergstr. 133

Wollburgs Moden sind die wahre Freude für die beiden Paare.

Mur **56 Brunnenstrasse 56.**

Durch Selbstfabrikation in großem Stil, ohne jeden Zwischenhandel, konkurrenzlose Preise. Unersicht große Auswahl in: Kostümen, Paletots, Ulster, Frauenmänteln, Kimonos, Röcken, Blusen, garnierten Kleidern etc.

Für die Reise:
Ein großer Posten Staubmäntel 6⁵⁰ 11⁰⁰ 16⁰⁰.
Ein großer Posten Bast- u. Leinen-Kostüme, in allen Farben, 12⁰⁰ 21⁰⁰ 34⁰⁰.
Loden-Pelerinen u. -Mäntel
5⁵⁰ 7²⁵ 9⁵⁰ -18⁰⁰.

Eleg. Ulster, 130 cm lang, 19.50. Kostüm 36.50.
Liberty-Mantel 39.50. Kostüm 24.00.

Gratis: 2 1/2 m Stoff, 130 cm breit, zum Rock oder Paletot, beim Einkauf von 15.00 M.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 6. Mai 1911.

Keine Hochkonjunktur. — Unsere Handelspolitik. — Getreide- und Fleischsteuerung. — Differenzen in den Montanverbänden. — Wirtschaftliche Folgen ultramontaner Parteipolitik.

Einen solchen Umfang und eine solche Intensität der Warenproduktion, daß man allgemein von einer Hochkonjunktur sprechen könnte, haben wir in den letzten 4 Jahren noch nicht gehabt. Die Bewegungen des Wirtschaftslebens gleichen mehr den Flügelschlägen eines verwundeten Vogels. Auch in den Vereinigten Staaten, wo sonst der Übergang von der Krise zur Hochkonjunktur und umgekehrt sich über Nacht vollzog, kann man nun aus dem Zustande des Dahinsinkens nicht herauskommen. Der viel gepriesene „Schutz der nationalen Arbeit“ durch das Schutzsystem ist an dieser bemerkenswerten Erscheinung in hervorragendem Maße schuld. Besonders die Lebensmittelerzeugung hält die Konsumkraft der großen Masse dauernd in engen Schranken gefangen. Gerade in der Schwäche, die nicht zu den Höhen einer Hochkonjunktur hinauffpringen läßt, tritt die vermissende Wirkung des Lebensmittelmangels deutlich in die Erscheinung. Selbstverständlich werden nicht alle Industrien und Gewerbe in gleicher Weise durch die Leuerung geschädigt. Industrien mit mehr oder minder monopolartigem Charakter, die jede Belastung abwälzen können, werden natürlich am wenigsten getroffen. Dazu gehören, am nur auf einen wichtigen Zweig unseres Wirtschaftslebens hinzuweisen, in erster Reihe die sogen. gemischten Werke der Eisengroßindustrie. Die Stahlproduktion haben sie fast zeitlos unter ihrer Kontrolle, und da zudem ein Schutzoll ihnen die ausländische Konkurrenz vom Halbe hält, diktiert sie die Preise. Die allgemein aus der Wucherpolitik erwachsenen Kosten werden von ihnen auf die Abnehmer überwälzt. Das erklärt die Zustimmung der Großindustriellen zu der herrschenden Schutzpolitik. Die Rohstoff- und Halbzugsstoffe können sie eben nur durch Zustimmung zu den wucherischen Lebensmittelpreisen erlangen. Mögen in den großindustriellen Organen hin und wieder auch Klageklieber über die schädliche Wirkung der agrarischen Wirtschaftspolitik angestimmt werden, die um Hohn und Spott wissen ganz gut, daß das den Rest zwischen den agrarischen und großindustriellen Hochschutzzöllnern nicht gereicht.

Daß von diesem Gesichtspunkte aus bei uns Handelspolitik gemacht wird, zeigt erneut der Abschluß des deutsch-schwedischen Handelsvertrages. Die agrarischen Interessen hat man nach Möglichkeit gesichert und der von Schaden in petto gehaltene Ausfuhrzoll auf Eisenerz ist verhindert worden — auf Kosten der übrigen, speziell der Verfeinerungsgewerbe. Diese Praxis wird auch in Zukunft befolgt werden. Damit eröffnen sich für die Gesamtwirtschaft keine günstigen Aussichten.

Allem Anschein nach neigt für die nächste Zeit die Kurve des wirtschaftlichen Lebens wieder nach unten. Die Verhältnisse am Weltmarkt sind unbefriedigend, von einer die Unternehmungskraft anreizenden Flüssigkeit und Willigkeit ist keine Rede. Dazu droht der Warenproduktion durch eine verschärfte Lebensmittelsteuerung erneut Belastung und Hemmung. Die Getreidepreise schnellen wieder bedenklich hinauf und eine neue Preisnot mit allen ihren Schrecken ist im Auge. Die Steuern dezimieren die Viehbestände und die Aufzucht wird sehr stark vernachlässigt. Haben doch sogar schon die landwirtschaftlichen Interessensvertretungen sich bemüht, gegen die Konzeption der viel beobachteten Vernachlässigung in der Fleischproduktion hinzuweisen. Vielen Erfolg darf man sich von solchen Mahnungen allerdings nicht versprechen.

Ein erhebliches Interesse beanspruchen die Differenzen, die das Befehle der großen Montanverbände: Kohlenyndikat und Stahlwerkverband, bedrohen. Der Konkurrenzkampf, der ein Aufsteigen der Verbände im Gefolge haben soll, wird im allgemeinen als die wichtigste Konsequenz und als wirtschaftliches Unglück beschildert. Wir sind, das wurde schon früher an dieser Stelle dargetan, nach dieser Richtung etwas anderer Ansicht; es erübrigt sich, auf diese Seite der Sache nochmals einzugehen. Mit den Konkurrenzkämpfen wird es übrigens gar nicht so schlimm werden, der Kreis der in Betracht kommenden Unternehmen, deren oberste Direktionsgewalt zudem in den wenigen Großbanken ruht, ist klein genug, um wirklich „ruinöse“ Preisämpfe zu verhindern. Zahlreiche Beispiele liefern ja schon die Vorgänge nach dem Zusammenbruch des Kohleisensyndikats und anderer Organisationen. Im Anschluß an die Auflösung von Verbänden in der Eisenindustrie ist allerdings viel von Preisrückgängen usw. orakelt worden. Solchen Auslassungen wollte man auch durch vergleichende Angaben über eingetretene Preisveränderungen den Stempel der absoluten Verdrängung aufdrücken. Die an die tatsächlich eingetretenen Preisrückgänge geknüpften Schlussfolgerungen sind aber doch falsch, denn die Verbandsauflösungen waren nur sehr bedingt und höchstens für kurze Zeit ihre Ursache. Sie sind veranlaßt durch die in den letzten Jahren eingetretenen technischen Produktionsverbesserungen. Die Düsseldorf Handelskammer macht darüber in ihrem letzten Jahresbericht einige interessante Bemerkungen. Sie sagt, die Geminresultate der großen Montanunternehmen seien durch die technischen Fortschritte in der Eisenindustrie in außerordentlichem Maße beeinflusst worden. Die Eisenpreise des Jahres 1910 blieben durchschnittlich um 25 bis 30 Proz. hinter den Preis der Jahre 1906 und 1907 zurück und standen nur etwa 5 bis 10 Proz. höher als im Jahre 1908. Die guten Gewinne der großen Hüttenwerke könne man nur zum Teil auf die besseren Preise und eine bessere Beschäftigung zurückführen; wesentlich seien die erheblichen Verbesserungen der Veranlagen, die man in den geschäftsrühigen Jahren 1908 und 1909 vorgenommen habe. Überall ist auf den Werken modernisiert worden und es wird noch immer weiter verbessert; insbesondere hat die zunehmende Verwertung der Hochofengasgase den Werken außerordentliche Ersparnisse gebracht. Während man früher die Gase der Hoheöfen entwicken ließ und zum Betrieb der Stahlwerke und Walzwerke große Mengen Kohlen außerdem verwandte, ist man in letzter Zeit immer mehr dazu übergegangen, die Gase aufzufangen, zu reinigen und entweder zu Leuchtgasen zu verkaufen oder damit Großgasmaschinen zu speisen, die mehr als ausreichend sind, um den ganzen Betrieb der Stahl- und Walzwerke mit Kraft zu versorgen.

Und interessiert hier die Frage: wie beeinflusst ein Aufsteigen der Verbände das Verhältnis zur Arbeiterbewegung und zu den Arbeitsverhältnissen? Aus dem Unternehmerlager ist mit aller Schärfe betont worden, daß als eine Folge der Syndikatsprengung mit dem sicher einsetzenden Preiskampf auch die Löhne der Bergarbeiter stark zurückgehen würden. Eine solche Möglichkeit ist allerdings vorhanden, aber die Schlussfolgerung ist nicht zwingend, ganz abgesehen davon, daß die Konsumenten von einer Preisreduktion einen erheblichen Vorteil haben würden. So einfach, als es den Anschein haben könnte, geht es mit den Lohnreduktionen den doch nicht. Man darf nicht vergessen: bei den Differenzen handelt es sich in der Hauptsache um den Widerstreit zwischen den reinen und den sogenannten Gemischten. Ein Preiskampf der reinen Werke gegen diese wäre aber ganz zwecklos, soweit es sich um den Selbstverbrauch handelt. Ob der Kohlenpreis hoch oder niedrig ist, das bleibt für die Preisgestaltung der Stahlerzeugnisse wegen des Monopols der gemischten Werke ohne großen Einfluß. Nur in dem Maße, als die Hüttenwerke über den Selbstverbrauch hinaus produzieren, würden sie durch ein Sinken der Kohlenpreise in Mitleidenschaft gezogen werden. Darin läge für sie dann jedoch wieder ein Anreiz, durch Erweiterung ihrer Hüttenwerke oder durch Angliederungen usw. deren Selbstverbrauch zu steigern. Selbstverständlich würden sie dann aber auch ihre Bergwerkveranlagen zeitlos ausnützen und die Förderung erhöhen. Die Leidtragenden werden auf alle Fälle die

reinen Bechen sein. Nun sind diese aber auch so stark in wenige Hände konzentriert, daß man wohl über untere Preisgrenzen sich einigen könnte. Das würde auch leicht geschehen, wenn die Bergherren es mit einer einzigen Arbeiterschaft und nicht mit einer durch ultramontane Umtriebe in zwei Lager von allerdings sehr verschiedener Größe gespaltenen zu tun hätten. Daß die Zentrumsdemagogen aus parteipolitischen Erwägungen mit voller Ueberzeugung das Wohl der Arbeiter den Unternehmerinteressen opfern, daran kann nach den gemachten Erfahrungen kein vorurteilvoller Mensch mehr zweifeln. Das wissen die Unternehmer ganz genau. Und daraus erwächst für die Bergarbeiter die Gefahr, daß die Unternehmer sich wahrscheinlich versucht fühlen werden, die im eigenen Lager bestehenden Differenzen auf Kosten der Arbeitelöhne auszusprechen. Dann würden allerdings die Bergarbeiter nicht die alleinigen Leidtragenden sein; die Einschränkung ihrer Konsumkraft müßte von unheilvollen Wirkungen für das ganze wirtschaftliche Leben des großen Industriegebietes sein. Das sind sehr böse Folgen, die nicht aus den Differenzen im Kohlenyndikat, sondern aus der verätherischen, von parteipolitischen Erwägungen diktierten Stellung des Zentrums und des christlichen Gewerkevereins zu erwachsen drohen.

Von viel weniger allgemeiner Bedeutung, als die im Kohlenyndikat heranreifenden Ereignisse sind die Veränderungen, die eine Sprengung des Stahlwerkverbandes hervorrufen würde. Daß die wenigen herrschenden Hüttenwerke sich gegenseitig zerfleischen könnten, daran denkt ernsthaft doch kein Mensch. Die Eisenerzwerke, die wohl vorhanden sind, werden gedämpft durch den mächtigen Einfluß der Geldinstitute, ohne deren Willen kein Krieg ausbricht, sicherlich kein solcher, bei dem sie auf alle Fälle selbst die Kosten tragen müssen. Bei der Frage der Erneuerung des Stahlwerkverbandes handelt es sich vorwiegend nur um die Form, wie die kleinen Unternehmen von den großen, wie die reinen Werke von den gemischten Werken beherrscht werden und wie die Herrschaftsbasis der großen sich erweitern läßt. Den von den gemischten Werken irgendwie abhängigen Betrieben kann es schließlich gleichgültig sei, ob ihnen der Verband oder die „freie“ Konkurrenz das schmerzstillende Halbband anlegt. Solange die Schutzölle auf Rohmaterial und Halbzugzeug den Stahlwerken eine monopolistische Herrschaft sichern, bleiben ihre Abnehmer auch die Objekte ihrer Willkür. Selbstverständlich gibt es im Stahlwerkverbande selbst, wie auch unter den reinen Werken der Eisenindustrie und des Bergbaues noch manche gegenläufige Interessen, die wenigstens zum Teil in die schwebenden Differenzen mit hineinspielen und die im Falle des Aufsteigens der Verbände nicht wirkungslos bleiben würden, aber diese Gegensätze und Wirkungen sind doch mehr sekundärer Natur und tangieren die Gesamtwirtschaft viel weniger als die erörterten Fragen.

Aus Industrie und Handel.

Die Rentabilität der Staatsgruben im Ruhrrevier.

Man schreibt uns:

Der geschäftsgewandte Herr Sinnes hat die Absicht, die fiskalischen Gruben im Saarrevier und im Ruhrrevier zu pachten. Einen sehr detaillierten Plan soll er dafür schon haben ausarbeiten lassen. Daß die Ausführung des Stinneschen Projektes dem Interesse der Allgemeinheit dienen würde, diesen Nachweis zu führen, ist man geschäftig am Werke. Der Fiskus wird als recht schlechter Bergbaureisender hingestellt. Die Berechtigung solcher Charakterisierung kann allerdings nicht geleugnet werden. Der Fiskus besitzt im rheinisch-westfälischen Industriebezirk die Gruben Gladbeck, Bergmannsglück und Waltrop. Auf allen drei Bechen bestehen mehr oder weniger große Mängel, die die Ursache der Unrentabilität sind.

Gladbeck hat der Fiskus von Thyssen zu einem hohen Preise erworben. Ganz offenbar ist bei diesem Kauf die erforderliche Sorgfalt nicht hinreichend beobachtet worden. Durch die Grubenfelder geht eine sogenannte Gebirgsstörung. Der Abbau solcher Gruben ist sehr schwierig, weil die Gebirgsstörung nicht mit Sicherheit die Lagerung der Kohlen feststellen läßt. Ob Herr Thyssen von dieser Störung, als er sich zum Verkauf von Gladbeck entschloß, nichts wußte? Jedenfalls ist er froh, daß die Beche nicht mehr sein Eigentum ist.

Im Gegensatz zu Gladbeck könnte die zweite fiskalische Beche Bergmannsglück bei Wuer eine der rentabelsten im ganzen Industriebezirk sein. Nirgends sind die unterirdischen Verhältnisse so glänzend, wie auf Bergmannsglück. Die Flöze liegen günstig und die Kohle läßt sich ohne besondere Anstrengung mit der Spade gewinnen. Es wird fast gar nicht gefloßen. Indessen läßt die Leitung sehr zu wünschen übrig. Ueber eine Anzahl technischer Einrichtungen auf Bergmannsglück raunt man in Fachkreisen. So wird ganz schematisch in der Grube mit sogenannten Aufsteheln gearbeitet, obwohl in vielen Fällen die kostenlose Schwerkraft hätte benutzt werden können. Ein Aufsteheln kostet mehrere tausend Mark. Sein Betrieb erfordert Druckluft, Reparaturen, ferner nutzen sich die Haspel schnell ab. Sachkenner sind der Meinung, daß allein mit Aufsteheln auf Bergmannsglück Rehtnauende un-nützlich vertan worden sind. Vor etwa zwei Jahren wurde sodann mit ganz erheblichen Kosten auf der zweiten Sohle eine zweigleisige Bahn erbaut und außerdem der Wassergraben ausgemauert, was vielfach Stoffschütteln erregte. Die nach den großen Vorbereitungen erforderliche Riesenförderung blieb aus. In den zwei Jahren hat der Gebirgsdruck die Schienen verschoben und den gemauerten Wassergraben beschädigt, so daß fast ständig außerordentlich große Reparaturkosten notwendig sind. Ein Steiger schickte vor einiger Zeit bei Uebernahme eines neuen Reviers für mehrere tausend Mark Armaturen, die unnütz in seinem Revier umherlagen und verrosteten, zutage, ohne sich hierfür den Dank des Betriebsführers zu erwerben. In Fachkreisen ist man der Meinung, daß auf dieser Grube Umsummen an Material geparkt werden können und daß auch eine größere Ausbeute zu erzielen wäre.

Die dritte fiskalische Grube im Ruhrrevier ist die Beche Waltrop bei Dortmund, das größte Schmerzenskind des Fiskus. Die Beche ist im Anfang des Jahres 1909 eröffnet worden, nachdem beim Abbau eine mächtige Wasserader angefahren worden war. Seit zwei Jahren verjagt man ohne Unterlaß das Wasser aus der Grube zu heben, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Bei ununterbrochener, angestrebter Förderung sinkt das Wasser im Schacht nur wenige Meter pro Tag, hat man es schließlich um einige hundert Meter zum Sinken gebracht, dann tritt irgendeine der unaussprechlichen Störungen ein und in wenigen Stunden ist wieder soviel Wasser zugefloßen, als man in den vielen Wochen gehoben hatte. Die Kosten für die Wasserförderung betrugen im Jahre 1909/10 nicht weniger als 1379.900 M. Fachleute, die schon damals gleich nach der Katastrophe behaupteten, daß man auf die hier beliebte Weise des Wasserens niemals Herr werde, behalten anscheinend recht. Das Wasser ist nach Ansicht dieser Leute nur dann zu beseitigen, wenn die Grubenbaue von einer Nachbargrube aus angefahren und auch die Wassermengen von dort gefördert werden. Die Nachbargrube gehört den Freiherrn von Stumm, die aber anscheinend keinerlei Reueigung bekunden, dem Fiskus in seiner fatalen Situation beizustehen.

Bedauert die fiskalischen Bechen des Ruhrreviers nicht rentabel sind, dürfte sich zum guten Teil aus den vorstehenden Ausführungen ergeben. Es liegt nicht die mindeste Veranlassung vor, den Plänen des Herrn Sinnes irgendwelche Berechtigung zuzuerkennen.

Ein hundertjähriges Jubiläum der Gasbeleuchtung in Deutschland fällt in das laufende Jahr. 1811 erleuchtete Campaduis,

Professor an der Bergakademie zu Freiberg, einen Teil der Stadt und die dortigen Amalgamierwerke mit Gas. 1825 und 1826 — mit der Einführung der Straßenbeleuchtung durch die Imperial Continental Gas-Association in Hannover und Berlin — hat die neue Beleuchtungsart eine feste und dauernde Stellung erworben. Und wenn ihr auch in den letzten Jahrzehnten die neue Kraft — Elektrizität — den alten Rang streitig macht, so kann trotzdem von einem Niedergang der Gasbeleuchtung durchaus keine Rede sein. Im Gegenteil: der Wettbewerb seitens der Elektrizität hat nur dazu geführt, die Beleuchtungstechnik zu verbessern und neue Anwendungsmöglichkeiten zu schaffen. Auf die neueren elektrischen Lampen antwortete die Gasindustrie mit dem hängenden Glühlicht; die Einrichtung der Gasautomaten hat die bedeutende Steigerung von Gasverbrauch in den weitesten Bevölkerungsschichten bewirkt und nun schickt sich die Gasindustrie an, die elektrische Kraftübertragung durch Schaffung der Gas-Heberlandzentralen zu überbieten. Amerika ist in dieser Beziehung mit dem guten Beispiel vorangegangen. Dort wird z. B. die Stadt Cleveland von den Naturgasfeldern in Westvirginien auf eine Entfernung von etwa 350 Kilometern durch Rohrleitungen mit Gas (etwa 2 Millionen Kubikmeter in 24 Stunden!) versorgt. Das ist eine Leistung, die einer elektrischen Kraftübertragung von etwa 2 Millionen Kilowattstunden pro Tag entspricht. Auch auf dem Gebiete der Gasgewinnung sind viele Fortschritte zu verzeichnen, die die Konkurrenzfähigkeit der Gasindustrie bedeutend gesteigert haben. Es sei auch auf die neue Abnahmefähigkeit, die durch Entwicklung der Luftschiffahrt gegeben ist, hingewiesen. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß sich die Entwicklung dieses Industriezweiges in schnellem Anwachsen des Gasverbrauchs sowie der Einnahmen aus dem Gasabfah recht deutlich zeigt. Der Gasverbrauch ist von 44 Millionen Kubikmetern im Jahre 1859 auf 1200 Millionen im Jahre 1900 und etwa 1800 Millionen im Jahre 1910 gestiegen. Die in Gaswerken investierten Kapitalien erreichen gegenwärtig die respektable Höhe von mehr als 1 1/2 Milliarden Mark und die jährlichen Einnahmen aus dem Gasabfah schwanken zwischen 180 und 200 Millionen Mark. Es scheint somit, daß der Kampf zwischen Gas und Elektrizität noch bei weitem nicht ausgefochten ist und daß, trotz der großen Fortschritte in der Verwertung der elektrischen Kraft, die Rolle der Gasindustrie im Wirtschaftsleben eher im Steigen als im Sinken begriffen ist.

Konzentration der Erdölindustrie. Die beiden größten Unternehmungen der deutschen Erdölindustrie, die Vereinigten Norddeutschen Mineralölwerke und die Deutsche Mineralöl-Aktiengesellschaft, wollen sich zusammenschließen. Die Transaktion wird wahrscheinlich in einer Kapitalerhöhung der Deutschen Mineralöl-Aktiengesellschaft und der Deutschen Tiefbohrgesellschaft ihren sichtbaren Ausdruck finden. Für die Deutsche Tiefbohrgesellschaft ist die Vermehrung des Kapitals um 5 Millionen Mark auf 13 Millionen Mark bereits angekündigt. Dieser lag der Schwerpunkt der Deutschen Tiefbohrgesellschaft, die ursprünglich eine reine Bohrergesellschaft war, im Elbe, wo sie die Beckelbronner Erdölwerke besaß. Doch hatte sie schon früher Verbindungen auch mit der hannoverschen Erdölindustrie, dem bedeutendsten Petroleumrevier Deutschlands. Diese hannoverschen Interessen sind durch die Vereinigten Norddeutschen Mineralölwerke vertreten und im vergangenen Jahre zugleich mit einer Kapitalerhöhung konzentriert worden. Nun soll ein weiterer Zusammenschluß folgen, und zwar durch Annäherung an die Deutsche Mineralöl-Aktiengesellschaft, ein Unternehmen, das der Deutschen Bank und dem Schoaffhauserischen Bankverein nahesteht. Doch hat die Deutsche Bank seit längerer Zeit auch Fühlung mit der Deutschen Tiefbohrgesellschaft durch deren Kalinteressen, und dürfte die treibende Kraft bei der jetzigen Finanztransaktion gewesen sein. Die Deutsche Mineralöl-Aktiengesellschaft verfügt über das verhältnismäßig große Kapital von 16 Millionen Mark, auf das für die beiden letzten Jahre je 6 Proz. Dividende verteilt worden sind. Ueber das Ausmaß der Kapitalerhöhung, die eventuell bei dieser Gesellschaft erfolgen wird, ist noch nichts bekannt geworden.

Die Kohlen- und Eisenproduktion der Welt im Jahre 1910.

Nach einer vorläufigen Zusammenstellung aus den amtlichen Nachweisen hat sich 1910 die Kohlenproduktion in den sieben Hauptländern auf 1150 Millionen Tonnen belaufen. Gegen 1909 bedeutet dies eine Vermehrung um 40, gegen 1905 um über 150 Millionen Tonnen. An der Spitze stehen mit fast 440 Millionen Tonnen Frankreich und Belgien, wie früher die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dann folgt noch Großbritannien mit 288,5 Millionen Tonnen; aber es hat seine Förderung nur gering erhöht, gegen 1907 sogar um fast 4 Millionen Tonnen verringert. In absehbarer Zeit wird Großbritannien in der Kohlenförderung auch von Deutschland überholt werden, das 1910 schon über 222 Millionen Tonnen Stein- und Braunkohlen registrierte, was gegen 1905 eine Erhöhung von über 80 Millionen Tonnen bedeutet. Oesterreich-Ungarn folgt dann in weitem Abstände mit 47 1/2 Millionen Tonnen Stein- und Braunkohlenförderung; seine Brennstoffproduktion hebt sich nur mäßig. Stärker nahm sie zu in Frankreich, wo 1910 über 88 Millionen Kohlen zutage geschafft wurden, während es vier Jahre vorher 34,1 waren. Belgien Kohlenförderung ist seit 1908 mit 23,5—23,9 Millionen Tonnen fast stationär geblieben. Die russische Kohlenproduktion bewegte sich in derselben Zeit zwischen 21—26 Millionen Tonnen. Die drei erstgenannten Länder lieferten allein über 80 Proz. der registrierten Weltproduktion an Kohle.

Ein ähnliches Bild bietet die Statistik der Eisenproduktion. Sie betrug in den vorgenannten sieben Hauptländern:

Table with 2 columns: Year and Production in millions of tons. Rows include 1885, 1890, 1900, 1905, 1909, 1910 for various countries.

Auch hierbei stehen die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 27,7 Millionen Tonnen (1910) weitans an der Spitze. Dann erst folgt Deutschland mit 14,2 und Großbritannien mit rund 10 Millionen Tonnen. Seit 1903 ist das Mutterland der europäischen Eisenindustrie, Großbritannien, von Deutschland überflügelt. Der Abstand wird zugunsten dieses Landes immer größer. Frankreich brachte es auf bald 4, England auf bald 3, Oesterreich-Ungarn auf 2 und Belgien auf 1,8 Millionen Tonnen Hohefeuerzeugung. Ohne Zweifel kann das russische Reich dank seiner unerschöpflichen reichen Eisenerzlager seine europäischen Konkurrenten überflügeln, wenn im Jarenreiche der lähmende Absolutismus einer freibilligen Verfassung den Platz räumt.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Table with 4 columns: Station name, am (cm), seit (cm), and another station name with am and seit values.

+) bedeutet Hoch, -) bedeutet Unterpegel

(Siehe Wochen-Spielplan.)

Freie Volkshöhle:
Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr.
Thalia-Theater. 4. U. Abteilung (Gruppe 18-19): Moral.
Neues Schauspielhaus. 9. U. Abteilung (Gruppe 33-40): Kines Bernauer.
Gernseld-Theater. 10./11. U. Abteilung (Gruppe 43-45): An des Reiches Pforten.

Freie Volkshöhle:
Montag, den 8. Mai, abends 8 Uhr:
Neues Schauspielhaus. 14. (I.) U. Abteilung: Mt. Helderberg.

Freie Volkshöhle:
Sonntag, den 7. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr:
Deutsches Theater: Samsen und Delia.
Kammerstücke: Savan.

Freie Volkshöhle:
Nachm. 3 Uhr:
Neues Volks-Theater: Der Stelgeprüfte.
Schiller-Theater O.: Die Ehre.

Freie Volkshöhle:
Schiller-Theater Charlottenburg: Zapfenstreich.
Metropol-Theater: Ramell Ritouche.
Kleines Theater. Nur ein Traum.
Neues Operellen-Theater: Der Bildhauer.

Freie Volkshöhle:
Neues Theater: Tartuff. — Die Geschwister.
Abends 8 1/2 Uhr:

Freie Volkshöhle:
Neues Volks-Theater: Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Roter Lampe.
Montag: Der Stelgeprüfte.
Volks-Oper. Montag: Uudine.
Freitag: Todwin. — Das lustige Kellchen.

Schiller-Theater O. Theater.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der große Name.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.
Montag, abends 8 Uhr:
Liebelel. Hieraus: Literatur.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Liebelel. Hieraus: Literatur.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Morgen: Bummelstudenten.

Neues Theater.
Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Nibelungen.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Das Puppenmädchen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonntag, den 7. Mai, 8 Uhr:
Kasernenluft.

Luisen-Theater.
Sonntag, den 7. Mai, nachm. 3 Uhr:
Aus erster Ehe.
Abends 8 Uhr:
Ohne Mutter.

Lustspielhaus.
3 Uhr: Das Leutnantsmädchen.
Abends 8 Uhr:
Der Registrator auf Reisen.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Nachmittags 3 Uhr:
Robert u. Bertram.
Abends 8 Uhr:
Auf nach New York.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Britton als Mlieze im Hosenrock.

Königstadt-Kasino.
Sollmannstr. 72.
Sensationeller Erfolg:
Flachshaar als Erzieher.
The 3 Luissets. Otto Bayer.
Duett Hengrich. Anita Ravera u. u.
Anfang 1/2 Uhr, Sonntag 1/2 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 43/49.
Sonntag und Montag 8 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute am 1. Sonntag im Monat
Eintritt 25 Pf.
die Person: 25 Pf.
Ab nachmittags 4 Uhr:
Großes Militärkonzert.

REISE AM ZOO
Ausstellung

Trianon-Theater.
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses.
Täglich abends 8 Uhr:
Das Prinzen.
Liebesroman in 3 Akten v. R. Miks.

Metropol-Theater.
Nachm. 3 Uhr: Ramell Ritouche.
Abends 8 Uhr: Rauschen gestaltet.
Hoheit amüsiert sich!

Hoheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von F. Freund.
Musik von Rudolf Nelson.
In Szene gesetzt vom Dr. R. Schulz.

Apollo Theater
8 Uhr: Das neue Programm der Attraktionen.
9 1/2 Uhr:
Berlins Sensation:
Um ein Weib.

Großes amerikanisches Luststücks-Sensationsstück in acht Bildern.
Wie gelebte Effekte.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
LA TORTAJADA.
The surf Bathers
eine Idylle am Meeresgestade.

De Dio
in ihren neuesten Schöpfungen von Phantasietänzen und der von Publikum und Presse glänzend beurteilte Mai-Spielplan.
— Rauchen gestattet.

Herrnfeld Theater
Original-Modriasparrte.
Ein Verlobungs-Geschäft.
Das Scheidungs-Souper.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 7. Mai 1911:
Die Grille.

Anf. 8 Uhr. Kaffeeöffn. 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
Heute! Sonntag!
nachmittags und abends
Große Konzerte
ausgef. v. d. Kapelle des Kaiser-Alexander-Grenad.-Reg.,
Dirigent Kgl. Musikdirektor Braso.
Vorzügliche Küche. Spezialauschank von Münchener Mathäuser Bräu.

Sensationelle Attraktionen!
Ben Ali Bey
Klassische Zauberkunst des Orients.
Tanagra-Theater
Lachhaus u. a.
Translator- und Militär-Konzerte.
Eintrittspreis 50 Pf.

Neue Welt.
Große Spezialitäten-Vorstellung
Auftreten der spanisch. Nationaltänzerin Sennorita Dolina und der indischen Schönheit Miß Lala-Ida.
Im Kinema ausgewähltes Programm.
Täglich 4 Uhr nachmittags
Großes Promenaden-Konzert.
Wasserrutschbahn — Liebesmühle — Lachkabinett.

14 Schlager
im neuen Programm.
U. a.:
Motorbootrennen in Amerika.
Stapellauf des Turbinen-Linien-Schiffes „Kaiser“ in Kiel.
Eine tolle Nacht.
Großstädtische Sittenkomödie.
Beginn: Wochentags 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntags 3 Uhr. u. Vorverkauf: zu ermäßigten Preisen bei A. Jandori, Kottbuser Damm 1.

EDEN-PALAST
Kottbuser Damm 2/3.

Neumann's Volksgarten
Achtung! Bitte aufschneiden! Achtung!
Diese Annonce berechtigt zum freien Eintritt für 4 Personen am Sonntag, den 7. Mai 1911
in
Neumann's Volksgarten
Räderstr. 28/29 früher Mente Am Bahnhof Landberger Allee
Auftreten erstklassiger Spezialitäten.
Konzert. x Ball.
Um gütigen Zuspruch bittet Friedrich Neumann.

Exzelsior-Lichtspielhaus, Rixdorf, Bergstr. 151-152, Richardstr. 12-13
Illustrierte Wochenübersicht.
Die Suggestion des Kusses.
Gr. Motorbootrennen in Amerika.
Die beiden Kollegen.
Roland der Grenadier. Großes Kriegsdrama aus dem Feldzuge Napoleons I. gegen Rußland.
Die Totenstadt. Episode aus den indischen Kolonien zur Zeit der Pest.
Unter dem Joch. Erzählung aus der Zeit der alten Deutschen.
Farbenkinematographie.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Wertheim
wird plätzen!
Bunter Solo-Teil.
III. Klasse.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Der Rehböck
oder: Die Stimme der Natur.
Lustspiel in 3 Akten von H. v. Kobyus.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

DMIRAS PALAST
AT BAHNHOF FRIEDRICHSTR.

Eis-Arena
Geöffnet ununterbrochen von 10 Uhr vormittags.
Heute 2 Aufführungen 2
Nachmittags und abends
Das feenhaft ausgest. Eisballett
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen

Mittags: Korso bei Musik.
Nachmitt.: Militär-Konzert.
Abends: Einödschofer-Konzert.
Zahlreiche Kunstausproduktionen
Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends: halbe Kassenpreise.
Unterricht im Schlittschuh- und Kunstlaufen wird erteilt.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Bestes Spielmonat vor den Ferien.
Gastsp. d. berühmten Theatertruppe:
Leben und Treiben im Kaukasus.
Dazu d. gr. Zauberfolg in dieser Saison
„Zwei Wappen“.
Sonntag 3 1/2 Uhr: „Marionette“.

Sanssouei-Lichtspiele
Kottbuser Str. 6, am Kottbuser Tor.
Größtes Lichtspieltheater Berlins.
Bis zu 1500 Plätze.
Mai-Fest-Spiele
1. Fest-Woche
6.-12. Mai.
Für die Festspiele besonders ausgewählte konkurrenzlose Bilder!
Sensation der ersten Festwoche!

Der Glockenguß zu Breslan.
Das bekannte Gedicht von Wilhelm Müller in Text und Bild.

Voigt-Theater
Gehlsdamm, Badstraße 58.
Sonntag, den 7. Mai 1911, bei gütlicher Bitterung im Garten:
Der Störenfried.
Lustspiel in 4 Aufz. von R. Benediz.
Kaffeeöffn. 7. Anfang 8 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Zirkus Busch
Sonntag, 7. Mai 1911:
2 gr. außerordentl. Gala-Vorstellungen 2
nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr.
Um 3 1/2 Uhr hat jeder Erwachsene ein angebrühtes Kind unter zehn Jahren auf allen Sitzplätzen frei, weitere Kinder unter 10 Jahren halbe Preise. Gallerie volle Preise.
In beiden Vorstellungen: General Jacharee Gynakos! Der Meister tarziarischer Kriegswaffen. Der urkom. Jansky - Jansen mit seinen dreiflügelten Tieren. Die berühmte Reiterfamilie Frodiani. Vorführer und Reiter der best-dressierten Schül. Freiheits- und Springpferde. Aufstehen sämtlicher Glomms m. d. neuesten Tüchen.
Nachm. 3 1/2 Uhr (auf Wunsch) die ersten 3 Akte der neuen großen Frühjahrs-Pantomime:
Ein Jagdfest am Hofe Ludwig XIV.
Abends 8 Uhr: Die vollständige neue gr. Frühjahrs-Pantomime:
Ein Jagdfest am Hofe Ludwig XIV.

Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
norm. Grotzerjan, Inhab.: Rud. Merz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9353.
Festhölle für Versammlungen, Hochzeiten u. Vereine. 4 hochelegante Kegelbahnen. Mittagstisch zu billig. Preisen.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 und 40 Pf., Kinder 10 Pf.
Anfang 7 Uhr, Sonntag 4 Uhr.

Elysium
Landsberger Allee 40/41.
Heute, sowie jeden Sonntag:
Spezialitäten
Konzert
Ball
Kaffeezeiten 1/2, Alter 40 W.
Anfang 3 1/2 Uhr. Eintritt frei.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
1007b C. Nible.

Markgrafen-Säle
34, Markgrafen-Damm 34.
An der Stralauer Allee.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Im Restaurant täglich musikalische Unterhaltung. Vorzügliche Küche, ff. Bier u. Weine, Billard u. Regeltbahn

Mila-Säle
Schönhauser Allee 130.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Cavalier-Ball.
Entree, Garderobe u. Tanz 20 Pf.
Anf. 8 Uhr. Carl Eisner.

Alhambra
Palmer-Theaterstraße 15.
Jeden **Großer Ball**
Sonntag: **Großer Ball**
Großes Orchester. Anfang Sonntag 6 Uhr. A. Zameitat.

Allen Gewerkschaften und Parteigenossen zur Kenntnis, daß ich das Lokal
Gesellschaftshaus Nordend,
gegenüber dem Gethsemano-Friedhof, übernommen habe.
Stelle deselbigen jederzeit meine großen Lokalitäten
freundlich zur Verfügung.
Hochachtungsvoll
W. Blessin.

Anton Boekers Festsäle
Weberstr. 17. Tel.: Amt 7, 13-14.
Empfehl. seine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Kleine und große Säle, großer Garten mit leuchtender Theaterbühne sowie große Vereinzimmer stehen den geehrten Gewerkschaften und Vereinen jederzeit zur Verfügung. Ergebenst
Anton Boeker, Weberstraße 17.

Voranzeige.
Am 1. und 2. Pfingstfeiertage:
Großes Frühkonzert
beim Leben
Onkel Ernst in Treptow.

Berliner Uik-Trio
Rixdorf-Berlin. Lahnstr. 74. I. I.
Für den Inhalt der Zinereare übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Brauerei F. Happoldt

Hasenheide 32/33
Konzert-Etablissement I. R. Saal u. Terrassen.
 Morgen, Sonntag, von 12-2 Uhr:
Grand Matinée
 Musikkorps d. 4. G.-R. u. F., **H. Schrader.**
 Königl. Obermusikmstr.
 Bei ungünstigem Wetter im neuen Konzert-Saal.
 Vorsügl. Verpflegung. **Diners a M. 1,25 v. 12-3 Uhr.**
 Um recht regen Besuch bittet
Max Zabel, Oekonom.

Vergnügungs-Park „Spree-Perle“

Schlesische Straße 33/34.
Eröffnung am 6. Mai.
 Großer schattiger Garten. — Ausstellung modern. Schaustellungen.
 Volksbefestigungen aller Art.
 Eröffnung: **Wochenlang** nachm. 5 Uhr. **Sonntags** 3 Uhr.
 Nachmittags 5 Uhr. **Der Unternehmer.**

Moerners Blumengarten

Oberspree-Dampferstation „Stern“.
Täglich: Gr. Konzert.
Sonntag und Donnerstag: „Grand Ball“.
 Avis! Empfehle meine großen Festsäle Koppenstr. 29 vorm.
 Keller zu Festlichkeiten jeder Art.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf

bei Erkner, Fuhweg.
 empfiehlt sich den geehrten Vereinen, Fabriken usw., Gewerkschaften zur diesjährigen Dampfer- resp. Landpartie (bei größeren Gesellschaften Ausschlag 0,90).
 Ebenso empfehle ich meine **Personendampfer**. Abfahrt Stralauer Tor, Dampfbahnstation, Stadtbahn, Städtische Straßenbahn Borsigher Brücke.
 Bestellungen am Dampfer auch dort.
Friedrich Saewert. Schultzeibauhandl. H. 7, 729 o. 11565.

Schwarzer Adler

Richard Arnhold. Frankfurter Chaussee 5.
Täglich: Großes Künstler-Konzert.
Jeden Sonntag: Großer Ball.
 3 verdeckte Kegelbahnen. Besonders empfehle Küche u. Keller.

Artikel für **Kinder-, Sommer- und Vereinsteste!**
 Zuglaternen, Stocklaternen etc.
 Ballonlaternen, Girlanden etc.
 Artikel f. Tombola, Artikel f. Laubkolonien.
 Verlangen Sie Sommerkatalog 1911.
 Billigste Bezugsquelle! Rissenauswahl!
Versandhaus M. Liemann
 Berlin C. 25, Prenzlauer Straße 46 V.*

Klopfe mit Luft!

Teppich-Reinigung

und sämtliche Nebenarbeiten*
Staehr & Co.
 Berlin S. 42, Gitschiner Str. 80
 Fernsprecher: Amt IV 216 und 226. 33/1*
 * Aufbahrung. — Entmottung v. Polstermöbeln. — Chemische Reinigung. — Kunststopferei. — Bettfedern-Reinigung. — Vacuum-Entstaubung mit fahrbaren Apparaten.
Klopfe mit Luft!



Westmann

Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalemer Strasse)
 Gr. Frankfurter Strasse 115 (nahe Andreasstr.)
2100 schwarze Paletots
 (auch bis zu den stärksten Frauengrößen)
 in Kammgarn, Tuch, Tüll, Elamine, Vellé
 12 1/2 20.— 32.— 50.— 85.—
 regulär z. T. 34.— 56.— 92.— 140.— 225.—
2400 Kostüme
 in Kammgarn, Tuch, Bass, Leinen, Elamine,
 schwarz-weiß gestreift, echt engl. Stoffen
 15.— 24.— 35.— 54.— 90.—
 regulär z. T. 43.— 69.— 102.— 156.— 250.—
 1 Posten Gesellschaftskleider z. Ausuchen 22 1/2 M.
 1 Posten englische Paletots, z. Ausuchen 7 1/2 M.
 1 Posten Blusen z. Ausuchen 4 1/2 M.
 1 Posten Hücker z. Ausuchen 5 1/2 M.
200 Wuchessa-Mäntel (einschl. Leinwand, verschiedene Farben, wie in Bild) 25 1/2 M.
Sonntags geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.

Unserem Genossen
Heinrich Schaller
 zum 70. Geburtstag
 die herzlichsten Glückwünsche.
 184. Bezirk. IV. Str. 5.

Reste

Damenstüch, schwarz und farbige, Kostüm-Stoffe, neueste Muster, Trikots-Stoffe, Seiden, Wäsche, Sammet, Seide etc.
Konfektion
 Jacketts, Regen-Paletots, Kostüme und Kostüm-röcke in grosser Auswahl.
C. PELZ
 Kottbuserstr. 5.

Vom 7. bis 13. Mai 1911
 werde ich im
Hotel Mainzer Hof, Schadow-
straße 3 (Ecke Dorotheen-
straße 3 strasse) hierselbst
 anwesend sein, um
künstliche Augen
 direkt n. d. Natur f. Patient. anzufert. u. einzupass.
F. Ad. Müller, Augenkünstler a. Wiesbaden.

Der Verkauf der Abonnements-Garderoben des größten Abonnementshauses Berlins **J. Stock & Co.** erfolgt direkt an Private Chaussee-strasse 1, Eingang Elsasser Straße. Anzüge und Paletots von 10 Mk. an.



Phönix Brauerei

Akt-Ges.
Ringfreie
 Biere nach
 Pilsener - Münchener Art
 in Fässern und Flaschen.
Erstklassige Biere!

Eine billige Damenkonfektions-Woche. In der kommenden Woche veranstaltet die Firma Fr. Hahn, Berlin O. 25, Alexanderplatz, einen Sonderverkauf in der Konfektionsabteilung. Es kommen gewaltige Mengen hochmoderner Damenkonfektion zu wirklich beispiellos billigen Preisen zum Verkauf. Auch werden die Restbestände der vergangenen Saison zu ganz besonders herabgesetzten Preisen angeboten, damit das Lager zu der demnächstigen Eröffnung des Neubaus geräumt ist. Es kann nur empfohlen werden, die Abteilung zu besichtigen, und besteht feinstes Kaufswang.

Laferme

REDOUTE

Cigaretten

2-5 Pfennig
 Vorzügliche Qualitäten.

Große Firma

berglst
 Teppiche, Gardinen, Stores,
 Steppdecken, Portieren
 auf Teilzahlung ohne Anzahlung.
 Keine Kaffierer. Chiffre S. 100, „Vorwärts“-Expedition, Auguststr. 50.

Westmanns Trauermagazin

Extra-Abteilung
 I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
 Straße 37a (2. Haus von der
 Jerusalemer Straße).
 II. Gesch.: Berlin NO., Große
 Frankfurt-Str. 115 (2. Haus
 von der Andreasstraße).
 Sehr gr. Ausw. fort. Kleider,
 Hüte, Handschuhe, Schleier
 etc. v. einfachsten bis zum
 hocheleganten Genre zu
 niedrigsten Preisen.
 Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in
 10 bis 12 Stunden.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
 für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Frankfurter Viertel.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Kauf-
 mann
Willi Levy
 (Gr. Frankfurter Str. 120)
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 9. Mai, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 halle des Jüdischen Kirchhofes in
 Weihenfeld aus statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am 5. Mai verstarb unser Ge-
 nosse, der Former
Franz Struck
 Grenzstraße 10.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 8. Mai, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 halle des Dankes-Kirchhofes in Reinick-
 endorf-West aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten die traurige Nach-
 richt, daß mein lieber Mann, unser
 guter Vater, Schwieger- und
 Großvater, der Former
Franz Struck
 am Freitag, den 5. Mai, früh
 5 1/2 Uhr, verstorben ist.
 Im Namen der trauernden
 Hinterbliebenen:
Minna Struck geb. Gusefeld,
 Grenzstr. 10.
 Die Beerdigung findet morgen
 Montag, den 8. Mai, nachmittags
 4 Uhr, von der Leichenhalle des
 Dankes-Kirchhofes, Müllerstraße
 Ecke Blankenstraße, aus statt.

Am Mittwoch, den 3. Mai,
 verstarb nach langen Leiden unser
 lieber Kollege
Ernst Prätel.
 Ein ehrendes Andenken be-
 wahrt ihn
 Das gesamte Personal
 der Buchdruckerei O. Eisner.
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 8. Mai, nachmittags
 2 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-
 Kirchhof in Mariendorf statt.

Verband der Buch- und
 Steindruckerei-Hilfsarbeiter u.
 Arbeiterinnen Deutschlands.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Am Mittwoch, den 3. Mai,
 starb nach langem, schweren Leiden
 unser Mitglied, der Hilfsarbeiter
Ernst Prätel
 im Alter von 58 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 8. Mai, nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes,
 Mariendorf, Eisenacher Str. 62,
 aus statt. 27/8
Die Ortsverwaltung Berlin.

Dankfagung.
 Für die zahlreiche Beteiligung und
 die schönen Kranzspenden bei der Be-
 erdigung meiner lieben Frau, Mutter,
 Großmutter und Schwiegermutter
 sagen wir herzlich unseren tief-
 geschätztesten Dank, besonders Herrn
 Ranasse, dem Gesangsverein Männer-
 chor Norden und dem Verband der
 freien Gastwirte B II.
A. Geisler und Angehörige
 Veteranenstr. 4.

Die Harnleiden
 Ihre Gefahren, Verhütung und
 Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
 BERLIN — Preis 1 Mark.
 1100 Tausend. ■
 Verlag Max Richter Frankfurt, Oder
 Buschmühlweg.

Rohtabak
 Sumatra-Decke, 2. Länge,
 Vollbl., schneew. Br. 3 M.
 Max Jacoby, Strelitzer Str. 52.

Zeun & Ellrich
 Berlin N. 31,
 151 Brunnenstr. 151
 offerieren
Roh-Tabake
 verzollt und unverzollt, zu billig-
 sten Preisen, z. B.:
Java-Blatt verzollt M. 1.50
 — Verjand gegen Nachnahme. —

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein
 für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Frankfurter Viertel.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Kauf-
 mann
Willi Levy
 (Gr. Frankfurter Str. 120)
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 9. Mai, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 halle des Jüdischen Kirchhofes in
 Weihenfeld aus statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am 5. Mai verstarb unser Ge-
 nosse, der Former
Franz Struck
 Grenzstraße 10.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 8. Mai, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 halle des Dankes-Kirchhofes in Reinick-
 endorf-West aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten die traurige Nach-
 richt, daß mein lieber Mann, unser
 guter Vater, Schwieger- und
 Großvater, der Former
Franz Struck
 am Freitag, den 5. Mai, früh
 5 1/2 Uhr, verstorben ist.
 Im Namen der trauernden
 Hinterbliebenen:
Minna Struck geb. Gusefeld,
 Grenzstr. 10.
 Die Beerdigung findet morgen
 Montag, den 8. Mai, nachmittags
 4 Uhr, von der Leichenhalle des
 Dankes-Kirchhofes, Müllerstraße
 Ecke Blankenstraße, aus statt.

Am Mittwoch, den 3. Mai,
 verstarb nach langen Leiden unser
 lieber Kollege
Ernst Prätel.
 Ein ehrendes Andenken be-
 wahrt ihn
 Das gesamte Personal
 der Buchdruckerei O. Eisner.
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 8. Mai, nachmittags
 2 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-
 Kirchhof in Mariendorf statt.

Verband der Buch- und
 Steindruckerei-Hilfsarbeiter u.
 Arbeiterinnen Deutschlands.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Am Mittwoch, den 3. Mai,
 starb nach langem, schweren Leiden
 unser Mitglied, der Hilfsarbeiter
Ernst Prätel
 im Alter von 58 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 8. Mai, nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes,
 Mariendorf, Eisenacher Str. 62,
 aus statt. 27/8
Die Ortsverwaltung Berlin.

Dankfagung.
 Für die zahlreiche Beteiligung und
 die schönen Kranzspenden bei der Be-
 erdigung meiner lieben Frau, Mutter,
 Großmutter und Schwiegermutter
 sagen wir herzlich unseren tief-
 geschätztesten Dank, besonders Herrn
 Ranasse, dem Gesangsverein Männer-
 chor Norden und dem Verband der
 freien Gastwirte B II.
A. Geisler und Angehörige
 Veteranenstr. 4.

Wer gesund, modern und billig wohnen will,
 der besichtige die Wohnungen an der
Schloß-Allee am kgl. Schloßpark Pankow-Niederschönhausen
 4 Zimmer u. 750 M., 3 Zimmer u. 620 M., 2 Zimmer
 u. 400 M. an. Für 10 Pfennig direkt zu erreichen mit der
 Stellier Vorortbahn (Stat. Pantow-Heinersdorf), mit der Siemensbahn von
 der Mittelstraße sowie der Linie 49. In die Nähe führen noch mit Zugang
 durch den Schloßpark Linie 47, 47a und 57. Näheres Niederhöfchen 22a.
 Schloß-Allee 40. Fernspr. Amt Pantow Nr. 200. 69/10*

Heinrich Franck

Tel.: Amt III. 4352. **Brunnenstr. 22.** 8-7 Uhr geöffnet.
Java-Umblatt bedeutend billiger!
 No. 1639. **Bezoeki-Art.** Vollblatt, 3. Länge, zart, reif, M. 1,70
 No. 1654. **Loemadjang.** Vollblatt, 2. Länge, reif, leicht, sehr groß, M. 1,80

Verband der Gemeinde- und
 Staatsarbeiter.
 Filiale Groß-Berlin.
 Durch den Tod ist am
 29. April der Kollege
Alfred Fahlbush
 von der Gruppe der Privat-
 Vadeanstalts-„Angehörigen“ ent-
 ritten worden.
 Wir werden ihm ein ehrendes
 Andenken bewahren.
 Die Beerdigung fand am 4. Mai
 in Hüttenwalde statt.
 36/5 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
 Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Former
Franz Struck
 am 5. Mai an Herzleiden ge-
 storben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 8. Mai, nachmittags
 4 Uhr, von der Leichenhalle des
 Dankes-Kirchhofes in Reinick-
 endorf, Blankenstraße, aus statt.

Ferner starb am 4. Mai unser
 Mitglied, der Dreher
Emil Lange
 an Nierenleiden.
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 8. Mai, nachmittags
 4 Uhr, von der Leichenhalle des
 Heilands-Kirchhofes in Widensee
 aus statt.
 Ferner starb am 2. Mai unser
 Mitglied, der Schlosser
Clemens Feller.
 Die Beerdigung findet heute
 Sonntag, den 7. Mai, nachmittags
 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
 Spandauer Gemeinde-Friedhofes
 in Spandau aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung erwartet
 116/17 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbe-
 kasse d. deutschen Wagenbauer
 Bezirk Reinickendorf-West.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Mitglied
Klemens Feller
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute,
 Sonntag um 1 1/2 Uhr in Span-
 dau statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
 16835

Für die herzliche Teilnahme sowie
 die reichen Kranzspenden bei der Be-
 erdigung unseres einzigen Sohnes,
 des Schriftsetzers
Albert Schulz
 sagen wir allen Freunden, Verwandten
 und Bekannten, besonders dem Ge-
 nossen Baranowski sowie den Sän-
 gern unsern besten Dank. 42912
 Die tiefbetrübten Eltern
Robert u. Mathilde Schulz,
 Liebigstraße 15.

Dankfagung.
 Für die zahlreiche Beteiligung und
 die schönen Kranzspenden bei der Be-
 erdigung meiner lieben Frau, Mutter,
 Großmutter und Schwiegermutter
 sagen wir herzlich unseren tief-
 geschätztesten Dank, besonders Herrn
 Ranasse, dem Gesangsverein Männer-
 chor Norden und dem Verband der
 freien Gastwirte B II.
A. Geisler und Angehörige
 Veteranenstr. 4.

Mieter!
 Wer gesund, modern und billig wohnen will,
 der besichtige die Wohnungen an der
Schloß-Allee am kgl. Schloßpark Pankow-Niederschönhausen
 4 Zimmer u. 750 M., 3 Zimmer u. 620 M., 2 Zimmer
 u. 400 M. an. Für 10 Pfennig direkt zu erreichen mit der
 Stellier Vorortbahn (Stat. Pantow-Heinersdorf), mit der Siemensbahn von
 der Mittelstraße sowie der Linie 49. In die Nähe führen noch mit Zugang
 durch den Schloßpark Linie 47, 47a und 57. Näheres Niederhöfchen 22a.
 Schloß-Allee 40. Fernspr. Amt Pantow Nr. 200. 69/10*

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Besonders billiges Angebot!

Sowelt Vorrat

Porzellan weiss

Speiseteller mit Reliefkante, tief oder hoch.....	18 Pz.
Dessertteller	10 Pz.
Bratenplatten ca. 38 cm	58 Pz.
Saucieren	38 Pz.
Kaffeekannen gross	48 Pz.
Kaffeetassen mit Untertassen	9 Pz.
Kartoffelschüsseln	28, 38 Pz.

2 Waggon Porzellan

mit modernem Golddekor

Kaffeekannen gross.....	95 Pz.	Speiseteller tief oder hoch	28 Pz.
Teekannen gross	95 Pz.	Dessertteller	22 Pz.
Milchtöpfe	28 Pz.	Kompotteller	18 Pz.
Zuckerboxen mit Deckel.....	38 Pz.	Saucieren	78 Pz.
Kaffeetassen mit Untert.	18, 22 Pz.	Senfgefässe.....	18 Pz.

Glas

Bierkrüge	28 Pz.
Käseglocken mit Teller	28 Pz.
Butterglocken mit Teller	22 Pz.
Wasserflaschen	28 Pz.
Dessertteller Weinblattform 5, 8, 28 Pz.	
Citronenpressen	7 Pz.
Milchsatten	7 Pz.

Kaffee-Service für 6 Personen, reich dekoriert, 8 teilig **2.85, 3.65, 4.90, 5.25, 5.90** für 12 Personen, 15 teilig ...

Emaille

Schmortöpfe 38, 55, 60, 75 Pz.	Stiepfannen 28, 33, 38, 48 Pz.	Milchtöpfe	42, 55, 60, Pz.	Waschbecken m. Self-napf 48, 65, 75 Pz.	
Schmortöpfe mit Ring 48, 65, 75, 95 Pz.	Wasserkessel 95, 1.35, 1.55	Milchkannen mit Bügel 48, 55, 75 Pz.		Wasserkrüge	75, 95 Pz.
Kasserollen 28, 35, 42 Pz.	Wasserkessel mit Sack 1.25, 1.55, 1.85	Trinkbecher	4, 8 Pz.	Waschgarnituren dekoriert, 3 teilig	2.95
Kasserollen mit Ring 48, 60, 75 Pz.	Essenträger 38, 42, 48 Pz.	Maschinentöpfe 18, 22, 28, 30 Pz.		Waschgarnituren dekoriert 5 teilig grosse Form	9.50
Wannen oval.... 95, 1.95, 2.60, 3.25	Kaffeeflaschen mit Pat.-Verschl. 42, 48, 55 Pz.	Konsole, Sand, Selte, Soda 1.75, dekoriert 2.25		Blumenvasen aparte Formen und Dekore	95 Pz.
Wasch-Schüsseln bunt..... 38 Pz.	Kaffeetöpfe bunt	8 Pz.		Würstchendosen gross ..	98, 1.35
Wasser-Kannen bunt	Milchtöpfe ca. 2 Liter	28 Pz.		Eierdosen oder Körbe	1.35
Schüsseln neue Form bunt Satz 6 Stück 1.35	Milchtöpfe ca. 1/2 Liter	15 Pz.			

Waschgarnituren 5 teilig, mod. Formen und Dekore **2.25, 2.90, 3.35, 3.90, 4.25**



Salem Aleikum
CIGARETTE DES FEINSCHMECKER
No 3 4 5 6 8 10
3 4 5 6 8 10 gdst.
Neu! Salem Gold
Goldmundstück - Cigarette
Etwas für Sie!

Tadellos 1 M.
wöchentliche Teilzahlung
Liefere elegante
Herren-Moden
fertig u. nach Mass, a. haltbaren Stoffen, neueste Muster, beste Passform, feinste Verarbeitung,
zu **billigsten Preisen**
J. KURZBERG
Maß-Schneiderer
Rosenthaler Str. 40-41 || Frankfurter Allee 104
am Hackeschen Markt. || Ecke Friedenstrasse.



Ein warmes Nest
Die herrlichste Ferienzeit verlebt man in **Falkenhagen - West** und spart die teure u. unbequeme Sommerreise.
Direkt am Bahnhof Seefeld
20 Minuten **Charlottenburg** ab Bahnhof Jungfernheide
30 Minuten ab Lehrter Bahnhof (Hamburger Bahn)
Wunderschönes Landschaftsbild mit bewaldeten Höhenzügen am Brieselang, an den schönsten u. größten Laub- u. Nadelwäldern anschliessend. Direkter Stadtbahnverkehr steht in naher Aussicht. Die Döberitzer Heerstrasse liegt in nächster Nähe. Daher grosse Wertsteigerung!
 Rute von 10 Mk. an
Kleinste Anzahlung. Amortizat. - Hyp. bis 1920.
Fertige Sommerhäuschen 700,-, 1100,-, 1500,- M.
|| || schlüsselfertig, sofort besetzbar || ||
Nieschalke & Nitsche
Berlin NO, Neue Königstrasse 16
Fernspr.: Amt VII, 6078.

Herren-, Damen- u. Kinder - Garderobe
Entzückende Neuheiten
Komplette **Möbel-Einrichtungen**
Anzahlung von **15** Mark an
Kolossale Auswahl
Achten Sie auf unsere beiden Geschäftshäuser!
Julius Glogau
G. m. b. H.
I. Geschäft:
Oranienstr. 145-146
am Moritzplatz
II. Geschäft:
Gr. Frankfurterstr. 137
zwischen Frucht- u. Köpenstrasse



Muster an jedermann franko!
Reste-Ausverkauf bei Seiden-Herzog
Ein Lotterie-Gewinn kann nicht gelegener kommen als diese Mitteilung der Firma **Seiden-Herzog**, nur Leipziger Strasse 90, i Treppe. Wir raten daher allen Damen, die Gelegenheit wahrzunehmen sich aus den vielen Resten, Coupons und Stücken kostbare Seide zum Kleide, zur Bluse etc. für einen ganz kleinen Betrag auszusuchen. Effektvolle Seiden für Ball- Braut- und Gesellschafts-Aben L50 2.25 2.75 etc. Aparte Blusen- und Jupons-Seiden, Streifen, Karos, Chinos 1.35 1.50 1.75 etc. Rein seidenschwarze Damaste, Merveilleux etc. 15,- 21,-, 30,- p. Robe. Wundervolle doppeltbreite Seiden-Gewebe, Eolennes, Crêpes de Chine, Cachemirs in allen Farben 2.00, 4 M etc. Schwere Damast-Putter-Seiden für Jacketten, Abendmäntel 1.50, 1.75 etc. Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten: Foulards, Baste etc. in allen Preislagen enorm billig v. 1.50 an.
Seiden-Herzog umgezogen, nur Leipziger Str. 90 i Treppe an der Markgrafenstrasse.
Adresse genau beachten!

Spielerprozeß Matiske.

Zweiter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Dieber beginnt die Vernehmung derjenigen Herren, welche Spiele bei Matiske waren und sich am Roulette amüsiert hatten.

Sekretär Schwaiger ist mit Matiske bekannt geworden, als dieser etwas zum Verkauf annonciert hatte. Der Zeuge hat sich die Sachen angesehen; die elegante Wohnung hat ihm sehr imponiert. Der Zeuge nahm dann eine Einladung an und war dann häufiger Gast bei Matiske. „Es war sehr nett da“, ein sehr hübsches Billard stand da, ein Schießstand war eingerichtet, es wurde im Wohnzimmer gegessen und viel musiziert. Man mußte sich dort sehr wohl fühlen. Auch ein kleines Roulette stand da; Matiske sagte, daß dies ein „sehr nettes Spiel“ sei, und der Zeuge fand dies durch die Praxis bestätigt. Er fand es

„sehr hübsch und interessant“.

Als die Zahl der Besucher größer wurde, erklärte Matiske, daß diese Zusammenkünfte doch wohl bei der Polizei angemeldet werden müssen. Der Zeuge, der früher bei seinen ersten Vernehmungen mehrere belästigende Angaben gemacht hatte, schränkte diese nunmehr wesentlich ein. Er erzählt u. a., daß auch er wiederholt für die Bank eingezahlt habe; es sei nicht richtig, daß die Bank immer mit Ueberbruch abgeschrieben habe, vielmehr habe die Bank auch vielfach verloren, so daß Nachzahlungen geleistet werden mußten. Er selbst hat ziemlich beträchtlich — im ganzen etwa 6000 M. — verloren. Einmal hat er einen Brillantring im Werte von 1200 M. bei Matiske in Pfand geben müssen, den er später nicht eingelöst hat, da er durch den Selbstmord seines Bankiers pekuniäre Verluste gehabt habe. Der Zeuge hat niemals den Eindruck gehabt, daß Matiske als gewerbsmäßiger Glücksspieler zu betrachten sei. Der Vorsizende hält ihm vor, daß er vor der Polizei bei seiner Vernehmung genau das Gegenteil bekundet und betont habe: er habe Matiske und Genossen für gewerbsmäßige Glücksspieler und sei deshalb von ihnen abgerückt. — Zeuge: Ich kann hier unter meinem Eide nur das bekunden, was ich positiv weiß. Damals schwirrten aber allerlei abenteuerliche Gerüchte umher, und wenn man immer wieder von den Beamten nach einer ganz bestimmten Richtung hin befragt wird, so wird einem langsam etwas suggeriert. Es kamen ja auch die Presseberichte, durch welche das Publikum so voreingenommen werden mußte, daß man sich diesem Eindruck nicht entziehen kann. — Vors. Landgerichtsdirektor

Dieber: Es ist doch kaum glaublich, daß Sie, der Sie im Leben stehen, sich so suggerieren lassen, daß Sie etwas ausgesagt konnten, was Ihrer heutigen Aussage direkt widerspricht.

Aus anderen Zeugenaussagen ist hervorzuheben, daß zu der „Bank auf Aktien“ zumeist Beiträge von 5 M. geleistet wurden. Matiske soll den Einzahlern eine Rückzahlung von 5 M. 50 Pf. garantiert haben, falls sie vor Beendigung des Spiels weggingen. Die Croupiers haben Einzahlungen von 200 bis 300 M. eingezahlt. Ein Zeuge Berger, der im ganzen 4—5000 M. verloren hat, hatte Matiske seine Schmuckfächer für 1400 M. verpfändet. Matiske hatte dann eines Tages diesen Zeugen zu sich bestellt und ihm gesagt, er habe gehört, daß er eine Anzeige erstattet habe. Der Zeuge hat dies bestritten. Matiske hat dem Zeugen dann angeboten, ihm die Schmuckfächer für 500 M. zurückzugeben unter der Bedingung, daß er ihm

Feinerlei Unannehmlichkeiten

bereitete. Der Zeuge hat später gehört, daß andere Herren davon sprachen: wenn es schief gehe, werde Matiske verschwinden.

Kriminalkommissar v. Mantuffel: Er habe das erstemal mit Matiske zu tun gehabt, als dieser einen Brief an ihn geschrieben, wonach in einer Kaffeegesellschaft im Familienkreise in kleinen, bescheidenen Grenzen gespielt werde und man Aufklärung darüber haben möchte, ob dies erlaubt sei. Um zu wissen, wer Matiske sei, habe er sich erst die Personalakten kommen lassen und daraus ersehen, daß einige Vorsticht am Platze war. Er habe dann den Matiske zu sich bestellt und ihm gesagt, daß das, was in dem mehrfach erwähnten Artikel des Dr. Jul. Meyer im „Tageblatt“ gestanden, an sich richtig sei, daß Spielen im Familienkreise um kleine Beträge nicht beanstandet werden könne. Daneben sei ihm aber auch der Inhalt eines Reichsgerichtsurteils mitgeteilt worden, wodurch er genau entnehmen konnte, unter welchen Umständen ein Glücksspiel als gewerbsmäßig betrieben angesehen werde. Er habe Matiske auch geraten, die Finger lieber vom Roulette ganz wegzulassen. Dann seien der Polizei Anzeigen zugegangen, welche behaupteten, daß Matiske ein

gewerbsmäßiger Glücksspieler

sei, und es wurden Einzelheiten aufgeführt, die beweisen sollten, daß Matiske der Unternehmer des ganzen Spielbetriebes sei. Es wurden auch Andeutungen gemacht, daß es beim Spiel nicht ganz ehrlich zuzugehen scheine, da mit Doppel-Zero gespielt wurde, was beim Roulette doch ganz ungewöhnlich sei. Auf Grund dieser Anzeigen seien dann die Beamten Hasenjäger und Rath eines Abends zur Beobachtung in den Kreis der Spieler geschickt worden, und es habe sich dann die Notwendigkeit ergeben, im August in der mehr-

fach geschilderten Weise den Spielklub aufzuheben und die Persönlichkeiten der Teilnehmer festzustellen.

Auf einige Fragen der Rechtsanwältin Dr. Jul. Meyer und Dr. Alberg bemerkt der Zeuge u. a.: Es sei natürlich nicht zu behaupten, daß das Roulette ohne weiteres auf gewerbsmäßiges Glücksspiel hindeute. Irigendwelcher Anhalt, daß bei Matiske unehrlich gespielt wurde, liege nicht vor. — Auf längere Vorhaltungen des Rechtsanwalts Dr. Werthauer bestätigt der Zeuge, daß in Monte Carlo und anderen Spielorten das Roulette als das harmloseste der Glücksspiele betrachtet werde. Tatsächlich seien Trente et Quatre, Baccarat usw. in den Spielklubs viel bevorzugter. — Rechtsanwältin Dr. Werthauer läßt sich weiter bestätigen, daß Roulette wegen der Umständlichkeit seines Betriebes und weil sich das Spiel langamer entwickelt, in den Klubs eigentlich niemals gespielt wird. — Zeuge v. Mantuffel: Tatsächlich sei hier der erste Fall, daß in einem Klub Roulette gespielt wurde. Der erste Fall war der des „allen ehrlichen Seemann“, der mit einem Roulette von Ort zu Ort zog. Bei ihm handelte es sich aber nicht um einen Klub.

In der Nachmittags-Sitzung hat die Vernehmung der Teilnehmer an den Matiskeschen Spielabenden wenig öffentliches Interesse dar. Von der Verteidigung wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die Statuten des Vereins genau so waren, wie die Statuten anderer Klubs. Einige Zeugen konnten bekunden, daß sie per Saldo gewonnen haben. Die Bank habe oft gewonnen, manchmal aber auch verloren. Es kam zur Sprache, daß Matiske, der ein Jahre Generalagent der „Victoria“ war, früher in der Charlottenstraße sein Bureau hatte und auch dort schon gespielt wurde. Einzelne Mitspieler haben sehr hoch pointiert, so namentlich ein junger Staatsanwalt,

der einen Schmiß im Gesicht hatte, kamen ein Herr Müller, ein Handelsrichter und andere, deren Namen der Zeuge aber nicht kenne. Alle diese Leute spielten sehr flott, sie hatten manchmal Glück, indem sie aufs Ganze gingen, manchmal aber „gudten sie auch in den Mond“. Die Bank wurde immer zweimal pro Abend aufgelegt; die erste Tour endete gegen 12 Uhr nachts, dann wurde die Bank neu gebildet. Mehrere Zeugen erklärten auf Befragen, sie hätten nicht den Eindruck gehabt, daß Matiske sich bewußt gewesen sei, etwas Unrechtes oder Strafbares zu tun.

Um 3 Uhr wurde die Verhandlung auf Montag 9 Uhr vertagt. Da die Schwurgerichtssäle anderweitig besetzt sind, findet die weitere Verhandlung im Saale 418 des neuen Gerichtsgebäudes in der Turmstraße statt. Am Dienstag soll dann die Sitzung ausfallen, so daß am Montag und Mittwoch verhandelt werden wird.

Gasthof m. Saal, Materialgeschäft, 30 Horg. Neesb. Uder u. Bief. Neue maß. Gebäud., 2 H., 3 Hmb., 4 Schweine. Bierbrauerei 70 Tonnen. Preis 29 000 M. Anzahlung 6000 M. Landwirtschaft, 60 Horg. incl. 14 Ackerland-Bieken. Tadellose Gebäud. Preis 20 000 M. Anzahlung 16311* Landwirtschaft, 40 Horg. vollst. maß. Gebäud. 1 H., 2 Milch-Kühe, 6 Sch., 24 Häh. Bief. Nebenverdienst. Preis 15 000 M. Anzahl. 4000 M. Hambow, Stettin, Schillingenstr. 3.

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden Rosenhaller Str. 70. Dr. Popke, Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Reste Damenstoffe, schwarz u. farbig, Kostümstoffe, neuzeitl. Woll-, Seide-, Sammete, Besätze, Futterstoffe, Plüsch zu Mänteln, Chev.-Kammgarn zu Knaben-Anzügen. Konfektion: Paletots, Jacketts, Staubmäntel, Kostüme, Kostümröcke. Stets Gelegenheitskäufe! Paul Karle, Warschauerstr. 18. 1*

Achtung! 100 Cigarren gratis Sammeln Sie Prämienscheine. H. Preuß BERLIN N. 29, Zigarren-, Zigaretten- u. Tabak-Fabrik und Versand-Haus. Engros-Preisliste kostenfrei.

Robert Baumgarten Damen-Konfektion Engros Export Hausvogteiplatz 11 1. Etage (kein Laden) schrägüber Untergundbahnhof (an der Jerusalem Straße)

verkauft auch einzeln Paletots Kostüme Kostüm-Röcke Blusen Kimonos Golf-Jacketts Mädchen-Paletots. Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5 % Rabatt vergütet. Auch Sonntags geöffnet.

Engelhardt-Cigaretten Leopold Engelhardt, GmbH, Cairo-Bremen. Leuco 2 Pf, Dux 3 Pf, Cato 3 Pf, Leo 4 Pf, Mazeppa 5 Pf. Feiner Geschmack. Dubere Arbel.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, direkt am Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Dr. Thompson's Seifenpulver bestes Waschmittel. Bild einer Frau mit Kind.

Beinkranke Dr. Strahl's Institut. Operationslose Behandlung ohne Berufsstörung. Ueber 2500 Dank-schreiben. Prospekt gratis. Sehr billige Kurkosten. Charlottenstr. 22.

Gnelseastraße 10, S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für Möbel jeder Art. Kassa und Teilzahlung.

Neu erschlossen! ca. 600 Morgen See-Parzellen, Rute von 10 Mark an. Waldparzellen, Ackerparzellen. Kunst- und Blume-Teichbau. J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Herren-Garderobe Referat nach Maß auf Teilzahlung von 10 M. an monatlich, Anzahlung 1/2, bis zur Lieferung, sehr billige Preise, Anzüge von 55 M. an, Paletot von 48 M. an, feinste tadellose Ausfertigung. J. Tomporowski, Schneidermeister, Lindenstraße 110, Amt IV 6293. — Auch englische Damenstoffe und Paletots, wer Stoff hat, billigste Raffapreise.

Syphilis-Nachweis in allen frisch u. veraltet. zweifelhafte. Fälle durch wissenschaftl. Untersuchung. sofort; begl. Harn- (spez. auf Gonorrhoe-Bakterien) u. Sputum-Analysen. Dr. Homoyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, im Kronen- und Rohrenhause, I. 8724. Perf. Röntgen-Appar. u. logenl. Geöffnet von 8-6 Sonntags von 12-1.

Enorm billig! Vorjährige feinste Ulster-Anzüge von 25-60 M. Billige Hosenwoche. Versandhaus Germania Unter den Linden 21.

Informieren Sie sich bevor Sie eine Verzelle kaufen und verlangen Sie kostenlos Pläne mit Text in Karlsruhe, Biesdorf, Sausdorfer, Wühlhölzer, Karow, Bernau. J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung elegante Herren-Moden fertige und nach Maß, feinste Verarbeitung. S. Boltuch Herren-Schneiderei nur Frankf. Allee 75, 1 Eingang Thälter Str.

Gartenstadt Hohen-Neuendorf Wald (Nordbahn) Wälder. Am Schützenhaus, billiges, schattiges Gelände rund um Berlin. Reichster Erwerb eines Eigenheims. Herrlicher Hochwald, Landbankellen, dir. am Bgl. Forst. Rute 15 M. an. 10jähriges Amortisation. — Sommer-Ferienhäuser 300 M. — Eigenhäuser 5000 M. an. Illust. Broschüre gratis! Wollenberg, Berlin, Neue Königstr. 71. Fernspr. VII, 3038.

Spezialität! Von 40 M. an!! Herrenanzug oder Paletot nach Maß, neueste Stoffe, auf Rohhaar gearbeitet, 2 Anpr. Befähigung am Lager erbeten ohne Kaufzwang. Kein Musterverkauf. Wer-Stoff-hat fertige Herrenanzug od. Paletot von 20 M. an, feinste Zul. Zum Nachnehmen bitte um Ihren Besah. Für guten Sitz hekam gold. Medaille Ein Versuch führt zu dauernder Kund-schaft. Ludwig Engel, Bern-lauer Straße 23, II (Alexanderplatz) Gebr. 1892. 60/18

Wo kaufe ich Landparzellen? Am besten in Müntgenau. Größte Zukunft. 6 Hm. u. Bahnd. [R. noch a. 8 M. an. 20 Pf. u. Gehalts. Geringe An- u. Abzahl. Graf, Müntgenau 83b. Sonnt. Müntgenau, Kaiser-Wilhelm-Str. 43.

Von 45 Mark an fertige Anzug oder Paletot aus modernsten Stoffen auf Rohhaar. Bei Stoffangabe billige Preise. Schneidermeister, H. Papendorf, Neue Königstr. 27 L. Teleph. VII, 4513. Langjähriger Zuschneider.

Magerkeit schwindet durch Haufe's Nährpulver „Thalassia“. Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Ganz unerschäd. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haufe, Berlin N., Greifenhagenstr. 70. Depots in folgenden Apotheken: Elefant-Apoth., Leipzigerstr. 74, Weißburgerstr. 53, Potsdamerstr. 29, Köpenickerstr. 119, Bernburgerstr. 3, Frankfurter Allee 74, Rosenhallerstr. 61, Lothringergasse 50 (am Rosenhaller Tor), Reinickendorferstr. 1 Spandau: Potsdamerstraße 40. Best.: Pf. Eiw. Haemogl. Lecith. Banm. Natronelch. Cac. Zucker. *

J. Baer Badstr. 28 Ecke Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung. Elegante Paletots u. Pelermans. u. Große Stoffinger u. zur Anfertigung n. Maß. Allerbilligste, streng feste Preise.

Albessinier-Pumpen zum Selbstausstellen für Gartendestiler u. Hauskolonnen von 8 M. an. Flügel-Pumpen, Gartenspritzen, Filter, Röhren, Zählstände ufm. Billigst. Erdböhrer leihweise. Carl Köchlin & Co., Berlin SW. (IV 1676.) Alte Jakobstr. 18/19

Großer Abbruch. Die 18 neuen Häuser Landsbergerstraße von 44 an, Vierzehnmännstraße und Landwehrstraße, 1 Million 500.000 prima Wassersteine, Türen, Doppel- und einfache Fenster, Balken, Böller, 1000 Quadratmeter Bauholz, alles billig. W. Dichtenfeld, Amt Niddorf 280.

Stoffe für Anzüge, Paletots, Meter 3, 4, 5 M. aus direkter Quelle, daher am billigsten. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21 bis-a-vis der Gertrudenstr. 20-21

Die Annahme verweigert

wenn man Ihnen nicht auf Ihr Verlangen den echten Grimm & Triepel verabfolgt. Jede einzelne Rolle enthält einen Zettel mit rotem Aufdruck. Fabrik von Grimm & Triepel in Nordhausen. Spezialität: Kau-Tabak. Nordhäuser Kau-Tabak.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Gruppe der Buzerträger.

Heute, Sonntag, den 7. Mai, pünktlich vormittags 10 Uhr:
Gruppen-Versammlung
bei Obiglo, Schwedter Str. 23/24.

Da sehr wichtige Fragen auf der Tagesordnung stehen, darunter auch die Festschreibung eines einheitlichen Beitrages, ist es Pflicht jedes Kollegen, bestimmt zu erscheinen.
Der Sektionsvorstand.

Gruppe der Töpferträger.

Montag, den 8. Mai, abends pünktlich 8 1/2 Uhr:

Gruppen-Versammlung

bei Wegner, Seydelstr. 30, dicht am Spittelmarkt.

183/10* Tages-Ordnung:
Der Ablauf des Tarifvertrages und unsere vorbereitenden Schritte hieran.
Da außerdem noch andere wichtige Fragen auf der Tagesordnung stehen, ist es Pflicht der Kollegen, für den Besuch der Versammlung die größte Agitation zu entfalten und unbedingt selber zu erscheinen.
Die mit den Töpferträgern zusammen arbeitenden Töpfer erlauben wir dringend, die Töpferträger auf diese Versammlung aufmerksam zu machen und sie zum Besuch derselben anzuhalten.
Der Sektionsvorstand.

Fliesenleger und Hilfsarbeiter.

Dienstag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Corona-Sälen (früher Klubhaus), Kommandantenstr. 72:

Oeffentliche Versammlung

der Fliesenleger und Fliesenleger-Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Schlichtungskommission. 2. Diskussion. 3. Berufsangelegenheiten.
Zutritt zu dieser Versammlung haben alle Fliesenleger und Hilfsarbeiter.
Die Vorkände der Fliesenlegerorganisationen.

Achtung! Achtung!

Bäcker, Konditoren und verwandte Berufsgenossen!

Die Generalversammlung am Sonntag, den 7. Mai, im Berliner Gewerkschaftshaus

ist aufgehoben.

Die öffentlichen Versammlungen am Dienstag, 9. Mai, für Bäcker: nachmittags 3 Uhr, in der Neuen Welt, Hofenfelde, für Konditoren: abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus,

sowie die Versammlung der Hilfs- und Werkstattkaffierer, die mittags 1 Uhr in der Neuen Welt stattfinden sollte, sind, da der

Schiedsspruch des Einigungsamtes

erst Mittwoch, den 10. Mai, verkündet wird,

vertagt.

Die Versammlungen, die für den 9. Mai geplant waren, finden am Dienstag, den 16. Mai, zur selben Zeit und in denselben Lokalen statt.

Die Lohn- und Agitationskommission.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Graumanns Schölen, Rannuhstr. 27:

Versammlung

der in den Album-, Mappen- und Galanteriewarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Georg Davidsohn über: Deutscher Humor.
2. Bericht von der gemeinsamen Sitzung mit den Arbeiterinnen.
3. Berichtsbesprechung.
Es erwartet vollständigen Besuch Die Branchenleitung.

Wo bleibt die Sonntagsruhe?

ist das Thema, über das

Stadtverordneter Adolf Ritter

am Montag, den 8. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr,

im großen Saale der Arminhallen

Rede spricht.

Alle Ladenangestellten, Warenhausangestellten, Verkäufer, Verkäuferinnen usw. sind um die Erweiterung der Sonntagsruhe mindestens für diesen Sommer betrogen, wenn sie sich nicht geschlossen zu energischem Protest in obiger Versammlung aufraffen!

Nur Massendruck kann noch etwas retten!
Zentralverband der Handlungsgehilfen u. Gehilfen Deutschlands.
Bezirk Berlin. J. K.: Ditt. Urdon, Neue Köpenicker Str. 83.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.

Montag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11:

Klempner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Referent: Ad. Cohen.
2. Diskussion.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Vertrauensleute werden ersucht, um 7 Uhr im Lokale anwesend zu sein. Mitglieder anderer Organisationen, die als Bauklempner beschäftigt sind, haben gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches ebenfalls Zutritt.

Dienstag, den 9. Mai, abends 6 Uhr:

Versammlung der Metalldrücker Berlins u. Umgegend im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Agitationskommission. 2. Neuwahl des Branchenvertreters. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse

der
Mechaniker, Optiker
und verwandten Gewerbe
zu Berlin.

Montag, den 15. Mai 1911,
abends präzis 8 Uhr:

Ordentliche

General-Versammlung

sämtlicher Vertreter
in den Arminhallen, Kommandanten-
straße 58/59.

Tages-Ordnung:
1. Annahme der Jahresrechnung für 1910, Bericht der Revisoren, Berichterstattung. 2. Antrag des Vorstandes auf Abänderung der Dienstverträge der Beamten und auf Berechnung der Dienstjahre. 3. Gesellschaftliche Mitteilungen.
Berlin, den 6. Mai 1911.

Der Vorstand.
J. K.: M. Gutschke, Vorsitzender.
Beschwerden, zu deren Erledigung die Einwirkung der Kassanten erforderlich ist, sind bis zum 10. Mai schriftlich im Kassentotal einzureichen. 275/19

Gardinenhaus
Bernhard
Schwarz

Gardinen-
Fabrik

Wallstr. 13.
Gardinen, Portieren
Lübbettdecken etc.

Scherz-
Vereins-
Verlosungs- Artikel,
Papier- Mägen,
Lampfons,
Radio- Instrumente
in aussergewöhnlich
reicher Auswahl.
Vereine erhalten auf
die ohnehin schon
sehr billigen Preise
— Rabatt. —
Bernhard Keilich
Spielwarenhaus — 19 Schauenster.
Grosso Hamburgerstrasse 21-23.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bodenleger.

Montag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause:
Vertrauensmänner - Versammlung.

Die Branchenkommission.

Gärtner! Gartenarbeiter!

Dienstag, den 9. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr, in Mieskes (Nachf.)
Festlokal, Schöneberg, Hauptstr. 5:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Antwort der Unterzeichner auf den Beschluß unserer letzten Versammlung. Referent: Kollege Walter Sivasuit. 2. Freie Reden.
Im Anschluß an die öffentliche Versammlung findet eine Branchenversammlung statt. Zutritt zu der Branchenversammlung nur mit Mitgliedsbuch oder Kontrollkarte. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht des Branchenvorstandes. 2. Neuwahl des Branchenvorstandes. 3. Verschiedenes.
Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein.
Ortsverwaltung Groß-Berlin. Branche Landschaftsgärtnerei.
Bureau: Berlin S. 42, Luisenufer 1. Telefon Amt IV, 3725.

med. Karl Reinhardt's Spezial-Arztliche Institute für
Dr. Geschlechtskrankheiten
Haut- und Harnleiden.
Neanderstraße 12 nahe Jannowitzbrücke
Sprechst. 5-7 Uhr.
Potsdamer Straße 117 an der Lützowstraße 11-3 Uhr
und 1/2 bis 1/10 Uhr abends. u. u. u.
Für Frauen von 3 bis 1/2 5 Uhr,
Sonntags 11-12 Uhr.
Vollkommenstes kombiniertes Heilverfahren. Nachweislich
unerreichte Dauererfolge in verhältnismäßig kurzer Zeit.
Um sich vor zwecklosen evtl. schädlichen Kuren zu schützen,
verlange man ausführliche Broschüre in meinen Instituten
oder durch die Post (verschlossen. Kuvert) gratis und franko.
EHRlich-HATA-
Behandlung ohne Berufsstörung.
Der nächste Herren-Vortrag
findet statt am Donnerstag, den 11. Mai, abends 1/2 10 Uhr,
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59, über das
neue Heilmittel
Ehrlich-Hata 606
sowie über kurpfuscherhafte Behandlungsweise,
mit Demonstrationen von naturgetreuen Wachsmoellen.
Eintritt frei. 243/19 Fragenbeantwortung.

W. Kube's Festsäle früher Feuerstein
Alte Jakobstr. 75. Fernsprecher Amt 1 No. 867.
Empfehle meine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Groß-
voller Garten mit Bühne zu Sommerfesten. Einige Sonntage und
Sontags noch frei.

Bremen-Hannoversche Lebensversicherungs-Bank

Aktiengesellschaft

Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahres 1910.

Gegenstand	Betrag in Mark	Gegenstand	Betrag in Mark
A. Aktiva.		B. Passiva.	
Wechsel der Aktionäre oder Garanten	2 250 000	Aktien- oder Garantiekapital . . .	3 000 000
Grundbesitz	2 487 820	Reservafonds	78 205
Hypotheken	51 043 803	Prämienreserven	53 073 163
Wertpapiere	1 308 017	Prämienüberschüsse	3 029 400
Vorauszahlungen und Darlehen auf Policeen	4 941 406	Reserven für schwelende Versiche- rungsfälle, beim Prämienreserve- fonds aufbewahrt und sonstige Bestandteile	363 442
Guthaben bei Bankhäusern bzw. bei anderen Versicherungsunter- nehmungen	1 258 659	Gewinnreserve der mit Gewinn- anteil Versicherten	2 932 483
Gestundete Prämien	2 135 168	Sonstige Reserven	2 292 915
Rückständige Zinsen und Mieten	599 039	Guthaben anderer Versicherungs- unternehmen	30 449
Ausstände bei Generalagenten bzw. Agenten	484 947	Barkautionen	5 500
Barer Kassenbestand	36 950	Sonstige Passiva	743 104
Inventar und Drucksachen	2	Gewinn	1 435 146
Kautionsdarlehen an versicherte Beamte	273 206		
Sonstige Aktiva	112 160		
Gesamtbetrag	66 968 881	Gesamtbetrag	66 968 881

Der Dividendenschein No. 3 wird mit 22,50 M. = 9 Proz. an unserer Zentralkasse, Berlin, Potsdamer Str. 22, eingelöst. Geschäftsberichte sind ebenfalls dort zu haben. Der Vorstand.

Von der Reise zurück 16655
Dr. F. Mainzer.

Eine Partie
imit. Perser
Teppiche
getreue echter Perser
von wunderbarer Farbenpracht
auf beiden Seiten benutzbar.
Ungefähre Größe
90x185 cm pr. Stück M. 3,75
180x200 " pr. Stück " 5,50
160x230 " pr. Stück " 8,75
200x300 " pr. Stück " 12,75
250x350 " pr. Stück " 21,50
300x400 " pr. Stück " 28,75
Pass. Bett- u. Pull-Teppiche
Stück 75 Pf., 1,00 u. 1,50 M.
Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko.

Ziehung 25., 27., 29., 30. u. 31. Mai
Geld-Lotterie
zum Ausbau
der Veste
COBURG
17 563 Gewinne: Bar ohne Abzug M.
360.000
Neuauflage: Bar Gold Mark:
100.000
50.000
10.000
5.000
Coburger Geld-Lose à 3 M.
Porto und Liste extra 30 Pfg.
Zu haben in allen Lotteriegeschäften
u. d. Plakate kennl. Verkaufsstellen.
Lud. Müller & Co.
Berlin C., Breitestraße 5
H. C. Kröger
Berlin W., Friedrichstr. 133a
Ferd. Schäfer
Düsseldorf, Königs-Allee 22

Beim Vorzeigen dieses Inserats
4% Rabatt
Damen
sparen Geld!
Im Engras-Lager
vormittags 10 Uhr ab:
"Einzerverkauft"
Schicke Poliret-
käntel, elegante
Klimos 7 bis
50 M.
Anschleissende
Tuch-Paletots
Tailor wurde
in allen Größen
22-35 M.
Nachbestellen
Best- u. Leinen,
Staub- u. Regen-
mäntel
5-20 M.

Göteborgsmodell
hocheleganter Modelle
Tuch-, Etamine-, Paletots
1811, Liberty,
bedeut. unter Herstellungspreis.
See: Extraweil f. starke Damen.
Aparte
Frauen-Paletots
eleg. Stichelein
15-50 M.
Ulster u. Raglans
englische Art
6-25 M.
Lodenpelzinnen,
125 cm lang,
6,50 M.
Kleider Mädchen-
Paletots 10 M.
Hoheleg. Kostüme
blau u. Kammgarn
englische Art,
East und Leinen,
15-50 M.
Max Mosczytz
Klein-Laden
Engras-
Lager
Berlin C.,
Landsberger Str. 59,
am Alexander-Platz, 1 Treppen.
Warten Sie im eigenen Interesse
auf die Gewinnsuche.



Besonders preiswerte
Leinen-, Bast- und Batist-
 Konfektion

Unübertroffene Auswahl

Leinen-Kostüm

„Ely“ Jackett mit Einätzgarn. u. farb. unterlegt. Revers, Rock i. modern. Schnitt 12.50

Leinen-Paletots

weiß und bastfarbig, moderne Fassons, mit Einätzen garniert . . von M. 10.50 an

Leinen-Kleid

„Luise“ in weiß, ecru und hellblau mit imit. Klöppel-einsätzen M. 18.—

Leinen-Röcke

in modernen Schnitten, weiß und bastfarbig . . M. 5.— an

Bast-Kostüm

„loge“ aus deutscher Bastseide. Jackett auf Seide u. m. Seidenrevers, eleg. Rock 62.—

Bast-Röcke

elegante Fassons und moderne Schnitte von M. 19.50 an

Bast-Paletots

aus deutscher Bastseide, moderne Fassons von M. 19.— an

Bast-Bluse

aus Shantung-Seide, halbfrei mit bulgarischer Stickerei, Kimonoform, M. 12.—

Batist-Kleid

„Alice“, mod. Batistkleid ganz aus Stickereistoff, M. 13.—

Batist-Kleid

„Lotte“ aus eleg. Stickereistoff reich m. Valenciennes u. Stickerei-Einsätz. garn. 22.—

Batist-Bluse

„Erica“ ganz aus Stickerei, Stoff mit Valenciennes-Einsätzen, Kimonoform . . M. 6.75

Batist-Bluse

„Erni“ halbfrei, m. hübschem Motiv u. Stickerei-Einsätzen. Säumchen-Garnierung . . M. 3.75

Mädchen-Batist-Kleider . . von M. 4.25 an
 Mädchen-Wasch-Kleider von M. 3.75 an
 Knaben-Wasch-Anzüge . . von M. 2.25 an

Reich illustrierter
 Katalog kostenlos

R. M. Maassen S. m. b. H.
 Berlin. S. Deutschlands größtes Spezial-Haus für Damen-, Kinder- und Sport-Konfektion **Oranien-Platz.**

Die reellsten und billigsten
Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei - Genossenschaft
 E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Brunnenstr. 185 Tor u. Invalidenstr. Tor u. Invalidenstr.
 Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.

Empfehlen sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
 Große Auswahl in

Sommer-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen in allen Größen und Preislagen sowie

Arbeiter - Berufs - Kleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend, des Charlottenburger Konsum-Verelns sowie des Arbeiter-Radfahrerbundes.

NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für eigenen Bedarf fabrizieren und unsere Waren in keinem anderen Geschäft zu haben sind.

Berlins größtes Kredithaus
„ALLE TAGE ANDERS“
 dicht am Nettelbeckplatz.

Auf Kredit
 Herren-Garderobe
 Damen-Garderobe
 Kinder-Garderobe
 für Knaben und Mädchen
 Wöchentliche Teilzahlung nur 1 M.
 Sport- und Kinderwagen
 Kolossale Auswahl
 Preise so billig wie nur möglich!

Gratiszugabe: Herren: eleganter Hut oder moderner Stock.
 Damen: elegante Lederwaren usw. usw.

Bis zum Pfingstfesten Verabfolgung der doppelten Anzahl der Original-Sparmarken des Rabatt-Sparvereins „Norden“ oder 10 Prozent Rabatt u. bar 500 Mark.

Cinziges Waren-Abrechnungs-Geschäft, das zur Verabfolgung der Sparmarken des Rabatt-Sparvereins „Norden“ berechtigt ist

Waren- und Möbel-Kredit-Haus
„ALLE TAGE ANDERS“
 Größtes Haus a. Nettelbeckplatz
 Pank-, Gericht- und Reinickendorfer
 Straßen-Ecke
 parterre, I., II., III. und IV. Etage.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren **Julius Krause** Kastanien-Allee Nr. 40
Komplette Wohnungseinrichtungen
 zu anerkannt soliden Preisen. — Teilzahlung gestattet.

Reinigt Euer Blut im Frühjahr!
 Viele Krankheiten haben ihren Ursprung im unreinen Blute, deshalb reinige man sein Blut mit Reichels **Wacholder-Extrakt „Medico“**
 einem vielseitig anerkannten, natürlichen Blutreinigungsmittel von speziell darstellenden, unreinigkeiten aufhebenden Eigenschaften. Er wirkt, die Natur unterstützend, nach vielen Richtungen hin auf die inneren Organe in wohltätiger, erleichternder Weise ein und überzeugt man sich selbst durch einen Versuch von der vielseitigen Wirkung. Niemals angetroffen, garantiert rein und frisch, und nur in Originalpackungen mit Marke „Medico“ à M. 0.75, 1.50 und 2.50. In den meisten Drogerien, auch Apotheken erhältlich, wo nicht, zu beziehen durch
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4, F.-Anstaltstr. IV 4751, 4752, 4753.
 Man verlange aber ausdrücklich Marke „Medico“ und nehme keinesfalls andere Fälschungen.

Bettfedern-Fabrik
BERLIN S 300 Gustav Lustig
 Prinzenstr. 46-47
 Größtes Spezialgeschäft Deutschlands
Bettfedern | Daunen
 zu 0.85, 1.00, 1.25, 1.50, 1.80, 2.00, 2.50, zu 2.85, 3.50, 4.00, 6.50
 3.00, 3.50 bis 6.00 Mark per Pfund bis 9.00 Mark per Pfund
Fertige grosse Betten
 bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen
 zu 12, 15, 20, 24, 28, 31.50, 35, 40, 44, 54, 61, 75, 90 bis 120 Mark
 Größtes Lager in Bettinletten, Metall-Bettstellen u. allen anderen Bettartikeln
 Beste Bettenfüllung: (gesundheitlich geschützt) **Monopol-Daunen** 2.85 3-4 Pfund zum Oberbett.

Gesunder Schlaf nur auf

Zu haben in allen besseren Möbel- und Bettgeschäften aus den Fabriken von
Schickler, Bohe & Co., G. m. b. H.
 Elberfeld, Berlin-Tempelhof, Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg.

Unübertroffen an Elastizität und Dauerhaftigkeit, mit und ohne federnde Seitenkanten

„Schiboco“-Matratzen



Jede Matratze trägt diese Schutzmarke

Kein Detailverkauf

GEGRÜNDET 1867



Um Irrtümer und Verwechslungen zu vermeiden, bitten wir um die genaue Beachtung untenstehender Strassennamen u. Hausnummern



Zentrale und Versand:
Jerusalem Str. 38-39

Potsdamer Straße 2
Friedrich-Straße 75
Tauentzien-Straße 19a
König-Straße 25-26
Schöneberg, Haupt-Str. 146
Rixdorf, Berg-Str. 25-26
Rosenthaler Straße 5

Tauentzien - Straße 7b
M. 12.50 Spezial-Verkauf

Mitte Ma: **Charlottenburg:**
Wilmsdorfer Str. 45
Ecke Schillerstrasse



Der reichillustrierte Haupt-Katalog wird auf Wunsch gratis u. franko zugesandt

Versand - Abteilung:
Jerusalem Str. 38-39

Etwas über die Leistungsfähigkeit und Vorzüge der alten Stiller-Geschäfte!

Das Schuhwarenhaus Carl Stiller, welches auf ein 44jähriges Bestehen zurückblicken kann, nimmt unter den deutschen Schuhwaren-Detailgeschäften den ersten Rang ein, denn es ist das grösste Geschäft dieser Art im Reich. Die zahlreichen, in den meisten Stadtteilen vorhandenen Verkaufsstellen der alten Stiller-Firma bilden durchweg selbständig geleitete, grosse „Spezialgeschäfte“ und keine notdürftig mit Waren ausgestatteten „Filialgeschäfte“.

Die Auswahl

Unsere Auswahl ist bekanntermassen eine enorm grosse. Wir pflegen nicht nur das feine, hochpreisige Genre, sondern wir schenken den mittleren und billigeren Preislagen gleich grosse Aufmerksamkeit. Die Vielseitigkeit unserer Warenlager ist eine überraschend grosse. Wir legen besonderen Wert darauf, gangbare Artikel nicht nur in allen notwendigen Längen, sondern — was sehr wichtig ist — diese Längen auch in den erforderlichen vielen Weiten stets vorrätig zu haben; denn wir führen Schuhwaren in zehn verschiedenen Weiten, sowohl für „sehr schmale“ als auch für „extra starke“ Füsse. Wir sind deshalb nicht nur in der Lage, jedem Geschmack Rechnung zu tragen, sondern wir vermögen, was die Hauptsache ist, auch für jeden Fuss etwas Passendes zu bieten. Wir beschränken uns nicht darauf, nur allgemein gangbare Sorten und Formen zu führen, sondern wir studieren und beobachten die Moden des In- und Auslandes und bemühen uns, mit den neuesten Schöpfungen der Schuhbranche als Erste auf dem Markt zu erscheinen. Unsere Modelle sind vorbildlich und finden allgemein Nachahmung. Damit ist aber nicht gesagt, dass wir nur solche Neuheiten bringen, die den ausgeprägten Charakter des Modernsten zeigen, sondern wir bestreben uns, auch der „hygienischen Fusspflege“ in ausgedehntester Masse Rechnung zu tragen, und verfügen über eine grosse Auswahl von Schuhwaren in rationellen Formen für Damen, Herren und speziell für Kinder. Vielfachen Wünschen unserer festen, alten Kundschaft entsprechend behalten wir bewährte, gut passende Formen jahraus jahrein bei, um die Gewohnheit vieler alter Kunden befriedigen zu können.

Die Preiswürdigkeit

Unsere Millionenumsätze setzen uns in den Stand, so vorteilhaft wie eben nur möglich einzukaufen und infolge dieser grossen Umsätze können wir uns mit einem kleinen Nutzen begnügen. Jede unserer bekannten Preislagen zeigt eine unübertreffliche Leistungsfähigkeit für sich. Unsere Hauptpreislagen für Damen- und Herrenstiefel sind:

8⁷⁵ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 15⁵⁰ 18⁰⁰ 21⁰⁰

Innerhalb dieser abgestuften Preislagen bieten wir das Vollkommenste, was zu den jeweiligen Preisen erreichbar ist. Mit dieser Mannigfaltigkeit der Preislagen bietet unsere Firma einen ganz überwiegenden Vorteil

Die Bedienung

Wir verfügen über Hunderte gut geschulter Verkäuferinnen, welche zumeist schon jahrelang der Firma angehören. Die Bedienung ist deshalb eine durchaus sachgemässe und in jeder Beziehung musterhafte. Vermöge unserer grossen und bequem eingerichteten Verkaufsräume, unserer strengen Ordnung und grossen Uebersicht unserer Warenlager ist die Bedienung der Kundschaft eine stets glatte und schnelle, selbst in der lebhaftesten Saison. Da wir nur das Beste zu führen gewohnt sind, können wir für die Güte unserer Waren einstehen.

Orthopädische Abteilung: Jerusalemstrasse 38-39

Kostenlose fußärztliche Sprechstunde 5-7 Uhr.

Eigene Werkstätten für feine Maß-Arbeiten und Reparaturen

Mittwoch, den 10. Mai: Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Folgende Lokallisten stellen ihre Lokale der Partei und den Gewerkschaften zu den altbekannten Bedingungen zur Verfügung: In Wandlich (T.B.) das Lokal „Zum Seetrag“, Ing. Klein. In Reinickendorf-West sind alle Lokale frei. In Pantow das Lokal „Zur Strauchwiese“. In Heegermühle bei Eberswalde das Lokal von Otto Schulz. Wir bitten die Lokallisten genau zu beachten! Die Lokalkommission.

Parteiengenossen, die im Wahlkreise Züllichau-Schwiebus-Krossen-Sommerfeld wohnen oder nach dort Beziehungen unterhalten (Familie, Verwandte) und sich zurzeit hier aufhalten, werden dringend ersucht, am Freitag, den 12. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale des Genossen J. Meyer, Dranienstr. 108, zu einer Besprechung zu erscheinen.

Vorhagen - Nummelsburg. - Den Wahlvereinsmitgliedern zur Kenntnis, daß die Bibliothek in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni zwecks Regelung und Neuanschaffung geschlossen ist. Mitglieder, welche Bücher im Besitz haben, werden ersucht, dieselben bis zum 15. Mai zurückzubringen. Die Bibliothekskommission.

Ober-Schöneweide. Am Mittwoch, den 10. Mai, hat der 2. Bezirk und am Donnerstag, den 11. Mai, der 6. Bezirk Zahlabend im Jugendheim, Marasstr. 2. Die Bezirksleitung.

Grünau. Am Mittwoch, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Joh. Franz, Köpenicker Straße 88: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schütte: „Was und wie soll der Arbeiter lesen“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Kowalew. Mittwoch, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung des Wahlvereins im Schindischen Lokale, Wilhelmstraße 41/48. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die Sünden des Schnapsbrotts und die Reichstagswahl“. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Otto Büchner. 2. Geschäftliches. 3. Abrechnung vom ersten Quartal und von der Gemeindevahl. 4. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt; auch werden neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Berliner Angler.

Der richtige Angelbruder klebt zäher am Wasser als der Moskauer an der Kneipe oder der Spieler am Klavierschrank. Seine Ausdauer ist unermesslich und sein Sportplättchen bewundernswert. Von früher Stunde an, wenn der Tag kaum graut und andere sich nach Herzenslust noch ausschlafen, sitzt er am Uferabhang oder vor dem Schilf im Kahn, bis sich die ersten Schleier der Nacht niederlassen, und auch die Kaltblüter ihre Schlafwinkel suchen. Selbstvergessen, bedürfnislos, fast unbeweglich. Nur hin und wieder schnell der Arm hoch, um dem Angelhaken eine frische Lage zu geben, die Lockperle zu erneuern oder einen „Angebissenen“ mit elegantem Ruck in Sicherheit zu bringen. Neugierige Zuschauer, wie der Gelegenheitsangler mitten im Weichbilde der Stadt am Spreekauf, kann der passionierte Angler nicht brauchen. Jedem Vergnügungsboot, das zu dicht an sein Jagdrevier heranfährt und ihm die Beute verdeckt, sieht er mit ärgerlichen Blicken nach. Deshalb haben sich die Berliner Sportangler von jenen Stellen, wo lebhafter Dampfer- und Menschenverkehr herrscht, immer mehr zurückgezogen oder sie lassen sich hier doch nur in jenen Stunden für längere Zeit nieder, wo die Fluten und die Fische durch den Schiffsbetrieb nicht allzu sehr heunruhigt werden, am liebsten in den frühesten Morgenstunden, wenn die Sonne die Fischlein weckt und zur Nahrungssuche an die Oberfläche lockt.

Der Berliner Anglerport, der in wenigen Wochen wieder stark einsteigt, ist weit verbreiteter, als man gewöhnlich annimmt. Es sind Tausende, die in ihrer freien Zeit kaum für etwas anderes Sinn haben und dann auf dem Wasser wie zu Hause sind. Die reichliche Hälfte der Sportangler rekrutiert sich natürlich aus jenen Leuten, die so glücklich gestellt sind, daß sie in ihrer Freizeit zu Erwerbszwecken keinerlei Beschränkung fühlen. Denen kommt es gar nicht darauf an, wochenlang zwischen Angelbude und Angelkahn hin und her zu pendeln, für eine andere Welt nicht zu existieren. Die übrigen sind angewiesen auf die kurze Zeit zwischen den Arbeitstagen, und dann huldigen sie ihrer Leidenschaft mit demselben Eifer wie der Kradler, Autler oder Aviator. Aber der Reiz liegt nicht ausschließlich in der Fischjagd. Jeder Gewohnheitsangler hat viel Herz und Sinn für die ihr umgebende Natur. Mit jener verinnerlichten Stimmung, die die Einsamkeit liebt und doch von Melancholie weit entfernt ist, bewundert er den Auf- und Untergang der Sonne, das Herannahen eines Gewitters, das Vogelidyll im nahen Wald und über den Wässern. Der Wind, der leise durch das Schilf fährt und die Wasserfluten kühlt, singt ihm gar eigene Lieder, und Myriaden von Insekten erzählen auf dem stillen See von jenem ungeheueren Trieblieben, das der Herdenmenschen mit seinen nützlichen Zwecken sonst kaum beachtet. So ist er mit dem Leben und Weben der Natur aufs innigste verbunden, und häufig tritt es auch äußerlich hervor, daß solche abgeklärten Einsiedler für unser Dasein und all seinen harten Kampf einen weiteren Horizont haben als andere, die im Jagen und Fischen nach Verdienst ihrer selbst nicht recht froh werden.

Die Lösung der offiziellen Angelkarte und die Gebühr für die Errichtung der Angelbude sowie die Kosten für Beschaffung und Instandhaltung eines Kahnens haben sich leider von Jahr zu Jahr verteuert. Gemeinden, die Besitzer besonders fischerreicher Seen sind, verpachten die Fischereirechte an Generalunternehmer, und erst von diesem erlangt der Minderbemittelte die Erlaubnis zur Ausübung seiner Passion. So begahnt, genau wie bei den Laubenkolonien, der „kleine Mann“ sein Extrastückchen Natur am teuersten. Und die Behörde läßt sich die Angelkarte zuweilen noch außerdem bezahlen, hat sogar diese Gebühr hier und da auf das Doppelte und Dreifache des Preises vor zehn und zwanzig Jahren hinausgeschraubt, obwohl der Fischreichtum zurückgegangen ist. In vielen Stellen besitzen die Fischerinnungen das Privilegium und treiben damit direkten Wucher. In manchen großen Seen in der Umgebung Berlins, an gewissen Stellen der Havel und Oberspreewäldchen sind ganze Anglerkolonien

gebildet. Hier stößt man am Ufer auf zahlreiche Angelbuden primitivster Gestalt, und oft ist ein winzig kleines Anwesen dabei, das die Sportfreude noch erhöht. Schon die noch nicht mal schulentwachsenen Kinder machen Vatern Konkurrenz, und selbst Mutter beweist in Ruhepausen ihr Expatent, die Angel auszuwerfen. Im Hochsommer, zur Erntezeit, gibt es hier an den Wässern wunderhübsche Anglerfeste, die sich den Laubentesten der „Landratten“ würdig an die Seite stellen. Der schwerste Geiß, der fetteste Sturpsen wird im Triumph nach dem Festplatz getragen und prämiert. Auf den Festtafeln drängen nur Fischgerichte, die einem das Wasser im Munde zusammenlaufen lassen, und den Ehrenplatz neben der braven Kochkünstlerin nimmt der große Wassernimrod ein, der — selbst so fest am Angelhaken sitzt.

Wo bleibt die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe?

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe scheint den Angestellten noch länger vorenthalten werden zu sollen. Berlin hat seinem Beschluß, die Verkaufszeit vom 1. Mai bis 30. September auf die Stunden von 8 bis 10 und vom 1. Oktober bis 30. April auf die Stunden von 12 bis 2 Uhr festzusetzen, die Voraussetzung beigelegt, daß auch die Vorortgemeinden gleiche Ortsstatute einführen. Es ist gewiß erwünscht, wenn die Frage der Sonntagsruhe in Groß-Berlin möglichst einheitlich geregelt wird. Es zeigt sich auch hier wieder einmal, wie hemmend die kommunale Zerissenheit Groß-Berlins jedem Fortschritt im Wege steht. Besteht der Berliner Magistrat auf seinem Vorbehalt, so dürften die Handelsgewerbetreibenden noch recht lange auf die kleine Vergünstigung warten können. Die bisher vorliegenden Beschlüsse der Vorortgemeinden in der Sonntagsruhe weichen sehr von einander ab. So hat die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung beschlossen, daß die offenen Verkaufsstellen an Sonntagen nur von 8—10 Uhr geöffnet sein dürfen, ganz gleich, ob Sommer oder Winter, aber auch nur unter der Voraussetzung, daß Schönberg und Wilmerdorf ebenso beschließen. Schönberg hat wie Berlin beschlossen. In Weihensee soll die Sonntagsruhe nicht nur auf die offenen Verkaufsgeschäfte, sondern auf sämtliche Geschäfte ausgedehnt werden, Lichtenberg will die in Berlin beschlossene Regelung zu der seinigen machen. Pantow will alles beim alten lassen. Niddorf hat sich im Sinne Berlins entschieden. Diese verschieden gearteten Beschlüsse lassen die Forderung zu, daß gar nichts geschieht, wenn die Gemeinden sich nicht einigen können, oder aber es muß jede Gemeinde auf eigene Faust Sonntagsruhebestimmungen schaffen. Es wird die höchste Zeit, daß dem gegenwärtigen Zustande ein Ende gemacht wird.

Am Montag abends 8 1/2 Uhr wird sich eine Versammlung, zu der alle Handelsgewerbetreibenden nach dem großen Saal der „Kaminhallen“, Kommandantenstr. 58/59, eingeladen sind, mit dem Thema: „Wo bleibt die Sonntagsruhe?“ beschäftigen.

Die Durchlegung der Französischen Straße durch die Ministergärten bis zur Königgräber- und Lennestraße ist kürzlich vom Polizeipräsidenten v. Jagow angeregt worden, und man mußte annehmen, daß Herr v. Jagow sich vorher über die Durchführung des neuen Verkehrsprojektes vergewissert hatte. Jetzt bringt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in auffällender Schrift folgende Mitteilung:

Die Frage der Erleichterung des Verkehrs in der Leipziger Straße und auf dem Potsdamer Platz in Berlin beschäftigt fortwährend die Behörden und das Publikum. Zurzeit wird das Vorhaben der Durchlegung der Französischen Straße bis zur Ecke der Königgräber- und Lennestraße erörtert und von der Ausführung des Vorhabens eine solche Erleichterung erhofft. Die Verhältnisse liegen hier indessen ähnlich wie betreffs der vor einigen Jahren in Aussicht genommenen Verlängerung der Vohlfahrtstraße über die Königgräber Straße nach der Lennestraße. Von dieser Verlängerung mußte Abstand genommen werden, weil der Kemperplatz schon damals durch die verkehrsreichen Straßen, die auf ihn einmünden, als überlastet anzusehen ist, und weil die Beförderungsgeschwindigkeit war, daß auf diesem Kreuzungspunkt sich gleiche Verhältnisse entwickeln würden wie auf dem Potsdamer Platz, wenn durch eine neue Straße der Verkehr auf dem Kemperplatz noch mehr gesteigert werden würde. Inzwischen hat der Fußverkehr, insbesondere der Verkehr mit Automobilen, in der Lennestraße, auf dem Kemperplatz und in der Tiergartenstraße eine erhebliche Vermehrung erhalten, so daß die Verhältnisse auf dem Platz noch ungünstiger geworden sind. Im Interesse der Verkehrssicherheit erscheint es daher nicht angängig, eine zweifellos erhebliche Verkehrssteigerung auf diesen Straßen dadurch herbeizuführen, daß die Französische Straße bis zur Ecke der Königgräber- und Lennestraße verlängert wird, zumal diese Ecke ohnehin schon jetzt einen Gefahrenpunkt für den Wagenverkehr bildet.

Der Inhalt der obigen Erklärung ist eine recht lakonische Ausrede; man will anscheinend die Ministergärten für den Verkehr nicht opfern. Nicht mit Unrecht bemerkt hierzu die „Tägliche Rundschau“: „Man muß sich doch nur erinnern, daß das Ministerium der öffentlichen Arbeiten in neuester Zeit noch beim Magistrat gebarnisch anfragte, auf welche Weise nach Aufgabe des — vom Magistrat immer wieder vergeblich gewünschten — Durchbruchs der Vohlfahrtstraße die nötige Entlastung der Potsdamer Straße bewirkt werden solle, und daß man — so hieß es weiter — nötigenfalls auf die „Tunnelpläne“ der „Großen“ zurückkommen müsse. Und man denke weiter daran, daß der Polizeipräsident von Berlin den Durchbruch der Französischen Straße beim Magistrat von Berlin angeregt und befürwortet hatte — wenigstens nach vertrauenswürdigen Meldungen, die auch nicht widerrufen wurden. Und nun soll dieser Plan plötzlich aus Verkehrsgründen aufgegeben sein? Also Eisenbahnminister und Polizeipräsident sollen über Nacht ihre Meinungen geändert haben über die Bedürfnisse und Verhältnisse des Berliner Verkehrs? Daß wir selbst die Erhaltung der letzten großen Gärten und Parks in Berlins Steinwüste dringend wünschen, haben wir wiederholt betont. Wir könnten aber den hier angebotenen, nach dem halbamtlichen Blatt gar nicht abzuleugnenden, verblüffenden Wechsel der Anschauungen bei Erhellung v. Breitenbach und Herrn v. Jagow uns nicht anders erklären, als durch die Tatsache, daß letzter Tage geschrieben wurde über gewisse Bevorzugungen und dergleichen mehr. Was indessen dagegen jetzt einzuwenden wird, ist in der Tat, wie oben bemerkt, nicht ganz einwandlos.“

Verfahren gegen einen Berliner Kriminalkommissar. Der Berliner Kriminalkommissar v. Treslow II ist, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, vorläufig seiner Funktionen entbunden worden und dürfte nach Erledigung des gegen ihn schwebenden Verfahrens vom Amte suspendiert werden. Diese Maßnahme steht mit der Affäre des Wanddirektors v. Winterfeld in engstem Zusammenhang. Vor einigen Tagen war bereits in der Wohnung des Kriminalkommissars v. Treslow II im Auftrage der Staatsanwaltschaft durch einen Kriminalinspektor eine Hausdurchsuchung abgehalten worden.

Ueber das Ergebnis der Einigungsverhandlungen zwischen Stadt und Straßenbahn weiß der „Berliner Börsencourier“ zu berichten, die Einigung sei im wesentlichen auf Basis einer Konzessionsverlängerung unter Festsetzung der Termine und Bedingungen für einen späteren eventuellen Uebergang der Bahn an die Stadt zustande gekommen. „Die letzten Punkte, die zu erledigen waren, betrafen“, so schreibt das Blatt, „die Uebernahme der der Stadt gehörigen Linien und die Frage der Elektrizitätsabnahme durch die Gesellschaft nach dem Jahre 1920. In diesem Jahre wird die Straßenbahn in dieser Hinsicht nach den jetzt geltenden Verträgen frei. Sie hat sich nunmehr bereit erklärt, von dem genannten Jahre an die elektrische Kraft von der Stadt zu beziehen, wofür auch die Preise bereits in einer für die Gesellschaft nicht unvorteilhaften Weise vereinbart sind. Diese Preise würden für die Straßenbahn eine Verbilligung bedeuten; andererseits erwächst der Stadt, die auch das Recht hat, von 1915 an die Berliner Elektrizitätswerke zu übernehmen, der Vorteil, daß sie während des Tages die Elektrizität zu Lichtzwecken verwenden lassen kann. Des Weiteren ist für das Jahr 1920 für den Fall des Ueberganges der Straßenbahn an die Stadt ein Maximal- und Minimalpreis vereinbart worden. Für die späteren Termine ist die Einlösung auf Basis der Befahren Rentabilität der Gesellschaft festgesetzt worden. Die Rentabilität wird auf Grund der Dividende der der Einlösung vorangehenden Jahre unter Auslassung der zwei schlechtesten ermittelt. Die Einigung zwischen Stadt und Straßenbahn muß nunmehr von den städtischen Instanzen und der Generalversammlung gebilligt werden, um Rechtskraft zu erlangen. Falls der Vertrag in dieser Weise gültig wird, wird die Straßenbahn zur Ausgabe von Obligationen schreiben. Die Gesellschaft zahlt nach dem Vertrage die Summe von 23 Millionen Mark für die Schienen, da nach dem geltenden Recht die Stadt im Jahre 1920 die Entfernung der Schienen von den Straßen verlangen kann.“

Unfälle im Straßenverkehr. Freitag, gegen 8 Uhr abends, verfuhr der Kaufmann Hermann Verriener aus der Schulendorfer Straße 2 an der Ecke der Weinmeister- und Rosenthaler Straße kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 31 das Gleis zu überschreiten. Er wurde umgestoßen und geriet unter den Vorderpetron des Bahnwagens, jedoch vor den Schuhräumen. Er erlitt einen Bruch des linken Unterarmes und wurde, nachdem er auf der nächsten Unfallstation einen Rotverband erhalten hatte, nach seiner Wohnung übergeführt. — Ein gleicher Unfall ereignete sich zu derselben Zeit in Steglitz. In der Schloßstraße wollte ein Herr Otto Albrecht aus der Friedrichstraße 17 in Weihensee vor einem Straßenbahnwagen der Linie 16 das Gleis überschreiten, wurde aber von dem Bahnwagen erfasst und zur Erde geschleudert. Er erlitt Quetschungen an der rechten Hüfte und am rechten Bein und wurde zunächst zur Unfallstation und von dort nach seiner Wohnung gebracht. — Ueberfahren und lebensgefährlich verletzt wurde am Freitagnachmittag der 44jährige Wertheimer Georg Dapag aus der Braunstraße. Er wollte an der Ecke der Schönhauser und Kastanienallee den Fahrdamm überschreiten, beachtete dabei aber nicht das Herannahen eines Gesellschaftsverwerkes, das in die Kastanienallee einbog. Auf den Ruf des Rutschers ergriff der Wertheimer und geriet dadurch direkt gegen das Gespann. Er wurde umgerissen und fiel so unglücklich, daß er unter dem Wagen zu liegen kam, dessen Räder über ihn hinweggingen. In besinnungslosem Zustande wurde der Verunglückte, der schwere innere und äußere Verletzungen erlitten hatte, nach der nächsten Unfallstation in der Gaudistrafte und von dort in hoffnungslosem Zustande nach dem Rudolf-Birchow-Krankenhaus übergeführt.

Einem Einbruchdiebstahl verfielen in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend Einbrecher in der Pufffedernfabrik von Revmotz, Köpenicker Straße 75. Vom Hof aus drangen die Diebe in die Kontorräume ein, erbrachen den dort stehenden Geldschrank, den sie zu diesem Zwecke vorher angebohrt hatten, und stahlen daraus 4900 M. bares Geld. Schecks sowie 30 Pf. in Kupfermünzen liegen die Einbrecher liegen. Die Spuren andeuten, haben die Gentlemen dann in aller Ruhe im Keller den Raub geteilt.

Im Tiergarten erschossen hat sich gestern morgen ein unbekannter Mann von etwa 45 Jahren. Ein Schutzmann fand ihn gegen 4 Uhr am Hornsteig tot auf einer Bank sitzen und ließ die Leiche in das Schaubaus bringen. Nach Rechnungen, die man bei dem Mann fand, hatte er in mehreren Geschäften eingekauft und gleich gezahlt. Der tote ist 1,70 Meter groß, hat blondes Haar und Schnurbart und trug ein grau-braun farbiertes Jackett mit Weste, schwarze Weinkleider und Schnürstiefel und einen schwarzen steifen Hut.

Die Leiche eines neugeborenen Mädchens wurde im Sprunggarten des Kreisplatzes der Garde-Kasernen an der Neuen Kirchhofstraße im Wald der Hasenheide gefunden. Sie war in weiche Windeln ohne Zeichen eingewickelt.

Zermalmt wurde gestern dem 37 Jahre alten Schlosser Otto Koch in Niddorf, Reiter Str. 1/2 wohnhaft, der linke Arm. Koch war in der Reichsdruckerei mit dem Reparieren einer Rotationsmaschine beschäftigt. Dabei geriet er mit dem linken Arm in das Fahrradgetriebe und wurde schwer verletzt. Der Verunglückte wurde nach einer Klinik gebracht, wo ihm wahrscheinlich der Arm amputiert werden muß.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in der Maschinenfabrik G. Schöning, Uferstr. 5. Dort geriet der Hobler Krummreißer mit dem rechten Arm zwischen die Maschine und das aufgespannte Arbeitsstück. Der Arm wurde gebrochen und in einer Länge von 20 Zentimeter vollständig auseinandergerissen. Der Hobler Krummreißer arbeitete Nachtschicht und war ganz allein in einem Saale beschäftigt, im zweiten Saale oberhalb arbeiteten noch 7 Dreher. Als der Unfall passierte, war niemand zugegen, der hätte helfen können. Mit Ausbietung aller Kraft schleppte sich der Verletzte nach oben, wo er zusammenbrach. Die anwesenden Dreher waren mangels jeder Ausbildung nicht in der Lage, eine solch schwere Wunde zu verbinden. Sie brachten den Verletzten sofort mittels Droßke nach der Unfallstation in der Wadstraße und von da nach dem Krankenhaus in der Scharnhorststraße. Nach der Beschäftigung der Unfallstelle waren sich alle anwesenden Dreher darüber einig, daß es Krummreißer nur seiner Weisheitsgegenwart zu verdanken hat, daß er nicht vollständig von der Maschine zerdrückt worden ist und — da niemand im Saale anwesend war — sicher seinen Tod gefunden hätte. Die Firma Schöning ist bekannt wegen schlechter Akkordpreise; sie leidet demzufolge unter einem ständigen Arbeiterwechsel und ist auch sonst peinlich bestrebt, jede Organisation der Arbeiter zu unterdrücken.

Aus Furcht vor Strafe hat sich der 63 Jahre alte Eisenbahn-Oberassistent Gedies aus der Schulendorfer Str. 8 das Leben genommen. Der betagte Mann verlor vor einigen Jahren durch den Tod seine Frau und lebte seitdem für sich allein. In der letzten Zeit wurde es ruhiger, daß er sich an Kinder herangemacht und diese in seine Wohnung mitgenommen hatte. Drei Mädchen aus der Schönwalder Straße, eines etwas über 14 Jahre, das andere noch schulpflichtig, hatte er soweit gebracht, daß sie ihn wiederholt in seinem

Bahnung auffuchten. Nachdem seine Verletzungen jetzt ans Licht gekommen waren und er zur Verantwortung gezogen werden sollte, griff Gebies zum Revolver und machte seinem Leben ein Ende.

Eine traurige Aufklärung hat das Verschwinden des vier Jahre alten Arbeiterjohnes Hermann Barisch aus der Kegeler Straße 11 gefunden, der seit Mittwoch vor acht Tagen vermisst wurde. Der Kleine hatte die elterliche Wohnung verlassen, während seine Mutter ihrem Mann das Mittagessen nach seiner Arbeitsstelle am Kanal brachte. Seitdem war der Kleine verschwunden und niemand hatte gesehen was mit ihm geschehen war. Erst gestern fand man ihn an der Kieler Brücke im Nordhafen als Leiche wieder. Wahrscheinlich ist er beim Spielen ins Wasser gefallen und ertrunken.

Das **Walhalla-Theater** leistete sich am Freitag die Premiere eines Militär-Sensationsdramas, das den schönen Titel **Prinz und Bettlerin** führt, Walter Howard zum Verfasser hat und von E. L. Lutz ins Deutsche übertragen ist. In sechs Bildern wurde den Zuschauern das tragische Geschick einer unvermählten Kaiserin dargestellt, die von den drei Brüdern eines kaiserlichen Hofraats umworben wird. Der eine ist ein gekönter Unmensch, den sie haßt. Der zweite ist ein guter Kerl, den sie aber seines Bockens halber nicht mag. Der dritte liebt sie; er ist der „Heil“, und nach wunderlichen Irrungen und Wirrungen, bei denen u. a. der Träger der Krone sein Leben verliert, kommt das Paar zusammen. Alles im Stück ist auf Sensation und rührseligste Sentimentalität abgestimmt. Die „Dandlung“ muß sich die schaurigsten Verrenkungen gefallen lassen, die jedem Schauroman Ehre machen dürften. Die Schauspieler schienen denn auch die Leere und Oedtheit des Stückes recht zu empfinden. Durch überlauten Sprechen suchte der eine oder andere einige „Effekte“ zu erzielen: Allen voran der Fürst Georg (Herr Debad). Eine sentimentale Karikatur auf jegliche Kruppelhaftigkeit bot in Gestalt und Maske der hübsche Erbprinz Michael (Herr Conrad). Frisch, natürlich und künstlerisch einigermassen annehmbar waren nur Prinz Olaf (Herr Vorhard) und Viola (Herr Grelle). Die Trägerin der Hauptrolle, Prinzessin Monika, (Herr Vorhau) ließ stellenweise einer allzu dick aufgetragenen Sentimentalität überreich die Zügel schießen. Dennoch schien ein großer Teil des Publikums an dem theatralischen Nachwerk Gefallen zu finden. Nicht nur die Schauspieler, sondern auch Herr Direktor James Klein wurden mehrmals hervorgehoben.

Arbeiter-Bildungsschule. Am nächsten Mittwoch, den 10. Mai, fällt der Unterricht des Abends wegen aus. — Sonntag, den 14. Mai, Nachmittagsausflug nach Rabenstein. Abfahrt vom Alexanderplatz 1.59, Schließung des Bahnhofs 2.05 Uhr bis Friedrichsgarten. Nachzügler fahren bis Friedrichshagen. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder und Gäste wird erwartet.

Die **Konsumgenossenschaft Berlin** und Umgegend hatte im April dieses Jahres einen Umsatz von 632 000,30 M. gegen 427 154 M. im April des Vorjahres, das sind 204 845,80 M. mehr. Die zehn Monate dieses Geschäftsjahres brachten 4 776 628,87 M. gegen 3 302 538,81 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres, also 1 474 090,06 M. mehr. Im Durchschnitt kommen im April jetzt 11 061 M. Umsatz auf die Verkaufsstelle. Die Mitgliederzahl dürfte jetzt 40 000 überschritten haben, doch erfolgen zum Jahresabschluss etwa 6000 Austritte und Ausflüsse. Die Spargelber werden nahezu 900 000 M. erreichen, die Hausanteile 535 000 M. und die eingezahlten Geschäftsanteile 400 000 M. Der Roggenumsatz steigt von Woche zu Woche, ebenso auch der des Weizenbrotens, das sich sehr gut einführt; auch der Kuchenumsatz am Freitag und Sonnabend hat eine respektable Höhe erreicht.

Der **Berliner Arbeiter-Radsport-Verein** (Mitglied des Arbeiter-Radsportbundes „Solidarität“) hielt am 28. April seine ordentliche Generalversammlung bei Vorgmann, Andreasstr. 21, ab. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand ein günstiger ist. Die ersten Quartale des Vorjahres weisen einen größeren Verlust an Mitgliedern auf als in diesem Jahr. Im Quartal war weder ein Sterbefall, noch ein Unfall zu verzeichnen. Der Parteifiskus wurden 100 M. zur Reichstagswahl überwiesen. Die geplante Statutenänderung wurde wegen der Verfügung des Polizeipräsidenten Nagow, welcher den Verein als einen politischen erklärt hat, vorläufig zurückgestellt. Den Bericht der Agitationskommission gab Genosse Begner. In erster Linie sei man bestrebt, die Aufklärung in den Reihen der Mitglieder zu pflegen. Zu diesem Zwecke fand am Freitag, den 14. April, im Lokal „Friedrichshain“ eine öffentliche Radsporterversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Eichhorn über das Thema: „Die Aufgabe der Sportsorganisationen im Emanzipationskampf des Proletariats“ referierte. Flugblätter wurden circa 4500 verbreitet. Alle für den Verein bestimmten Sendungen sind an den Genossen Rich. Karras, Schönleinstr. 11, vorn I, zu richten.

Bei der **Maifeier** ist in der Frauerei Bohenhof, Turmstr. 25/26, ein schwarzer Feiler gut gefunden worden. Der Eigentümer kann denselben bei Umlauf, Alt-Noabit 18, in Empfang nehmen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Berlin. In dieser Woche werden Lesende abgehalten am Montag in der ersten Abteilung Dresdenstraße 45 und am Donnerstag in der dritten Abteilung Schöneberg, Vorbergstraße 9. In beiden Abteilungen Vortrag mit darauffolgendem praktischen Übungen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus Furcht vor den Folgen mehrerer Unregelmäßigkeiten im Dienst hat sich gestern Abend gegen 9 Uhr der 18 Jahre alte, im Telegraphendienst beschäftigte Walter S., Vorbergstr. 11, in einer Bodenlampe des Hauses mit einem Revolver in die rechte Schläfe geschossen. Infolge des Schusses erlitt der Vater sofort auf den Boden. Sein Sohn gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Während nach einem Arzte geschickt wurde, trat der Tod ein. Die Leiche ist nach der Halle in der Magstraße geschafft worden.

Ein **gräßlicher Todesfall** hat sich in einem Badezimmer der Maison de Santé Hauptstr. 14/16, zugetragen. Seit längerer Zeit wurde in der Anstalt der jetzt 42 Jahre alte Besitzer einer Holz- und Kohlenhandlung Sch. in Schöneberg ärztlich behandelt. Außer an unheilbarer Geisteskrankheit litt er an einem schweren Herzmuskelfehler und an hochgradiger Lungentuberkulose. Sein Zustand war so schwach, daß die ihn behandelnden Ärzte auf sein Ableben in ganz kurzer Zeit rechneten. In diesem Zustande wurde er gestern von dem Krankenwärter S. in eine Badewanne geschafft. Da der Krankenwärter wegen des körperlichen Befindens des Geisteskranken es für völlig ausgeschlossen hielt, daß der Kranke irgend eine Bewegung machen könne, ließ er den Vierfüßlerstuhl zu dem Heißwasserrohr stecken und holte aus einem Nebenzimmer ein Badelaken. Kaum daß eine Minute vergangen war, ertönte ein gräßlicher Schrei aus der Badestube. Der Krankenwärter stürzte sofort zurück und sah zu seinem Schrecken, daß der körperlich scheinbar ganz Erschöpfte doch noch so viel Kraft besessen hatte, das Heißwasserrohr mit dem Schlüssel aufzudrehen. Tropfen der Wässer sofort den Hahn schloß, hatte das heiß herausfließende Wasser den Oberkörper des Geisteskranken derartig verbrüht, daß er auf der Stelle verstarb. Der Besitzer der Maison de Santé teilte den Vorgang sofort der Staatsanwaltschaft mit, die die Obduktion der Leiche verweigerte. Der Wärter ist auf freien Fuß belassen worden.

Rigdorf.

Eine **Revolveraffäre**, wobei eine Person lebensgefährlich verletzt wurde, hat sich in der Juliusstraße abgepielt. Der Juliusstr. 39 wohnhafte 34 jährige Arbeiter Joseph Masur hatte den Hauswärtler aufgesucht, um sich bei diesem über verschiedene Miet-

angelegenheiten zu beschweren. Er geriet bei den Auseinandersetzungen in eine derartige Erregung, daß er gegen den Wärtler tätlich wurde. In seiner Angst holte nun der Wärtler, der 39 jährige Otto Looß einen fehlerhaften scharf geladenen Revolver herbei und feuerte auf Masur einen Schuß ab. Die Kugel drang dem Betroffenen in die Brust. Looß brach sofort bewußtlos zusammen. Ein herbeigerufener Arzt legte dem Schwerverletzten einen Rotverband an und veranlaßte seine Ueberführung nach dem Budower Krankenhaus. Der Zustand des Angeklagten ist bedenklich. Looß wurde polizeilich vernommen wobei er beteuerte, daß er nur in der Notwehr gehandelt habe.

Wilmerdorf-Salensee.

Am **Sonntag, den 14. Mai**, veranstaltet der Arbeiter-Turnverein auf dem Spielplatz an der Mannheimer Straße, Ecke Berliner Straße, sein diesjähriges volkstümliches Anturnen. Beginn 2 Uhr nachmittags. Nach dem Anturnen findet abends 8 Uhr in den Wilmerdorfer Festhallen, Johann-Georgstraße, ein gemütliches Beisammensein statt. Zu den gesamten Veranstaltungen sind alle Freunde des Turnwesens eingeladen.

Röpenitz.

Eine **wilde Jagd** nach einem entflohenen Häftling gab es vorgestern in Röpenitz. Der wegen Zuhälterei und anderer Straftaten ins Untersuchungsgefängnis eingelieferte „Gelegenheitsarbeiter“ L. war vom Untersuchungsrichter einem Verhör unterzogen worden und als er wieder nach der Zelle zurückgebracht werden sollte, ergriff er auf dem Korridor die Flucht. Es glückte ihm auch, aus dem Gefängnis zu entkommen. Der begleitende Transporteur nahm sofort die Verfolgung des Flüchtlings auf und auf der Straße beteiligten sich auch zahlreiche Passanten an der Jagd nach dem Ausreißer. Dieser hatte aber schnelle Beine. Es gelang ihm, den Forst bei Sabotwa zu erreichen und darin zu entweichen. Eine von Beamten später vorgenommene Streife hatte keinen Erfolg.

Wiesdorf.

Der **letzte Gemeindevorstand** lag ein Entwurf zur Abänderung des Besoldungsplanes für die Gemeindebeamten vor. Neu geschaffen wurde die Stelle eines Gemeindevorstandes. Hierfür ist ein Grundgehalt von 1400 M., Alterszulagen 200 M., Höchstgehalt 3000 M., erreichbar in 24 Jahren, vorgesehen. Genosse Müller erklärte schon in der vorigen Sitzung, daß er sich mit dem Besoldungsplan einverstanden erkläre. „Jeder Arbeiter sei seines Lohnes wert.“ von diesem Grundsatz ausgehend, soll man auch mal die Löhne der Gemeindegeldarbeiter aufheben. Als weiterer Punkt mal die Beschäftigung über die Grundzüge der Neueregulierung von Straßen“ auf der Tagesordnung. Genosse Müller erklärte, daß diese Grundzüge viel zu breit gehalten seien, dadurch werde der ganze Entwurf den Einwohnern unverständlich. Bei der folgenden Beratung der einzelnen Paragraphen beantragte unser Genosse die Entziehung des Absatzes: „Es dürfen nur Wohngebäude errichtet werden, von denen die Gemeinde wirtschaftliche Vorteile hat.“ — In die Enge getrieben erklärte der Gemeindevorstand, daß dieser Paragraph dazu dienen solle, die schlechter gestellte Bevölkerung von Wiesdorf fernzuhalten. Dies könne nur geschehen, wenn man Bauerlaubnis zum Bau kleiner Wohnungen nicht gebe. Bei der folgenden Abstimmung stimmte nur ein Bürgerlicher mit Genossen Müller für Streichung dieses Paragraphen. Die Grundzüge bestimmen, daß für Reupflasterungen von Straßen Reifensleine dritter Qualität, Vorsteine Rixdorfer Profil, Verwendung finden müssen. — Donnerstag, 11. Mai, Staatsberatung.

Erkner.

Mit einer **schweren Schußverletzung** wurde am Freitagvormittag in der Nähe von Erkner am Bupahsee ein junger Mann aufgefunden, der später als der zwanzigjährige Buchdrucker R. aus der Broklauerstr. 2 in Berlin festgestellt wurde. R. hatte sich am Donnerstagabend eine Kugel in den Kopf geschossen und die Nacht hindurch in hilflosem Zustande an jener Stelle zugebracht. Ueber die Gründe zu der Tat verweigerte der junge Mann jede Auskunft. Der Schwerverletzte erhielt auf der Sanitätswache in Erkner die erste Hilfe und wurde dann nach der Igl. Klinik in Berlin übergeführt, wo auf operativem Wege die Kugel, die in das Gehirn eingedrungen ist, entfernt werden muß. Wenn R. überhaupt dem Leben erhalten bleibt, dürfte er doch voraussichtlich auf beiden Augen erblinden.

Nowawes.

Das **neue Realgymnasium**, dessen Bau im Frühjahr 1910 in Angriff genommen wurde und das eine Anleihe im Betrage von 450 000 M. notwendig machte, soll am Mittwoch, den 17. Mai, eingeweiht werden. Von dieser Schule bisher innegehabten Räume in der Scharnhorststraße sollen nach der Ueberbedelung ins neue Heim der Gemeindegasse III zur alleinigen Benutzung überdiesen werden. Am Donnerstag, den 18. Mai, findet nachmittags von 5 bis 7 Uhr eine Besichtigung des neuen Gebäudes statt.

Weißensee.

Prügelnde Patrioten. Gelegentlich der letzten Kaisergeburtstagsfeier kam es in der Gemeindegasse zu einer Prügelei, wobei Biergläser als Wurfgeschosse dienten. Der Maschinenfabrikant Schulze wurde von dem Tiefbauunternehmer Allers jr. mit einem Bierglas derart an den Kopf getroffen, daß derselbe zu Boden sank. Mit diesem Vorgang hatte sich nunmehr das Gericht zu beschäftigen. Als Zeugen fungierten verschiedene vornehme Stützen der Gesellschaft. Der Tiefbauunternehmer Allers jr. wurde als schuldig betrachtet und mit 150 M. eventuell 10 Tagen Gefängnis bestraft. Die Strafe wurde deswegen so hoch bemessen, weil der Verklagte vermögend und auch schon wegen eines ähnlichen Deliktes vorbestraft sei.

Oranienburg.

Aus der **Stadtverordnetenversammlung**. Der Etat des Realgymnasiums schießt ab mit 8100 M. Dem bisherigen Pächter der Anschlagssäulen, Buchdruckermeister Müller, wurde der Vertrag auf weitere fünf Jahre verlängert; der Pächter wird noch weitere vier Säulen auf eigene Kosten aufstellen. Die verlängerte Viktoriastraße soll den Namen Allensstraße und die von der Friedrichstraße östlich abzweigende Straße die Bezeichnung: „An der Hafenstraße“ führen. Nachdem die vor kurzer Zeit hier anwesende Ministerialkommission an Ort und Stelle das Kanalisationsprojekt geprüft und die Genehmigung zum sofortigen Beginn der Arbeit erteilt hat, beantragte der Magistrat die Zustimmung. Die ganze Länge des Rohrstranges beträgt etwa 34 Kilometer. Die Gesamtkosten sind auf 500 000 M. veranschlagt. Die jährlichen Betriebskosten sollen 600 M. betragen. Die Versammlung erteilte nach kurzer Debatte die Genehmigung zum sofortigen Beginn des Baues. Ueber die einzelnen Positionen sollen besondere Vorlagen gemacht werden. Das schon lange schwebende Projekt: Bau einer Brücke im Zuge der alten Fußgängerbrücke, hat nun endlich vorläufig seinen Abschluß gefunden. Nach wiederholten Ausmessungen und Berechnungen hat sich herausgestellt, daß zurzeit in dieser Gegend von der Erbauung einer befahrbaren Brücke Abstand genommen werden muß, denn die Steigung würde 1 : 40 betragen, außerdem würde das Eckhaus an der Poststraße nahezu 1 1/2 Meter eingestürzt werden. Es ist Aussicht vorhanden, daß nach fünf Jahren der Hochwasserspiegel für die Erbauung einer befahrbaren Brücke viel günstiger sein wird, wie zurzeit. Aus all diesen Gründen beantragte die Kommission die Errichtung einer weiteren befahrbaren Fußgängerbrücke, die eventuell später zu einer befahrbaren ausgebaut werden kann. Nach längerer Debatte wurde dem Vorschlag gemäß beschlossen und dafür 11 000 M. bewilligt. Eine äußerst erregte Diskussion riefen die Ausführungen des Genossen Schumann hervor, der den Antrag unserer Genossen auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung begründete. Der erste Diskussionsredner, Justizrat Jonas, sprach mit so wenig Verständnis über Arbeiterfragen, wie man sie bei einem Rechtsanwalt kaum hätte vermuten sollen. Unter anderem behauptete er, die Gewerks-

chaften wollten durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ihre eigenen Mittel schonen, um dieselben für andere politische Zwecke flüssig zu haben. Ebenso erklärte er, daß die ganze Unterstützungsfrage Sache der Berufsorganisation wäre; auch müßte bei Annahme des Antrages die Arbeitspflicht eingeführt werden. In dieselbe Reihe hieben die Herren Neumann und Weinberg. Letzterer hält die Frage für verfrüht. Nachdem die Genossen Paris und Köhler den Herren manche bittere Wahrheiten gesagt und Herr Buchdruckermeister Müller für den Antrag eingetreten war, wurde der Antrag des Herrn Jonas auf Uebergang zur Tagesordnung gegen 7 Stimmen angenommen. Für die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung stimmten außer unseren Genossen die Herren Sziede, Müller und Martin. Hierauf geheime Sitzung.

Zurücknahme eines Versammlungsverbot. Unsere Genossen hatten für heute Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 5 Uhr, auf dem Grundstück des Gastwirts Wäfel in Sachsenhausen eine öffentliche politische Versammlung anberaumt. Der Amtsvorsteher Lauterbach unterlag jedoch die Versammlung, weil nach seiner Ansicht „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ zu befürchten sei. Auf die sofort eingelegte Beschwerde beim Landrat wurde indessen das Verbot rückgängig gemacht, der Einberufer der Versammlung, Genosse Schumann, aber ersucht, dafür zu sorgen, daß nicht geraucht wird. Die Bevölkerung Sachsenhausens und Umgegend wird nun ersucht, in Massen der Versammlung beizuwohnen.

Spandan.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Am Montag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Wöhl, Havelstraße: Uebungsabend.

Eingegangene Druckschriften.

Jahresbericht 1910 des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands. 163 S. A. Tobler, Hamburg.

Riesiges Briefe. In Auswahl herausgeh. von R. Döpler, Leipzig, Inselverlag. In Leinen 3 M., in Leder 5 M.

Reclams Universal. Heft 31. 30 Bf. H. Reclam, Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet **Stube Nr. 69**, vorn vier Treppen — **Gabrielestr.** —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Dankschreiben und eine Post als Wertzeichen beizulegen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. Treisch. 1. Rein. Das ist ohne Einfluß auf die Entlassung oder das Zeugnis. 2. An die Berufsgenossenschaft, eventuell mit einer Beschwerde an das Reichsversicherungsamt. — **H. D. Schwedterstraße.** 1. Um etwa 14 Tage. 2. Um drei Monate in einer Instanz. 3. Die Kosten richten sich nach dem vom Gericht festzusetzenden Objekt. 4. Nur dann, wenn Sie für allein schuldig erklärt werden. — **H. S. 83.** 1. Weiter nicht. 2. Fordern Sie nochmals die Belegemplare unter Stellung einer Frist. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist können Sie klagen. — **H. B. (oder H. ?) 55.** 1. Rein, falls nichts anderes vereinbart ist. 2. Einmalige Aufforderung gemäß. 3. Klage. Die Kosten trägt der im Prozeß unterliegende Teil. — **H. B. 88.** Die Beschlagnahme wäre möglich, aber nicht wahrscheinlich. Der Erstattungsanspruch der Stadt verjährt in 4 Jahren. — **H. 2. 22.** 1. Eine Entlassung der höheren Instanz über die Frage ist nicht verfrüht. 2. Sämtliche Kommentare und Lehrbücher mit Ausnahme von Henckels-Samter stehen auf diesem dem geltenden Recht entsprechenden Standpunkt, z. B. außer Loew und Stenglein, Heilmay und Prof. Ernst Rosenfeld. 3. Ja. 4. Unseres Erachtens nicht. **S. 10.** Ja. — **H. R. 100.** 1. und 2. Erstreckt sich der Vergleich nicht auch auf die Kostenfrage, so muß, wenn eine Entlassung über die Kostenpflicht herbeigeführt werden soll, ein neuer Termin beantragt werden. 3. Dazu ist der Anwalt nicht verpflichtet, das ist Sache der freien Vereinbarung. — **S. 2. 20.** 1. und 2. Ja. — **G. R. 51.** 1. Das ist nur möglich mit Zustimmung der Kindesmutter und des Vormundes. 2. Fordern Sie vom Vormund, unter Glaubhaftmachung Ihrer Einwandansprüche und unter Stellung einer dreitägigen Frist Freigabe. Nach einem fruchtlosen Ablauf der Frist beantragen Sie beim Amtsgericht Einstellung der Zwangsvollstreckung und erheben Sie die Widerprüchklage. — **R. G. 85.** Eine Klage hat Aussicht auf Erfolg. — **Jurist.** Verlangen Sie die Klasse bei der Aufsichtsbehörde, Straßauer Straße 3/6. — **Kunsto 46.** 1. Zunächst muß ein Erbschein bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk die Großeltern verstorben sind, beantragt werden. Dazu müssen die Sterbeurkunden der Eltern und Großeltern und Ihre sowie der Geschwister Geburtsurkunden beschafft und eingereicht werden. Nach Erteilung des Erbscheines kann die Lösung erfolgen. Dazu ist eine vom Notar oder Gericht beglaubigte Lösungsbefugnis erforderlich. 2. Das ist möglich, sofern die Armenverwaltung Kenntnis erhält, aber bei der Vermögenslosigkeit des Objekts nicht wahrscheinlich. — **P. G. B. 1879.** Erklären Sie sich nach der Adresse des Schuldners. Sobald diese ermittelt ist, fordern Sie, unter Stellung einer Frist, die Einlösung der Sachen unter der gleichzeitigen Androhung, daß Sie die Sachen nach fruchtlosem Ablauf der Frist versteigern lassen werden. Erfolgt die Einlösung innerhalb der Frist nicht, so können Sie alsdann einen Gerichtsbevollmächtigten mit der Versteigerung beauftragen. Der Versteigerungstermin darf aber erst stattfinden, wenn mindestens ein Monat nach Empfang der Aufforderung verstrichen ist. Läßt sich die Adresse des Schuldners nicht ermitteln, so kann auch dann die Versteigerung stattfinden. Ungemessenes Lagergeld können Sie berechnen.

Marktpreise von Berlin am 5. Mai 1911, nach Ermittlung des Reichlichen Preisprüfungsamtes. Markthallenpreise (Kleinhandel). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00, Speisebohnen, weiße 30,00—50,00, Linen 20,00—60,00, Kartoffeln 5,00—9,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,60—2,40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70, Schweinefleisch 1,20—1,90, Kalbfleisch 1,50—2,40, Hammelfleisch 1,40—2,20, Butter 2,20—2,80, 60 Stück Eier 2,80—4,40, 1 Kilogramm Karpfen 1,10—2,40, Kote 1,30—3,00, Bander 1,20—3,00, Hechte 1,20 bis 2,80, Barsche 0,80—2,00, Schlei 1,20—3,40, Bleie 0,80—1,00, 60 Stück Straße 2,50—30,00.

Witterungsbericht vom 6. Mai 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C	Wasserthermometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C			
Schwetzingen	764,8	NRB	2	16,5	10	Nadranburg	764,8	2	Rebel	3	
Darmstadt	765,8	NRB	3	16,5	8	Petersburg	768,8	2	bedeckt	10	
Berlin	764,8	NRB	3	16,5	12	Seitz	767,8	NRB	Rebel	8	
Frankfurt a. M.	766,8	NRB	1	16,5	11	Aberdeen	768,8	NRB	2	wolkenl.	10
München	766,8	NRB	2	bedeckt	9	Paris	768,8	NRB	1	wolkenl.	10
Wien	762,8	NRB	5	Regen	10						

Wetterprognose für Sonntag, den 7. Mai 1911.
Etwas wärmer bei mäßigen westlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Am Mittwoch, den 3. Mai, verschied plötzlich auf einem Spaziergange in Bichelberge infolge Herzschlags mein einziger und innigster Bruder

Eugen Bernard
bei der Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Berlin.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. d. Mts., von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes zu **Pankow**, Freiwalder Straße, statt.

In tiefster Trauer
Victor Bernard.
Berlin, den 7. Mai 1911.

Die Stunde der Beerdigung wird am Dienstag an dieser Stelle bekannt gegeben.

Die Welträtsel.
Gemeinverständl. Studien über monistische Philosophie.
Von **Ernst Häckel.**
Mit Nachträgen zur Begründung der monistischen Weltanschauung.
Preis 1 Mark.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Lindenstraße 69 (Laden).

Gegründet 1825



Eintragungsschutzmarke

Fr. Hahn, Berlin C. 25.

Eingang:

Landsberger Straße 63,
Neue Königstraße 48-49.

Die große Konfektions-Mode

währt von Montag den 8. Mai bis Montag den 15. Mai.

Während dieser Zeit werden große Posten

moderne Damen-Konfektion

zu außergewöhnlich billigen Preisen verkauft.

Ein großer Posten **Jackenkleider** und **Kostüme** prima Verarbeitung aus feinsten grau-melierten und marineblauen Kammgarnstoffen, sowie in modernen genoppten englischen Dessins, zum größten Teil auf Seide gearbeitet, darunter viele elegante Sachen aus der vorigen Saison

Serie	I	II	III	IV	V	VI	
früherer Wert bis M.	85.00	87.00	15.40	22.60	29.80	35.40	44.90

Ein großer Posten hochmoderne **weisse und farbige Mull-, Leinen- und Stickereikleider** in Prinzessform, darunter auch einige Tüllkleider aus der Ballsaison, sowie die Restbestände vom vorigen Sommer ganz bedeutend unter Preis

Serie	I	II	III	IV	V	
früherer Wert bis M.	74.00	11.80	15.70	19.60	26.80	32.70

Ein großer Posten hochmoderne **reinwollene Musselinkleider** ganz bedeutend im Preise ermäßigt

Serie	I	II	III	IV	
früherer Wert bis M.	58.00	14.70	18.60	24.70	29.80

Ein großer Posten reichgarnierter **Wollkleider** Prinzessform aus der vorigen Saison, ganz bedeutend unter Preis

Serie	I	II	III	IV	V	
früherer Wert bis M.	116.00	16.80	21.80	26.40	35.90	43.70

Ein großer Posten **Wasch-Jackenkleider** aus bestem weissen u. bastfarbigen Leinen dar-hochaparte unter diverse Kleider aus der vorigen Saison

Serie	I	II	III	IV	
früherer Wert bis M.	48.00	12.80	16.90	19.70	27.60

Ein großer Posten **Paletots** und **Staubmäntel** moderne, lange Form aus guten englischen farbige **Paletots** und **Staubmäntel** sowie melierten Kammgarnstoffen, darunter viele weisse und bastfarbige Leinen-Paletots, zum Teil aus voriger Saison, bedeutend im Preise herabgesetzt

Serie	I	II	III	IV	V	
früherer Wert bis M.	39.50	6.30	9.40	11.70	16.80	22.60

Ein großer Posten **Paletots** zum größten Teil auf Seide gearbeitet, darunter auch moderne, lange, schwarze **Paletots** viele elegante **Selden- und Spitzenmäntel** aus der vorigen Saison

Serie	I	II	III	IV	
früherer Wert bis M.	68.00	14.80	19.60	24.70	32.80

Ein großer Posten weisse **Kimonoblusen** aus guten Mull- und Madeira-Stickereistoffen

Serie	I	II	III	IV	V	VI	
früherer Wert bis M.	16.75	1.65	1.95	2.65	3.45	4.80	6.40

Ein großer Posten **Wasch-Blusen** und **Oberhemden** aus guten Leinen-, Zephir- und bedruckten Musselinstoffen

Serie	I	II	III	IV	V	VI	
früherer Wert bis M.	11.00	0.95	1.45	1.95	2.60	3.90	5.70

Ein großer Posten hochmoderne **reinwollene Musselin-Blusen** reich garniert, moderne Kimonoform, sowie Modellblusen aus der vorigen Saison

Serie	I	II	III	IV	V	
früherer Wert bis M.	21.00	3.20	4.60	6.20	7.90	9.70

Ein großer Posten **Wollblusen** zum größten Teil Kimonoform, nur beste Stoffe reinwollene moderne

Serie	I	II	III	IV	V	
früherer Wert bis M.	21.00	3.40	4.60	5.80	7.20	8.90

Ein großer Posten elegante **Selden-, Tüll- und Spachtelblusen** ganz bedeutend unter Preis

Serie	I	II	III	IV	V	VI	
früherer Wert bis M.	50.00	4.90	5.80	7.30	9.60	12.40	18.60

Ein großer Posten **Kostümröcke** aus gutem graumelierten und blauen Kammgarn farbige und schwarze **Kostümröcke** sowie schwarzen reinwollenen Satin oder Tuchstoffen

Serie	I	II	III	IV	V	
früherer Wert bis M.	30.00	4.80	6.90	9.80	12.70	17.20

Ein großer Posten **weisse und bastfarbige Leinenröcke** aus besten Stoffen

Serie	I	II	III	IV	V	
früherer Wert bis M.	32.50	4.30	6.20	8.70	9.80	12.40

Der reichillustrierte Frühjahrs- und Sommer-Katalog wird auf Wunsch gratis übersandt.

Zur richtigen Pflege des

Gesundheit

gehört in erster Linie eine rationelle Hautpflege mit einer neutralen Seife, und empfehlen wir als beste med. Seife die allein echte

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul, à St. 50 Pf., zur Erhaltung eines zarten, weissen u. rosigen, jugendfrischen Aussehens. Ferner macht der

Cream „Dada“ (Lilienmilch-Cream)

rote u. spröde Haut in einer Nacht weis u. sammetweich. Tube 50 Pf.

Rauchertrost

in

schweren Zeiten.

Monti-Zigarette

10 Stück 15 Pf.

Hervorragende Qualität.

Nur in den reellen Zigarrengeschäften.



In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Ohne Anzahlung!

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung

Komplette Wohnungseinrichtungen

sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Köchen, Portieren, Teppiche, Gardinen, Lein- und Bettwäsche, Steppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen etc. in modernster Ausführung. Ferner

Garderobe f. Herren, Damen, Kinder

neueste Fassons, grösste Auswahl.

Wochenrate von 1 Mark an.

S. DORN, Alte Schönhauser Str. 3
Ecke Liniënstrasse.

Möbel-Angebot.

Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mögliche Hindergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103.

Kein Abzahlungsgeschäft. 16236*

Steppdecken in lauester Ausführung empfiehlt sich am besten zu kaufen nur direkt in der Fabrik

Bernhard Strohmangel.

Berlin, Wallstr. 72 und Spittelmarkt, Ecke
(Zweiggeschäft:) W., Joachimsthaler Straße 25/26.
Reparaturen u. Aufstellungen billig. Illustrierter Preis-Katalog gratis u. franco.



Persil

Waschmittel

Millionenfach im Gebrauch! Unerreicht in Wasch- und Bleichkraft.

Wäscht von selbst

ohne Reiben und Bürsten, ohne Zusatz von Seife und Waschlauge. Nur einmaliges 1/4-1/2 stündiges Kochen. Garantiert unschädlich!

Erhältlich nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkel's Bleich Soda

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalzer, Berlin N. 4, Tockstraße 11.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Die Königslieder. Montag: Nais. Dienstag: Die Janbische. Mittwoch: Tristan und Isolde. Donnerstag: Samson und Dalila. Freitag: Iphigenie in Aulis. Samstag: Die Janbische. Sonntag: Der einstudierte Iphigenie in Aulis. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Neues Volks-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Vielgeprüfte. Abends: Roter Lampe. Montag: Der Vielgeprüfte. Dienstag bis Sonnabend: Roter Lampe. Sonntag, 14. Mai, nachm. 3 Uhr: Der Vielgeprüfte. Abends und Montag: Roter Lampe. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Kasmin. Hierauf: Das Felleisen. Sonnabend: Die Dollarprinzessin. Sonntag, 14. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr: Der Bassenkämmer. Abends: Der Bildhauer. (Anfang 8 Uhr.)

Advertisement for 'Die neue Marke' featuring 'Josefetti Admiral' and 'Beste 4 Pfennig-Cigarette'. The ad includes a central logo with a crown and decorative flourishes.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 fettgedruckte Worte). Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort fettgedruckt 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (Farbeseher) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, nur Große Frankfurterstraße 9, Kurzeingang. Begründet 1874. Vorwärtslesern 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Federbetten, Staud 11,00, große 16,00, neue Kuchenerbetten, Kuchenerwische, Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Decken, große Auswahl, spottbillig. Pfandleihhaus, Köpenickerplatz 7. 2300R*

Pfandleihhaus Köpenickerstraße 6, Schleißer Bahnhof. Spottbillige Herrengarderobe, Gardinenverkauf, Tischportieren, Kuscheldecken, Steppdecken, Prachtstühle, Kuchenerwische, Wäbenauswahl, Bettenverkauf, Uhrenverkauf, Goldwaren.

Gadronen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, Kiefernlager Louis Böttcher (selbst), Betriebsleitung Bogebauerstraße zweiunddreißig (Hochbahn, Straßenbahn: Barthauserstraße). Filiale: Niddorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 2286R*

Leihhaus 'Schöneberg', gegenüber Bahnhof, Sedanstraße 1, Telefon Amt 6, 15687, bietet reich Gelegenheitskäufe in verpändelt gewesenen und neuen Anzügen, Sommer- und Winterpaletots, einzelnen Hosen, goldenen, silbernen Herren- und Damen-Remontoire, Uhren, Ketten 3,50 an, feiner goldene Ringe, Broschen, Ohrringe, Pianinos, Fahrräder, Freischwinger 10 Mark an. Richard Fischelmann. 200R

Milchlieferung Bahmannstraße. Haarfärbemittel, unübertroffen, anständig, maßhaft, Probeflasche 0,50. Orkeler, Charlottenstraße 5. Kinderwagen, Gummiräder, Räder, zu verkaufen Drepton, Gräßstraße 4, Seitenflügel IV, Inger. 4133

